Dokumentenfund belegt: London war 1939 vorbereitet S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 1 – 4. Januar 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Brennende EU-Fahne in Rom: Auf jeden Fall dürfte Brüssel bei der EU-Wahl im Mai Zunder bekommen

Bild: pa

Epochales Kräftemessen

Gelähmte, anmaßende oder verblendete Regierungen gegen die Interessen der Bürger

Etliche Länder der Europäischen Union stehen am Rande dramatischer sozialer Explosionen. Doch die Medien schauen lieber auf die Ukraine.

Eigentlich sollte man annehmen, dass politische Unruhen innerhalb der EU die deutsche Politik und die sogenannten Leitmedien weit mehr in Wallung versetzen als Verwerfungen außerhalb der EU-Grenzen. Doch derzeit ist es auf bizarre Weise genau umgekehrt.

Die Oppositionsbewegung in der Ukraine füllt Zeitungen und Hauptnachrichten. Dass diese Bewegung bei näherer Betrachtung zunehmend dubios erscheint (siehe Seite 6), spielt dabei praktisch keine Rolle.

Ganz anders die wachsende Instabilität in etlichen großen und wichtigen Staaten von EU und Euro-Zone. Sie findet in Medien und Politik bestenfalls am Rande Beachtung. Dabei braut sich hier etwas zusammen, wogegen die Entwicklung der Ukraine für Deutschland und die EU nahezu belanglos erscheint.

In Frankreich steht nach jetzigem Stand der EU-kritischen und den Euro scharf ablehnenden Partei von Marine Le Pen, der Front National, ein epochaler Siegeszug bevor (siehe S. 2). Damit stünde den Machteliten der EU eine tiefe Erschütterung bevor, denn Frankreich ist das zweitwichtigste Land der EU wie der Währungsunion.

> Egal ob Paris, Rom oder Madrid, überall ist Dampf im Kessel

Italien, die drittgrößte Euro-Volkswirtschaft, wird von der Bewegung der „Forconi“ (Mistgabeln) durchgerüttelt, die junge Regierung Letta macht bereits einen erschöpften Eindruck. In Spanien steht 2014 nach Auslaufen eines Moratoriums die Zwangsenteignung von rund 350 000 Häusern und Wohnungen bevor, mehr als das Doppelte der seit Beginn der Krise vor gut fünf Jahren bereits vollzogenen 150 000 Räumungen.

Wie reagieren die Regierungen? Madrid schmiedet skandalöse Pläne, um den Protest in die Illegalität zu treiben, Rom reagiert eigentlich gar nicht mehr und die regierenden Sozialisten in Paris scheinen endgültig jenseits von Gut und Böse angekommen zu sein.

Allein Berlin hat offenbar noch einen Plan, indes: Es ist der falsche. Stur dem Mantra des „Mehr Europa“ folgend hat Kanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung angekündigt, bislang nationale Befugnisse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Brüssel zentralisieren zu wollen. Als wäre nicht gerade überstürzte Vereinheitlichung eine der Hauptursachen der EU-Krise. Unter dem Dach der gemeinsamen Bankenkontrolle legt sie zudem den Keim einer gemeinsamen Schuldenhaftung für alle europäischen Banken auf Kosten der deutschen Sparer.

2014 könnte das Jahr spannender Machtproben werden. Hier gelähmte, verblendete oder anmaßende Regierungen, dort Völker, denen zunehmend die Geduld ausgeht mit einer Politik, die in den Augen einer wachsenden Zahl von Menschen nicht mehr die Interessen der Bürger vertritt. Der Ausgang dieses epochalen Kräftemessens wird unser aller Zukunft prägen.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Ob sie hält?

Kaum hat die neue Bundesregierung am Kabinettstisch Platz genommen, schießt CSU-Chef Horst Seehofer quer. Er werde aufpassen, dass der Mindestlohn nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führe, weshalb es Ausnahmen geben werde, ließ er wissen – wohl wissend, dass er den Koalitionspartner SPD damit provoziert. Denn die glühenden Verfechter des Mindestlohns halten erwartungsgemäß dagegen. Dieser Streit zwischen Union und Sozialdemokraten wirft ein Schlaglicht auf den Zustand dieser Großen Koalition. Überhaupt nur aus machtpolitischem Kalkül zustande gekommen, weil die Merkel-CDU sich noch weiter von ihren Grundpositionen entfernt hat, streitet sie schon jetzt über etwas, was erst 2017 Realität werden soll.

Seehofers Vorstoß wird nicht von ungefähr kommen. Langsam dürfte nämlich nicht nur ihm, sondern auch anderen Unions-Politikern dämmern, dass sie mit dem Koalitionsvertrag etwas unterschrieben haben, was ihrer Klientel nicht mehr zu vermitteln ist. Da macht es sich gut, wenn man sich eines der zentralen Wahlkampfthemen der SPD vornimmt und versucht nachzuverhandeln. Es stellt sich allerdings die Frage, wie lange eine Koalition wohl halten soll, wenn schon Streit ausbricht, kaum dass die Tinte unter dem Koalitionsvertrag getrocknet ist. In der Online-Umfrage dieser Zeitung geben 71 Prozent der Leser an, dass sie an ein vorzeitiges Ende der Großen Koalition glauben. Ob sie richtig liegen, bleibt abzuwarten. Und wenn sie Unrecht haben sollten, stellt sich eine weitere Frage, nämlich die, ob Seehofer sich beim Mindestlohn durchsetzen wird oder ob das nur Theaterdonner ist, um die Anhänger der Union einzulullen.

Das falsche Gold

Erste Heimholung deutscher Reserven bestätigt bösen Verdacht

Wir verlagern Gold nicht nach Deutschland, weil wir Zweifel haben, ob es wirklich vorhanden ist“, erklärte Bundesbankpräsident Jens Weidmann in der „Bild“-Zeitung zur Gold-Heimholungs-Aktion der Bundesbank. Der Grund sei vielmehr ein neues Lagerstättenkonzept, nach dem ab 2020 die Hälfte der insgesamt 3400 Tonnen deutschen Goldes auch hier im Land verwahrt werden sollen.

Doch in Wirklichkeit ist es sehr wohl Misstrauen, das die Bundesbank genötigt hat. Mehrere Bundestagsabgeordnete und auch der Bundesrechnungshof hatten gefordert, sich mehr Gewissheit über das im Ausland lagernde Gold zu verschaffen oder es nach Deutschland zurückzuholen, denn der Kalte Krieg sei nun kein Argument mehr für die Auslagerung. Doch die im Jahr 2013 zurückgeholten 37 Tonnen sorgen statt für Beruhigung für weiteres Misstrauen. So vermeldete die Bundesbank jüngst, dass einige der aus den USA heimgeholten Tonnen umgegossen worden seien, nannte aber keine Gründe hierfür.

> Haben die USA Gold veruntreut?

Diese Aussage nährt den Verdacht, dass die deutschen Originalbarren nicht mehr existent sind. Dass Washington keinen Parlamentariern, selbst den eigenen nicht, Zugang zu den Goldlagerstätten gewähren, erhärtete die Vermutung, dass die USA die nur zur Verwahrung gedachten 1500 Tonnen deutsches Gold eingeschmolzen und weiterverkauft, also veruntreut, haben. Zwar ändert das nichts an dem deutschen Anspruch, doch um liefern zu können, müssen die USA genügend Gold haben. Das bereits bei der ersten Lieferung nicht Barren mit Originalprägungen geliefert werden konnten, sondern neue gegossen wurden, verstärkt die Befürchtung, dass alle Originale weg sind, und macht künftige Überprüfungen nach der Seriennummer noch schwieriger.

Bel

Arbeitserlaubnis vorenthalten

Den Haag und Rotterdam verweigern sich Rumänen und Bulgaren

Wie ein Akt der Verzweiflung mutet an, was die Städte Den Haag und Rotterdam mit Blick auf den 1. Januar geplant haben. Da seit Beginn des Jahres für die Bürger Rumäniens und Bulgariens in der gesamten EU die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, legen es die beiden niederländischen Großstädte auf eine offene Konfrontation mit der EU an.

Mit einem simplen Verwaltungstrick wollen sie verhindern, dass es zu einem Ansturm auf den niederländischen Arbeitsmarkt kommt. Bürger der beiden südosteuropäischen Staaten sollen von den Verwaltungen Den Haags und Rotterdams keine Bürgerservice-Nummer ausgehändigt bekommen. Wer diese Nummer nicht vorweisen kann, darf legal in den Niederlanden keine Arbeit annehmen. Der Plan läuft de facto auf einen Bruch von EU-Recht hinaus. Drohungen

> Auch London plant EU-Rechts-Verstoß

und massiver Druck aus Brüssel dürften die Folge sein. Offen ist obendrein, ob der von den Kommunen befürchtete Massenzustrom überhaupt noch aufzuhalten ist. „Sie werden kommen, und sie werden massenhaft kommen“, so die Befürchtung eines Rotterdamer Stadtrats.

Doch die Niederländer sind nicht allein. Auch in London wurden inzwischen Pläne angekündigt, die auf eine Kraftprobe mit Brüssel hinauslaufen. Arbeitslose EU-Ausländer sollen in Zukunft erst nach einer dreimonatigen Frist und nur für die Dauer von sechs Monaten Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, so Premier David Cameron. Für EU-Ausländer wird zudem das Wohngeld gestrichen.

Die Pläne werden nicht ohne Folgen für andere Länder bleiben. Zu befürchten ist, dass die auswanderungswilligen Rumänen und Bulgaren, unter ihnen überwiegend Roma, noch stärker als bisher nach Österreich und Deutschland drängen werden.

N.H.

MELDUNGEN

Skandal um Sowjet-Lied

Wilna – Der Vortrag des Liedes „Gemacht in der UdSSR" bei der Feier zum 20. Jahrestag der Verfassung der Russischen Föderation in Moskau durch Oleg Gasmanow, einen in Russland gefeierten Interpreten patriotischer Lieder, hat einen Skandal ausgelöst, der zu einem Auftrittverbot des Künstlers in Litauen führen wird. Ginge es nach der litauischen Ex-Verteidigungsministerin Rasa Jukneviciene, würde Gasmanow sogar zur „persona non grata" erklärt. Auch EU-Botschafter Vygaudas Usackas war nach Gasmanows Auftritt „schockiert über solch eine Frechheit". In dem Lied wird an die sowjetische Vergangenheit des Baltikums erinnert, auch die Ukraine, Weißrussland oder Kasachstan werden mit „das ist mein Land" besungen. In Litauen wird Gasmanow als „Waffe eines Informationskriegs und der offiziellen russischen Imperialpolitik" gesehen, und seine Lieder als Propaganda, die dem Kreml dazu dienen solle, die Legitimität der Sowjetunion wiederherzustellen. Gasmanow bewertet die litauische Reaktion als eines demokratischen Landes unwürdig. Das Lied sei schon älter und habe lediglich historischen Charakter. *MRK*

PAZ-Autor geehrt

Skopje – *PAZ*-Autor Wolf Oschlies ist als kundiger Osteuropa-Publizist bekannt. Auch im Ausland schätzt man seine Arbeit. Die Republik Makedonien hat ihn jetzt mit dem „Mito Hadshivasilev"-Preis ausgezeichnet. Dieser 1989 gestiftete und nach einem Nestor der modernen makedonischen Publizistik benannte Preis, für den sich Oschlies mit zahlreichen Büchern, darunter ein Lehrbuch der makedonischen Sprache, Aufsätzen und Studien qualifiziert hat, wird für „kulturelle Leistungen zugunsten Makedoniens" verliehen. Eine Rolle bei der jetzigen Ehrung spielten auch seine Artikel in der *PAZ* zu Makedonien. *E.B.*

Wahlkampfhilfe für Le Pen?

Mit dem Plan, das »orientalisch-arabische Erbe« anzunehmen, sorgt Frankreichs sozialistische Regierung für Unmut

Frankreich solle sein „orientalisch-arabisches Erbe" annehmen und die Vorherrschaft der französischen Sprache reduzieren, so lauten nur zwei der äußerst umstrittenen Empfehlungen für eine neue französische Integrationspolitik. Was eine Kommission für den sozialistischen Regierungschef Jean-Marc Ayrault erarbeitet hat, kommt einer Steilvorlage für die Partei Front National (FN) gleich.

Bereits seit dem letzten Sommer waren mehrere Arbeitsgruppen der Regierung damit betraut, sich Gedanken über eine neue Integrationspolitik für Frankreich zu machen. Was inzwischen an Ergebnissen vorgelegt wurde, dürfte selbst bei vielen, die sich als Linke verstehen, blankes Entsetzen auslösen. Den Franzosen soll nichts weniger als eine komplett neue kulturelle Identität verpasst werden. Frankreich, das bisher stolz auf sein eigenes Zivilisationsmodell war, solle sein „orientalisch-arabisches Erbe" annehmen, so eine der Empfehlungen.

Wohl den meisten Wirbel hat es inzwischen um den Punkt „Abschaffung von diskriminierenden gesetzlichen und schulischen Regelungen" gegeben. Im Klartext ist damit nichts anderes gemeint, als das in dem bisher streng säkularen Frankreich künftig das muslimische Verschleierungsgebot für Frauen an den Schulen Einzug halten kann. Zur Disposition steht genauso die Vorherrschaft der französischen Sprache. Diese soll reduziert werden, während man sich für eine „Anerkennung aller Sprachen auf dieselbe Weise" einsetzen will. Konkret soll an Frankreichs Schulen der Arabisch-Unterricht gefördert werden, die Gymnasien sollen künftig afrikanische Sprachen anbieten.

Beim Schulsystem scheint ohnehin ein Schwerpunkt des neuen sozialistischen Integrationskonzepts zu liegen. In allen Jahrgangsstufen soll es „Diskussions-Ateliers über Themen wie Anderssein, Identität, Geschlechterfragen und Religion" geben. Von den Geschichtslehrplänen wird eine komplette Neubewertung der Geschichte Frankreichs erwartet – unter besonderer Berücksichtigung der „Sklaverei und des Sklavenhandels" sowie der Geschichte der Roma. An eine Sprachpolizei im Stil der Political Correctness erinnert wiederum die Empfehlung, auf Nennung von „Nationalität, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religion oder Kultur" zu verzichten, wenn die Nennung nicht zwingend erscheine. Bei Verstößen solle es die Möglichkeit geben, „Ordnungsstrafen" zu verhängen. Ebenso soll ein Straftatbestand namens „rassistische Belästigung" eingeführt werden. Verschwinden soll sogar der Begriff „Integration" als solcher. Da er zu trennend wirke, solle er lieber durch ein „einbeziehendes und solidarisches Wir" ersetzt werden.

> Mädchen sollen verschleiert zur Schule kommen dürfen

Die schwülstige Polit-Prosa macht klar, dass bei dem gesamten Vorhaben weniger der gesunde Menschenverstand als Ideologie die treibende Kraft zu sein scheint. Allerdings machen Frankreichs Sozialisten durch ideologische Verbohrtheit in einer Situation, in der die FN ohnehin starken Zulauf hat, das Land regelrecht reif für eine Machtübernahme durch FN-Chefin Marine Le Pen. Diese bekundet, sie sehe in den Plänen eine „schwere Provokation", mit der „das republikanische Modell" zugunsten „einer gespaltenen kommunitaristischen Gesellschaft" aufgegeben werde.

> Vielleicht sucht sich Hollande nur neue Wähler

Im Januar sollen die umstrittenen Vorschläge der Ayrault-Kommission weiter diskutiert werden, im März stehen in Frankreich Kommunalwahlen an, im Mai folgen die Europa-Wahlen. Die Wahlstrategen des FN hätten den Zeitplan nicht besser entwerfen können. Kaum verwundern kann dann noch, wenn die Einschätzung von Jean-François Copé, dem Chef der Oppositionspartei UMP, zu den Plänen fast wie eine Verschwörungstheorie daherkommt. Der Bericht sei nichts anderes als eine „traurige Strategie der Linken, mit roten Tüchern zu wedeln, um den FN zu stärken und die UMP zu schwächen". Tatsächlich bedarf es aber der Sozialisten längst nicht mehr, um die UMP weiter zu schwächen. Die langjährige Regierungspartei ist in Korruptionsaffären verstrickt, zerstritten und auf dem besten Wege in die Bedeutungslosigkeit. Nicolas Sarkozys ehemaliger Innenminister Claude Guéant wurde mittlerweile wegen Bestechungsvorwürfen verhaftet. Der Ex-Präsident selbst denkt derweilen laut darüber nach, ob er nicht der UMP den Rücken kehren soll, um eine neue Partei zu gründen.

Mindestens genauso plausibel wie die vom UMP-Chef unterstellte Absicht, die Sozialisten wollten mit ihrer Ausländerpolitik die französische Gesellschaft zwischen sich und der FN polarisieren, ist eine ganz andere Erklärung. Frankreichs Sozialisten könnten jede Hoffnung auf eine Wiederwahl von Präsident Hollande im Jahr 2017 längst aufgeben haben. Die verbleibenden drei Jahren an der Macht würden nur noch genutzt, um Tabula rasa zu machen und den Boden für Wahlerfolge in der fernen Zukunft zu bestellen. Im Klartext: Die Genossen könnten mit ihrer neuen Integrationspolitik schon mal Ausschau nach ganz neuen Wählerschichten halten, fernab von den alteingesessenen Franzosen.

Norman Hanert



Nicht Levante, sondern tatsächlich Paris: Einige Stadtteile muten schon jetzt äußerst orientalisch an Bild: pa

Jahr der Erneuerung

Wichtige Führungsposten bei beiden großen Kirchen in Deutschland werden neu besetzt

Das US-Magazin „Time" wählte Papst Franziskus zum „Mann des Jahres 2013". Wer hätte das vor einem Jahr gedacht? Für die katholische Weltkirche ging ein „turbulentes Jahr" zu Ende, wie der Chef der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, erklärte. Nach dem unerwarteten Papst-Rücktritt inspiriert nun der neue Pontifex „vom Ende der Welt" viele, die auf die Kirche und das Christentum hoffen. Was aber wird das neue Jahr den Kirchen in Deutschland bringen?

Nikolaus Schneider, Präses der Rheinischen Landeskirche, wird nach zehn Jahren an der Spitze der zweitgrößten evangelischen Kirchengemeinschaft am 3. März zurücktreten. „Man kann wirklich nicht sagen, dass das ‚Haus' nun geordnet und bestellt sei", bemerkte Schneider erstaunlich selbstkritisch. Gemeint war der Verlust von 21,6 Millionen Euro seiner Landeskirche bei einer kircheneigenen Firma, die dem linksliberalen Vorsitzenden die Bilanz verhagelt. Doch Schneider ist auch Chef der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dieses Amt hat er noch bis 2015 inne. Margot Käßmann, seine Vorgängerin, kämpft sich derweil als „Lutherbotschafterin" durch die Mühen der Ebene. Die Vorbereitungen auf das Reformationsgedenkjahr 2017 gestalten sich zäh. Die erhoffte Resonanz bleibt aus, stattdessen werden die dunklen Seiten des Reformators von Theologen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt: Die von der Reformation ausgehenden Kriege, Luthers Hasstiraden gegen Juden, Türken oder Bauern, insbesondere seine Mordaufrufe erscheinen heute wenig vorbildhaft. Ob Luther die 95 Thesen an der Schlosskirche von Wittenberg wirklich angeschlagen hat, bleibt zweifelhaft, weil es dafür beim Reformator keine direkten Belege gibt.

> Robert Zollitsch und Joachim Meisner treten ab

Die deutsche katholische Kirche blickt ebenfalls auf kein erfolgreiches Jahr zurück. Der Finanz- und Medienskandal im Bistum Limburg wird derzeit von einer päpstlichen Kommission untersucht. Ob der Limburger Bischof auf seinen Bischofsstuhl zurückkehren kann, ist derzeit noch offen. Sicher ist aber, dass die wichtigen Bischofsstühle von Freiburg und Köln, deren Inhaber, Robert Zollitsch und Joachim Meisner, aus Altersgründen zurücktreten müssen, neu besetzt werden. Für einen unharmonischen Abgang sorgte Erzbischof Zollitsch im Freiburger Bistum mit einer „Seelsorgeempfehlung" für die Zulassung von wiederverheirateten Geschiedenen zur Heiligen Kommunion. Weil die Empfehlung nicht dem Kirchenrecht entsprach, wurde sie vom obersten vatikanischen Glaubenshüter, dem deutschen Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, zurückgewiesen.

Der nun emeritierte Papst Benedikt XVI. hatte bei seiner letzten Rede auf deutschem Boden im Konzerthaus in Freiburg seiner Heimatkirche die „Entweltlichung" ins Stammbuch geschrieben. Weniger Strukturen, weniger Finanzen, dafür aber mehr geistliche Inhalte hatte der Pontifex gefordert. Dieses Programm will Papst Franziskus nun in die Praxis umsetzen. Sein Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium" („Die Freude des Evangeliums"), das von der Boulevardpresse und Reformkräften zunächst begeistert aufgenommen wurde, kann jedoch leicht missverstanden werden. Wer die 180 Seiten liest und nicht nur einige Sätze herauspickt, wird feststellen, dass die erhoffte „Revolution" im Vatikan und der Kirche nicht ausbrechen wird. Theologisch liegen der alte und der neue Papst auf einer Linie. Franziskus will mit der „Revolution der Zärtlichkeit" den christlichen Missionsauftrag wiederbeleben und nicht die kirchliche Lehre aufweichen, was deutschen Reformkatholiken vorschwebt. Über 100-mal kommt das Wort „Mission" in seinem Schreiben vor. Mehr symbolischer Art sind die Zeichen, die der Papst mit einem bescheideneren Lebensstil persönlich setzt.

Die Kirche der Zukunft wird missionarisch sein oder sie wird nicht mehr sein, könnte als Zusammenfassung gelten. Umgekehrt wird eine christliche Kirche, die ein Wischi-Waschi-Profil zeigt, untergehen, so die einfache Logik. Das ist eine Überzeugung, die von der evangelikalen oder orthodoxen Christenheit ebenfalls unterstützt wird. Der russische Präsident Wladimir Putin sicherte dem Papst bei seinem Vatikan-Besuch im Dezember zu, dass die russisch-orthodoxe und die katholische Weltkirche bei einer moralischen Erneuerung zusammenarbeiten wollen. *H. E. Bues*

Die Schulden-Uhr: Letzte Wälle gefallen

Zu den diversen Belastungen, die für dieses Jahr für die öffentlichen Kassen abzusehen sind, gehört auch der weitere Zuzug von Zigeunern aus dem Balkan. Um den deutschen Arbeitsmarkt sind nämlich die letzten Wälle vor der Flut gefallen. Bereits vorletztes Jahr kamen 30 000 Menschen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien alleine in Deutschlands bevölkerungsreichstes Bundesland Nordrhein-Westfalen. 2013 werden es noch mehr gewesen sein. 3700 Zuwanderer kamen allein nach Duisburg. Für die sozialen Folgekosten stellte die NRW-Metropole zwölf Millionen Euro in den Haushalt ein. Duisburg ist ein Extrem-, aber kein Einzelfall. Ebenfalls beliebt sind Köln und Dortmund, aber auch Berlin und Frankfurt. *M.R.*

2.032.656.734.884 €

Vorwoche: 2.068.708.925.927 €
Verschuldung pro Kopf: 25.250 €
Vorwoche: 25.698 €

(Freitag, 27. Dezember 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Keine Angst vorm Finanzamt

Mit ziemlicher Überheblichkeit blicken die Deutschen auf die griechischen Finanzbehörden, die offenbar nicht in der Lage oder willens sind, bei ihren Bürgern und Unternehmen die fälligen Steuern einzutreiben. Denn auch wenn einen Post vom Finanzamt nervt, so ist der Deutsche doch überzeugt, dass dieses penibel arbeitet und Steuersünder schnell erwischt.

Doch wie der „Spiegel" meldete, sprechen die Fakten zum Teil gegen das Bauchgefühl, denn die Zahl der Betriebsprüfer bei den Finanzämtern ist von 2006 bis 2011 um 500 auf 13 225 gesunken, während gleichzeitig die Zahl der Betriebe von 7,34 auf 8,6 Millionen gestiegen ist. Während Großbetriebe immerhin durchschnittlich alle 4,5 Jahre geprüft werden, müssen kleinere Betriebe nur alle 15 Jahre mit dem Besuch vom Finanzamt rechnen. Hiermit wird selbst die großzügige Vorgabe der Finanzverwaltung übergangen, die empfiehlt, Betriebe mindestens alle 10,5 Jahre zu überprüfen.

Besonders bedenklich ist auch der Unterschied zwischen den Bundesländern. Gerade im sich so korrekt gebenden Bayern müssen Kleinstbetriebe statistisch nur alle 169 Jahre mit einem Betriebsprüfer rechnen. *Bel*

Jägerstraße

Von Vera Lengsfeld

Die erste Berlinkolumne im neuen Jahr soll von den schönen Seiten der Hauptstadt handeln. Also gibt es eine Geschichte über die Jägerstraße, eine der traditionsreichsten der Stadt.

Sie geht vom wie Phönix aus der Asche gestiegenen Gendarmenmarkt ab. Wenn man die Straße aus der Richtung Alexanderplatz kommend entlanggeht, sieht man im Hintergrund die prächtige Kulisse des Schauspielhauses. Das stimmt auf ein besonderes Erlebnis ein. Die wenigen Bauten, die den Krieg und den DDR-Abriss überstanden haben, sind wieder aufs Feinste herausgeputzt. Manche strahlen in einem Glanz, den man schon verloren glaubte.

Nehmen wir die Mendelssohn-Remise: Gebaut wurde sie als Bankhaus der Familie Mendelssohn, als diese zu Reichtum gekommen war. Schon bei der Eröffnung erwies sich die prächtige Halle als zu klein. Man baute kurzerhand eine größere daneben und funktionierte das Prachtstück zum Pferdestall um – eine Remise eben.

Heute wird die Remise als Kulturstätte genutzt. Es finden Klassikkonzerte zur Mittagszeit statt, Lesungen zum Fünf-Uhr-Tee. Alles sehr stilvoll, aber leider überwiegend von der Generation 50 plus besucht. Dabei ist das Programm keineswegs altbacken, sondern klassisch zeitlos. Nicht nur das Gebäude ist eine Augenweide, auch der Hof, der zu DDR-Zeiten ein trostloser Ort war, ist wirkungsvoll bepflanzt. Eine wahre Oase mitten in der Großstadt.

Die Bank der Mendelssohns war im Rahmen von Lenins Expropriationsprogramm für einen Überfall vorgesehen, nachdem der Bolschewik Dschugaschwili, später Stalin, einen überaus erfolgreichen Bankraub in Tiflis unternommen hatte. Es kam nicht dazu, weil die Möchtegern-Bankräuber vorher ausgewiesen wurden.

Nur ein paar Schritte weiter hat Rahel Varnhagen unter dem Dach ihren ersten Salon betrieben. Hier traf sich alles, was in der Berliner Intellektuellenwelt Rang und Namen hatte. Selbst Prinz Louis Ferdinand kam mit seiner Geliebten Pauline. Da man sich Rahel vor ihrer Verheiratung immer als arme Kirchenmaus vorstellt, überrascht das prächtige Portal des Hauses.

Im Erdgeschoss befindet sich das Restaurant Vau, in dem der Sternekoch Kolja Kleeberg den Löffel schwingt. Hier gibt es die beste Rote Linsensuppe der Stadt. Wem eine Einkehr zu teuer ist, der kann sich das Rezept im Internet runterladen und nachkochen.

Man kann aber auch eines der anderen Lokale der Straße aufsuchen und bei einem Kaffee über die wechselvolle Geschichte nachdenken. Geschichtsbewusste Berliner haben durch das Aufstellen von Tafeln, auf denen jede Menge geschichtliche Fakten verzeichnet sind, für viel Stoff dafür gesorgt.

Berlin kann so schön sein!

Willkür mit Kalkül

Berlin ist die Hauptstadt der Straßenumbenennungen – Stringenz im Handeln ist jedoch selten



Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg forderte seit Jahren öffentlichkeitswirksam die Umbenennung der Einemstraße in Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße: Am 17. Dezember wurde nun ein Teilerfolg gefeiert

Bild: Axel Hildebrand/LSVD

Berlin ist wieder geteilt. Nein, nicht ganz Berlin, sondern nur die Einemstraße, denn die ersten 300 Meter heißen seit dem 17. Dezember Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße. Der Fall demonstriert beispielhaft die eigenwillige Logik der Berliner beim Umgang mit Geschichte und Ideologien.

Seit Mitte Dezember entscheidet die Hausnummer über die genaue Adresse der Bewohner der zwischen Nollendorf- und Lützowplatz gelegenen Straße. Die Hausnummern 1 bis 12, die noch im Bezirk Schönefeld liegen, befinden sich jetzt offiziell in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße, alle weiteren, die zum Bezirk Mitte gehören, stehen wie bisher in der Einemstraße. Doch wie lange das noch so sein wird, ist ungewiss, denn eigentlich hat der Bezirk Mitte die Umbenennung ebenfalls beschlossen, doch die Widersprüche von 14 Anwohnern legten die Pläne vorerst auf Eis. Sabine Weißler (Grüne), Kulturstadträtin des Bezirks Mitte, findet die derzeitige Situation „unschön und verwirrend“.

Die Initiative ging bereits vor gut vier Jahren vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) aus. Da in der Einemstraße viele Anhänger des LSVD wohnen, befasste man sich näher mit dem Namensgeber der Straße. Und dabei fiel auf, dass dieser, der preußische Kriegsminister Karl von Einem (1853–1934), 1907 homosexuelle Offiziere aus den Reihen der Armee werfen wollte. Anlass war ein Skandal um den Diplomanten und Vertrauten des Kaisers Wilhelm II. Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, dem von einem Journalisten 1906 vorgeworfen worden war, homosexuell zu sein. Die Gesellschaft reagierte mit Empörung und Homosexualität wurde an den Pranger gestellt. Einem, ein Kind seiner Zeit, ließ sich von der Stimmung anstecken und attackierte homosexuelle Militärs. Im Rahmen der Straßenumbenennung machte die „Berliner Zeitung“ daraus, dass Einem die Vernichtung homosexueller Offiziere gefordert habe, was verdächtig nach „Endlösung“ klingt, in Wahrheit ging es Einem um Entlassung entsprechender Personen aus den Reihen des Militärs.

Die Bezirksverordnetenversammlungen nahmen die Hinweise des LSVD gerne auf und beschlossen die Namensänderung. Schönebergs Stadtrat Daniel Krüger (CDU) lud am Tage der Umbenennung zu einer Informationsveranstaltung, bei der hervorgehoben werden sollte, dass Einems Grundeinstellungen zur Demokratie mit den heutigen Vorstellungen nicht mehr vereinbar seien. Dass diese Aussage auch auf Namensgeber wie Martin Luther, Karl Marx und Ernst Thälmann, ja fast alle historischen Personen, zutrifft, schließlich lebten sie in einer anderen Zeit, in der auch andere Auffassungen verbreitet waren, bleibt unerwähnt.

Das sehen aber auch einige Anwohner der noch nicht umbenannten Einemstraße so und legten deswegen Widerspruch ein. Doch nicht jeder Widerspruch ist für die Beibehaltung des Namens. Sie sind gegen den neuen Namensgeber Karl Heinrich Ulrichs, der ein homosexueller Rechtsanwalt war, der sich bereits 1867 beim deutschen Juristentag für die Straffreiheit gleichgeschlechtlicher Handlungen ausgesprochen hat, weil er keinen Bezug zu Berlin hat oder weil er keine Frau ist. Seit über zehn Jahren ist es nämlich in vielen Berliner Bezirken Gesetz, dass bei Straßenumbenennungen Frauen bevorzugt werden und zwar so lange, bis genauso viele Straßen nach Frauen wie nach Männern benannt sind.

Grüne missbrauchen Frauenquote zum Erreichen ihrer Ziele

Diese Regelung hatte im Frühjahr 2013 dazu geführt, dass der Wunsch des Jüdischen Museums in Friedrichshain-Kreuzberg, den Vorplatz des Hauses nach dem jüdischen Philosophen und Aufklärer Moses Mendelsohn zu benennen, abgelehnt wurde. Bezirksverordnete der Grünen waren gegen den Vorschlag und verwiesen darauf, dass ein Frauenname her müsse. Der damalige Kulturstaatsminister Bernd Naumann und Bundesbildungsministerin Johanna Wanka versuchten die Grünen auf die Bedeutung Mendelssohns hinzuweisen, der Historiker Götz Aly meinte, es könne doch nicht sein, dass Mendelssohn, der in der Vergangenheit wegen seiner Religion, dann ab 1933 wegen seiner Rasse, jetzt wegen seines Geschlechts diskriminiert werde, doch die Grünen akzeptierten Mendelsohn nur unter der Bedingung, dass der Name seiner Frau mit auf das Straßenschild kommt. Und so wurde das Wortungetüm Fromet-und-Moses-Mendelsohn-Platz geboren. Aly lästerte dann müsse man auch gleich den Willy-Brandt-Flughafen Rut-und-Brigitte-Seebacher-und-Willy-Brandt-Flughafen-Berlin-Brandenburg nennen. Doch da verstehen die Grünen keinen Spaß.

Auch der Hinweis, dass sie selbst die Frauenquote ignoriert hatten, als es darum ging, Straßen nach dem Studentenführer Rudi Dutschke und dem ehemalige Hausbesetzer Silvio Meier umzubenennen, wurde überhört. Als Daimler-Benz hingegen die Straße vor seiner neuen Vertriebszentrale in Berlin nach Baronin Mercédès Jellinek, der Namenspatronin der Automarke, oder Bertha Benz, der Ehefrau des Unternehmensgründers Carl Benz, aber vor allem auch KfZ-Pionierin, benennen wollte, wetterte man dagegen. „Die können ja gerne hier ihre Zentrale bauen, aber wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, Öffentlichkeitsarbeit für die zu machen“, wird die Grünen-Fraktionsvorsitzende Paula Riester in der „taz“ zitiert. Stattdessen wurde ein Rennfahrer aus den 20er Jahren von Seiten des Bezirks vorgeschlagen. Nur der Vorschlag der Piratenpartei, die jüdische Bildhauerin und KZ-Überlebende Edith Kiss als Namensgeberin zu wählen, sorgte schließlich dafür, dass die sonst von den Grünen so betonte Frauenquote doch noch eingehalten wurde.

Als im Frühjahr die Zimmerstraße im Gedenken an das DDR-Maueropfer Peter Fechter umbenannt werden sollte, war wiederum die Frauenquote ein Argument, den Plan zu boykottieren.

Rebecca Bellano

Rot-Schwarz wackelt

Platzt Berliner Rathauskoalition wegen der Oranienplatz-Besetzer?

Dieses Jahr soll laut Ankündigungen des Berliner Innensenators Frank Henkel (CDU) das Ärgernis des Zeltlagers am Kreuzberger Oranienplatz beseitigt werden. Bislang schien Henkel dafür auch die Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) zu haben: „Es handelt sich um einen rechtswidrigen Zustand, der beendet werden muss“, so Wowereit.

Nachdem Henkel den Platzbesetzern und der zuständigen Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) ein Ultimatum zur freiwilligen Räumung bis zum 16. Dezember 2013 gestellt hatte, gab es Demonstrationen, Krawalle und Anschläge gegen Henkels Amtssitz. Vielen CDU-Wählern gefällt der weich gespülte Kurs des Innensenators nicht, von den Anwohnern des Oranienplatzes – zumeist türkische Geschäftsleute – ganz zu schweigen. Immer wieder kommt es zu Kriminalität aus dem Umfeld der „Flüchtlinge“. Erst kürzlich ereignete sich in der ebenfalls von „Flüchtlingen“ besetzten ehemaligen Gerhard-Hauptmann-Schule eine Messerstecherei, die einen Großeinsatz der Polizei erforderte.

Am 7. Januar soll im Senat eine Entscheidung zu polizeilichen

Die SPD will CDU-Chef Henkel offenbar vorführen

Maßnahmen gegen das Zeltlager getroffen werden. Doch nun weicht die SPD zurück: „Der 7. Januar ist zu früh für eine Entscheidung“, so ein Vertreter der Partei. Der SPD-Innenexperte Frank Zimmermann macht sogar deutlich: „Wir wollen keine Räumung.“ Fraktionschef Raed Saleh gibt sich geschmeidig: „Wir setzen auf Gespräche.“ Aziz Bozkurt sitzt zwar nicht im Parlament, aber ist im Landesvorstand der SPD für „Migration“ zuständig. Er fordert ungeniert einen Konfrontationskurs vom Regierenden Bürgermeister: „Ich wünsche mir schon, dass er deutlicher macht, wie sehr das Thema Asylrecht zur SPD und zu ihrer langen Geschichte gehört – und dass es hier nichts gibt, was zur Disposition steht.“

Die Verweigerung eines Senatsbeschlusses zur Räumung des Platzes wäre für den Innensenator eine solche Demütigung, dass sie das Ende der Koalition nach sich ziehen könnte. Seit Bildung der Koalition sind die Umfrageergebnisse der CDU gestiegen und die der SPD gesunken. So ergibt es aus Sicht der SPD Sinn, der Union ihre Grenzen aufzuzeigen. Ein Ende der Koalition würde aber keineswegs Neuwahlen bedeuten. Die SPD könnte eine rot-rot-grüne Regierung mit einer starken Parlamentsmehrheit bilden und damit bis 2016 weiter regieren.

Hans Lody

Pannenserie bei Linken

Brandenburg: SPD-Koalitionspartner wird zur Hypothek

Gerade einmal gut 100 Tage im Amt, fällt für Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) die Bilanz zwiespältig aus. Woidke selbst kommt mit seiner nüchternen und unspektakulären Art im Land recht gut an. Immerhin jeder zweite Brandenburger ist mit dem Platzeck-Nachfolger zufrieden, so eine Umfrage von RBB und „Märkischer Oderzeitung“. Mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden September entpuppt sich allerdings der Koalitionspartner Linkspartei immer mehr als Problemfall für Woidke.

In Ministerien, die von Linken geführt werden, häufen sich die Pannen. Vorläufiger Tiefpunkt ist der Rücktritt von Justizminister Volkmar Schöneburg. Vorangegangen war der Vorwurf, Schöneburg habe sich als Justizminister massiv für einen inhaftierten Sexualstraftäter eingesetzt, den er früher als Anwalt vertreten habe. Konkret soll der Linke-Politiker die zwangsweise Verlegung seines ehemaligen Mandanten aus dem Gefängnis Brandenburg/Havel nach Cottbus gestoppt haben – gegen die Empfehlung der Anstaltsleitung und gegen den Rat der Fachleute im Justizministerium. Später musste Schöneburg

Mit dem Verlust der Macht bereits abgefunden?

auch noch einräumen, dass er über Jahre von dem Häftling aus der Haftanstalt Anrufe auf einem privaten Telefonanschluss erhalten hatte.

Immer stärker in Erklärungsnot gerät auch der der Linkspartei angehörende Wirtschaftsminister Ralf Christoffers in der Affäre um eine Millionen-Überweisung an die Solarfirma Odersun. Anders als Schöneburg konnte sich Christoffers bisher im Amt halten. Aus Sicht des Rechnungshofs hat der Wirtschaftsminister aber klar gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen. So soll Christoffers noch zum Jahreswechsel 2011/12 dafür gesorgt haben, dass an Odersun mehr als drei Millionen Euro Nothilfe überwiesen wurden, nur wenig später ging die Firma jedoch in Konkurs – genau wie dies von Wirtschaftsexperten vorausgesehen worden war.

Trifft ein Bericht der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ zu, dann scheint man sich bei Brandenburgs Linken indessen insgeheim schon längst auf ein Ende des letzten rot-roten Bündnisses auf Länderebene und einen Machtverlust im kommenden Jahr vorzubereiten. Bei der Partei soll eine regelrechte Postenschacherei ausgebrochen sein, bei der die Linken in hohem Tempo „ihre Genossen – und auch Familienangehörige von Genossen – unterbringen“.

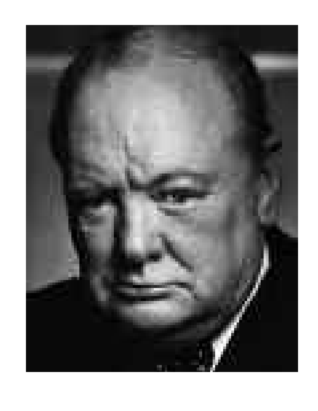
N.H.

Zeitzeugen



Lionel Logue – Der 1880 geborene Australier war Sprachtherapeut, Mentor und später enger Freund von König George VI. Ohne seine therapeutische Kunst hätte der Monarch in Zeiten, in denen die Gegner der Monarchie immer mehr Zuspruch erhielten, niemals seine große Popularität erlangt. Logue gilt daher als „der Mann, der die britische Monarchie rettete“.

Edward VIII. – Die Liebe zu einer nicht standesgemäßen Amerikanerin kostete ihn 1936 nach nur zehnmonatiger Regentschaft den britischen Thron. Edward galt als ausgesprochen deutschfreundlich und unterhielt selbst während des Krieges Kontakte nach Deutschland. Ob es unter seiner Regentschaft nicht zu einem Kriegseintritt Großbritanniens gekommen wäre, bleibt Spekulation, ist aber wahrscheinlich.



Winston Churchill – Nie war das Verhältnis zwischen dem Monarchen und seinem Premierminister enger als zu Zeiten von George VI. und Winston Churchill. Beide trafen sich wöchentlich abseits der Regierungsgeschäfte zu einem privaten Essen. Churchill hatte großes Verständnis für die Abneigung des Königs gegen öffentliche Auftritte, war er in seiner Jugend doch selbst Stotterer gewesen. Durch Selbstdisziplin und Sprachtraining überwand er diesen Makel. Als Kriegspremier beherrschte er die Kunst, die Moral des Volkes durch mitreißende Reden zu heben.

Harold Vale Rhodes – Der 1887 geborene Regierungsbeamte schrieb und übersetzte Bücher über Politik und Versicherungswesen und entwarf prägnante Reden für den König. Nach Kriegsausbruch wirkte er maßgeblich am Aufbau des Informationsministeriums mit und wurde später Unterstaatssekretär im Ministerium für Nationale Versicherung. Er starb 1970. Sein Nachlass wurde erst jetzt gesichtet.



Gerd Schultze-Rhonhof – In seinem Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ geht der pensionierte General und Träger des Ostpreußischen Kulturpreises davon aus, dass Hitler bis in den Herbst 1939 keinen Krieg wollte. Nach seiner Einschätzung trägt Polen durch die Ablehnung der deutschen Verhandlungsangebote eine Mitschuld am Kriegsausbruch, ebenso wie die anderen späteren Kriegsgegner, da sie Polen zum Krieg getrieben hätten.

London war vorbereitet

Kriegserklärung an Deutschland schon vor Angriff auf Polen fertig

Die Rundfunkansprache des britischen Königs, in der er 1939 die Kriegserklärung an Deutschland bekannt gab, wurde bereits über eine Woche vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entworfen. Das belegt ein bislang unbekanntes Redemanuskript.

„Nach langen, vergeblichen Friedensbemühungen befinden wir uns im Krieg“, ließ König George VI. seine Untertanen am 3. September 1939 wissen. Zwei Tage zuvor hatte mit dem deutschen Angriff auf Polen der Zweite Weltkrieg begonnen und Großbritannien löste nun seine Warschau gegebene Zusage ein, die Souveränität und die territoriale Integrität Polens unter allen Umständen zu garantieren. Alle, die die Rede des Königs hörten, glaubten ihm, man habe ehrlich um den Frieden gerungen und bis zum unvermeidlichen Kriegseintritt an der Seite Polens auch tatsächlich an ihn geglaubt.

Dass dem nicht so war, sondern dass man in London spätestens am 25. August nicht nur mit einem baldigen Kriegsausbruch, sondern sogar mit einer Kriegsbeteiligung des Empire rechnete, geht aus einem Schriftstück hervor, das am 10. Dezember beim Londoner Auktionshaus Sotheby's für umgerechnet 12 600 Euro versteigert wurde.

Das dreiseitige Maschinenmanuskript stammt aus dem Nachlass des 1970 verstorbenen Harold Vale Rhodes und war bis zur Einlieferung bei Sotheby's unentdeckt geblieben. Rhodes war ein hoher Regierungsbeamter, der im weiteren Verlauf des Krieges eine wichtige Rolle beim Aufbau des britischen Informationsministeriums spielte. Das Dokument ist betitelt „Draft King's Speech 25/8/39“ (Entwurf der Rede des Königs 25.8.39) und ist damit eindeutig datiert. Seine Provenienz und Echtheit sind ebenfalls eindeutig nachgewiesen.

Datum, Herkunft und Echtheit stehen außer Frage

„In dieser schweren Stunde, vielleicht der schwersten in unserer Geschichte“ wendet sich der König an sein Volk und informiert es über die britische Kriegserklärung an das Deutsche Reich. Deutschland und seine Nazi-Partei seien aggressiv und tyrannisch und strebten danach, die schwächeren Nationen zu unterdrücken und bald die Welt mit brutaler Gewalt zu beherrschen, heißt es weiter. Man kämpfe jedoch nicht nur für das Überleben Großbritanniens, sondern auch für etwas Größeres und Edleres, nämlich für die Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit.

Das Manuskript geht offensichtlich auf einen sogar noch früheren Redeentwurf aus der Feder von Rhodes zurück, denn dieser hat am Rand handschriftlich vermerkt, die Rede leide im Vergleich zu seiner, der ersten, Fassung an zu komplexen Formulierungen und zu langen Sätzen. Gesprochenes müsse sofort auf den Punkt kommen. Tatsächlich ist die Rede, die George VI. am 3. September live über das Radio gehalten hat, deutlich kürzer und prägnanter als der Entwurf. Auch wenn der Grundtenor gleich geblieben ist, erwähnt George weder Deutschland noch Hitler, sondern spricht allgemein von „denen, die uns in einen Konflikt gezwungen“ hätten und „die jetzt unsere Feinde sind“. Außerdem schwört er seine Landsleute auf „dunkle Tage“ ein und bereitet sie darauf vor, dass der Krieg nicht auf das Schlachtfeld beschränkt bleiben werde.

Die Kriegsrede Georgs VI. gilt wegen ihrer großen moralischen Wirkung auf seine Landsleute als eine der wichtigsten und bewegendsten öffentlichen Ansprachen des 20. Jahrhunderts. Zugleich war sie ein großer persönlicher Erfolg für den Monarchen, für den jede öffentliche Äußerung wegen seiner Neigung zum Stottern eine besondere Herausforderung war. Die spontane Deklaration eines unvermeidlichen Waffenganges war sie jedoch nicht, wie nach 74 Jahren durch einen Zufallsfund ans Licht gekommen ist. *Jan Heitmann*



Vom König der Stotterer zur Integrationsfigur

George VI. war nicht nur ein König, sondern auch ein Redner wider Willen. Weil er stark stotterte, hatte er panische Angst vor öffentlichen Auftritten. Obwohl er ursprünglich nicht der Thronfolger war, musste er dennoch schon in jungen Jahren repräsentative Aufgaben übernehmen. Nach seiner ersten größeren Rede, die in einem Desaster endete, wandte er sich 1925 wegen der professionellen Behandlung seiner Sprachstörung an den Sprachtherapeuten Lionel Logue. Diesem gelang es durch regelmäßige Sprech- und Entspannungsübungen, die Sprachfähigkeit des Prinzen langsam zu verbessern.

Im Dezember 1936 musste George überraschend die Nachfolge seines Bruders Edward antreten. Nach dessen skandalumwittertem Thronverzicht und in von außenpolitischen Krisen geprägten Zeiten sehnten sich die Briten nach einer wortgewandten Integrationsfigur, die ihnen ihre Sorgen nimmt, ihnen Zuversicht vermittelt und ihre Moral stärkt. Das waren Erwartungen, die der stotternde, schüchterne und etwas unbeholfene Monarch nicht erfüllen konnte. So bat er wieder Logue um Hilfe. Mit der Zeit wurden seine Reden flüssiger und sein Ansehen im Volk wuchs stetig.

Professionelle Hilfe bei der Kriegsrede

Georges in dieser Hinsicht schwerste und zugleich politisch bedeutendste Prüfung war seine Kriegsrede am 3. September 1939. Auch bei deren Einübung stand ihm Logue zur Seite. In einer Radioansprache musste der König den Untertanen in seinem weltumspannenden Reich erklären, warum es in den Krieg eintreten müsse. Diese Prüfung hat George bestanden, denn sein Volk folgte ihm auf diesem schweren Weg.

Die Geschichte vom stotternden Prinzen, der sich zum hochgeachteten Monarchen entwickelte, wurde 2010 unter dem Titel „The King's Speech“ verfilmt. *J.H.*



Hielt eine bedeutende Kriegsrede mit Schönheitsfehler: Der britische König Georg VI. Bild: Archiv

Der verhinderte Frieden

Polen blockierte im Herbst 1939 alle Verhandlungslösungen

Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ist untrennbar mit den 1919 durch den Versailler Vertrag festgeschriebenen Machtkonstellationen und der territorialen Neuordnung Europas verbunden. Dieses Diktat war kein Werk der gegenseitigen Verständigung zwischen Siegern und Besiegten, sondern der Versuch, Deutschland politisch und wirtschaftlich zu schwächen. Dementsprechend wurden umfangreiche Gebiete ohne Volksbefragung vom Reich abgetrennt. An der Grenzfrage entzündeten sich schließlich die politischen Spannungen des Jahres 1939.

Seit seinem Amtsantritt hatte Adolf Hitler das Ziel verfolgt, die abgetretenen Gebiete wiederzuerlangen, allerdings möglichst unter Vermeidung internationaler Konflikte. Tatsächlich gelang es ihm, einige Kriegsfolgen zu revidieren und Deutschland durch geschickte Verhandlungen aus seiner außenpolitischen Isolation herauszuführen. Die Politik der Annäherung endete jedoch im Frühjahr 1939 mit dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei, und Großbritannien und Frankreich gaben daraufhin eine Beistands- und Garantieerklärung für Polen ab. Hitlers Vorschlag, Deutschland solle das deutsche Danzig sowie eine freie Straßen- und Eisenbahnverbindung durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen erhalten, Polen dafür einen Freihafen und einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre, lehnte Warschau im Vertrauen auf die britische Garantie ab.

Britische Garantie an Warschau war bedingungslos

Nunmehr begannen die europäischen Staaten, für den Kriegsfall Allianzen zu bilden. Den Höhepunkt dieser Verhandlungen stellte der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 24. August 1939 dar, auf den Großbritannien am folgenden Tag mit einem Beistandspakt mit Polen reagierte, der ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet war. Eine Einladung Hitlers zu Gesprächen in Berlin lehnte Polen im Hinblick auf das Beistandsversprechen der Westmächte am 29. August schroff ab. Dagegen verliefen die seit dem 26. August zwischen Berlin und London geführten Gespräche zunächst erfolgversprechend. Hitler akzeptierte am 29. August alle Vorschläge der britischen Regierung, forderte allerdings in ultimativer Form die Entsendung eines mit allen Vollmachten ausgestatteten polnischen Unterhändlers bis zum Abend des folgenden Tages, dem 30. August. Tatsächlich erschien kein Vertreter der polnischen Regierung, die, durch das Ultimatum alarmiert, die Generalmobilmachung anordnete. Die britische Regierung wirkte auch noch am 31. August auf Warschau ein, trotzdem Verhandlungen zu führen – vergeblich, so dass Hitler den Angriff auf Polen für den nächsten Morgen befahl. Er nahm an, dass Großbritannien und Frankreich ihrer Bündnisverpflichtung gegenüber Polen angesichts dieser Umstände nicht nachkommen würden. Zunächst sah es tatsächlich danach aus, denn die diplomatischen Drähte glühten weiter. Polen dagegen lehnte Verhandlungen weiterhin ab. Als Hitler sich am 3. September weigerte, als Voraussetzung für eine Konferenz alle Truppen aus Polen abzuziehen und lediglich einem Waffenstillstand zustimmte, waren die Würfel für den Kriegseintritt Großbritanniens gefallen. *J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5689**

Jeder macht, was er will

Hamburg führt erstmals »Kita-TÜV« ein: Bisher gibt es keine Qualitätskontrollen bei Bildungskonzepten

Während Gegner des Ausbaus der Kinderbetreuung beklagen, dass der Staat auf diese Weise versuche, sich in die Erziehung einzumischen, um schon Kleinkindern seinen bildungspolitischen Einheitsbrei zu servieren, betonen Politiker, dass ihnen die frühkindliche Bildung besonders wichtig sei. Doch letztendlich gehen beide Behauptungen an der Realität vorbei.

Noch sucht die Stadt Hamburg, doch in diesem Monat soll sie gefunden werden, die unabhängige Zertifizierungsagentur, die die Krippen und Kitas der Hansestadt auf Vorhandensein und Umsetzung von Bildungskonzepten hin überprüft und dies dann alle vier Jahre wiederholt. „Kita-TÜV" heißt das System, das die SPD-Regierung unter dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz einführen will und das auf Druck der Eltern, genauer des Landeselternausschusses Kindertagesbetreuung (LEA), installiert wird. „Der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung in Hamburg, den wir gemeinsam mit den Trägern in den letzten Jahren sehr konsequent und erfolgreich umgesetzt haben", so Sozialsenator Detlef Scheele (SPD), „muss einhergehen mit der Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität Hamburger Kitas." Scheele betont, dass Hamburg das erste der 16 Bundesländer sei, das eine regelmäßige Qualitätskontrolle der Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend organisiere.

Zwar klingt die Nachricht für Hamburger Eltern erfreulich, macht aber zugleich deutlich, dass es bisher keine derartigen Qualitätskontrollen gibt. Dies macht besonders stutzig, weil erstens Politiker immer wieder betonen, wie besonders wichtig frühkindliche Bildung sei, während in der Realität jede Kinderbetreuungseinrichtung bisher offenbar ohne Erfolgskontrolle agieren konnte, und zweitens die Krippen und Kitas das wertvollste Gut der Eltern und die Zukunft des Landes, ja, was eigentlich ... beaufsichtigen, verwalten, betreuen oder wirklich fördern?

Zu allererst ist es jedoch unfair, gleich vom Negativen auszugehen. Da sich bisher keine Massen an Eltern über die Zustände in Kinderbetreuungseinrichtungen beschwert haben, kann man davon ausgehen, dass die meisten das aus ihrer Sicht Beste für die Kinder tun. Trotzdem hat der familienpolitische Sprecher der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion, Christoph de Vries, nicht Unrecht, wenn er anmerkt, dass in Deutschland selbst „jedes Auto und jede Frittenbude häufiger überprüft wird als die Einrichtung, der wir unsere Kinder anvertrauen". Er fordert einen Rhythmus für Kita-Kontrollen von zwei Jahren und verlangt, dass die Inspektionsergebnisse für die Eltern einsehbar sind.

Tatsächlich ist es merkwürdig, dass Autos alle zwei Jahre zum TÜV müssen und Kitas, denen inzwischen eine hohe Bedeutung bei der Bildung zugesprochen wird, bisher ohne Qualitätskontrollen jenseits von Personalschlüsseln, Quadratmeterzahlen, Gebäude- und Kinderschutz existierten. Allerdings wurde der Kfz-TÜV auch erst eingeführt, als Autos zum Massengut wurden, zumindest bei Krippen geschieht dies jetzt erst und Kitas wurden bisher häufig eher als Spielgruppe und Betreuungs-, jedoch nicht als Bildungseinrichtung gesehen. Erst im Rahmen des seit zehn Jahren existierenden internationalen Bildungstests Pisa erfolgte eine Aufwertung.



Gemeinsames Singen: Geringe staatliche Vorgaben ermöglichen Vielfalt Bild: action press

Aufschlussreich ist die Nachricht über die Einführung eines „Kita-TÜV" zudem noch aus einem anderen Grund. Gegner des Ausbaus

> »Jede Frittenbude wird häufiger überprüft«

der Kinderbetreuung warnen stets davor, dass der Staat sich damit in die Erziehung einmischen wolle und den Kindern einen vom Staat verordneten bildungspolitischen Einheitsbrei serviere. Doch hier zeigt die Realität schnell, dass es dem Staat vorrangig um andere Dinge geht, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um einerseits den Frauen den schnellen Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen, andererseits aber auch das Fachkräftepotenzial für die Wirtschaft zu erhöhen, schließlich sind viele Frauen inzwischen bestens ausgebildet, und um so die Zahl der Steuerzahler zu steigern. Zwar kostet ein Vollzeitbetreuungsplatz für unter Dreijährige beispielsweise in Hamburg fast 1200 Euro, doch sinkt der Preis bereits ab drei Jahren auf 760 Euro. Gut verdienende Eltern tragen davon 393 Euro selber, den Rest übernimmt die Stadt, erhält dafür aber Steuern von der arbeitenden Frau, die zudem in die Sozialversicherungen einzahlt. Bereits mittelfristig rentiert sich als das Investment Krippe/Kita für die Stadt, da Frauen durch den schnellen Wiedereinstieg in den Beruf deutlich kürzere Verdienstausfallzeiten haben, was auch den Konsum erhöht. Die derzeit hohe Zahl der Erwerbstätigen zeigt bereits, dass die Strategie aufgeht, denn unter ihnen sind immer mehr berufstätige Mütter.

Von einem bildungspolitischen Einheitsbrei kann man zudem nicht sprechen, weil ein Großteil der Krippen/Kitas von freien Trägern betrieben wird. Dies sind kirchliche Einrichtungen wie Diakonie und Caritas, soziale wie Arbeiterwohlfahrt oder Der Paritätische, aber auch unzählige private Anbieter. Und so etwas wie Lehrpläne wie bei Schulen, bei denen es übrigens auch keine einheitlichen Qualitätskontrollen gibt, die aber immerhin überwiegend vom Staat betrieben werden, gibt es von den Landesregierungen überhaupt nicht. Zwar bieten die Länder Bildungsempfehlungen oder Handreichungen, an die sich die Träger bei ihren Konzepten zu halten haben, aber darin sind nur lose Lernziele für Bereiche wie Körper, Bewegung, Gesundheit, soziale und kulturelle Umwelt, Kommunikation, bildnerisches Gestalten, Musik, Mathematik, Natur, Umwelt und Technik beschrieben. „Eine räumliche Orientierung entwikkeln", „Mit Siegen und Niederlagen angemessen umgehen" oder „Rücksicht auf jüngere Kinder nehmen", heißt es in der Hamburger Bildungsempfehlung, die übrigens im Gegensatz zum CSU-geführten Bayern ohne Begriffe wie „Gender Mainstreaming" arbeitet und zugleich das Wissen über traditionelle Feste fordert. Wie die Träger diese Ziele erreichen, ist ihnen selbst überlassen. Zwar müssen sie bei der Betriebserlaubnis Konzepte einreichen, aber bisher wurde nie überprüft, ob diese umgesetzt werden. Dies soll nun ab 2017 zumindest in Hamburg geschehen.

„Zwei Dinge sollten Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel" zitiert die Hamburger Bildungsempfehlung Goethe und setzt sich dies selbst zum Ziel. Und bei aller Klage über fehlende staatliche Kontrolle sei darauf hingewiesen, dass dies Vielfalt ermöglicht und Freiheit schafft.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Gedenktag für Vertriebene?

Berlin – „Ein langjähriges Herzensanliegen erfüllt sich", jubelt Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), über einen Satz im schwarz-roten Koalitionsvertrag. „Wir halten die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig", heißt es dort. Der BdV interpretiert den Satz so, dass die Vertriebenen einen eigenen Gedenktag bekommen. Bisher war die SPD der Meinung, dass es reiche, der Vertriebenen am Volkstrauertag, an dem aller Kriegsopfer gedacht wird, zu gedenken. Die Union wollte bisher die Vertriebenen am UN-Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, würdigen. Der BdV ist für den 5. August, den Jahrestag der Verabschiedung der „Charta der Heimatvertriebenen". *Bel*

Große Mehrheit für Wowereit

Berlin – „Das ist eine Mischung aus dreist, unverschämt und skandalös", kommentierte der Vorsitzende des Bundestagsverkehrsausschusses, der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter, die erneute Wahl von Klaus Wowereit zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Berliner Großflughafens BER. Von 15 Aufsichtsratsmitgliedern hatten nur zwei Wowereit ihre Zustimmung versagt, obwohl dieser bereits von dem nun wiedererlangten Posten hatte zurücktreten müssen, da ihm eine Hauptschuld an den Fehlplanungen und den Kostensteigerungen beim BER zugeschrieben wird. Im Aufsichtsrat sitzen je vier Vertreter des Landes Berlin und des Landes Brandenburg, zwei Vertreter des Bundes und fünf Arbeitnehmervertreter. Helmuth Markov und Ralf Christoffers, beide von der Partei „Die Linke" für Brandenburg stimmberechtigt, verweigerten Wowereit die Zustimmung, aber nur, weil er das Brandenburger Volksbegehren für ein Nachtflugverbot nicht berücksichtigen will. *Bel*

Belohnung trotz Fehlverhaltens

»Stabilitätsrat« lässt Milde walten: Bremen erhält nur Rüge

Der Begriff „Stabilitätsrat" klingt für deutsche Ohren so vertrauenswürdig wie TÜV-geprüft. Doch die aktuellen Entscheidungen des 2010 ins Leben gerufenen Gremiums lassen Zweifel an dessen Durchschlagskraft aufkommen. Bei seiner 8. Sitzung im Dezember fiel der Stabilitätsrat vor allem durch Milde auf.

Aufgabe des Rates ist es, die Einhaltung der Defizitobergrenze und bestehender Sanierungspläne zu überwachen. Derzeit stehen die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein unter verstärkter Kontrolle. Diese Länder müssen alle halbe Jahre vor dem Stabilitätsrat ihre Haushalte vorlegen und erklären, wie sie diese bis 2016 zu konsolidieren gedenken. Da die Kieler Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) und ihr Berliner Kollege Finanzsenator Ulrich Nußbaum gute Zahlen vorlegen konnten – Schleswig-Holstein kann voraussichtlich bereits das Jahr 2013 mit einer schwarzen Null abschließen, Berlin hofft, 2015 ohne neue Schulden auszukommen –, erhielten sie auch Lob. Dass dieser Umstand nicht nur einer soliden Haushaltsführung, sondern auch sprudelnden Steuereinnahmen zu verdanken ist, wurde jedoch nicht näher thematisiert. Das Saarland hingegen erhielt die Auflage, seinen Sanierungskurs zu intensivieren und in einem halben Jahr die erhofften Ergebnisse vorzulegen. Ähnliches gilt auch für Bremen, das sogar offiziell gerügt wurde.

Zwar ging der Stadtstaat 2013 nicht bis an die erlaubte Verschuldungsgrenze, doch den gewünsch-

> Schuldensünder und Richter in einer Person

ten Sicherheitsabstand von 200 Millionen Euro für konjunkturelle Krisenzeiten hielt das Land mit nur 49 Millionen Euro nicht ein und das trotz unerwarteter Mehreinnahmen in Höhe von 230 Millionen Euro. Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) reagierte auf die Rüge dennoch mit Unverständnis. Ihr reiche es, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, das Ziel 2016 sei in ihren Augen zu ambitioniert, so die Politikern, die in diesem Jahr gekonnt Mehreinnahmen sofort wieder ausgegeben hat, anstatt sie angesichts der maroden Stadtfinanzen dafür zu verwenden, die Neuverschuldung zu senken.

Doch da der Stabilitätsrat sie für das Verhalten nur gerügt hat, kann Linnert damit rechnen, die vom Bund und den Ländern zugesagten Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro zu erhalten. Dieses Geld soll laut Gesetz ein Anreiz für die zu Sanierungsfällen gewordenen Länder darstellen, sich wunschgemäß zu verhalten. Dass dabei der Umstand außer Acht gelassen wird, dass die Länder eigentlich selbst ein Interesse daran haben sollten, tragbare Haushalte und Schuldenstände zu haben, war bisher genauso wenig Thema wie der Umstand, dass der Stabilitätsrat aus den Finanzministern der Länder und dem Bundesfinanzminister besteht.

Schuldensünder richten also über Schuldensünder. Und da der eine einmal ein wenig mehr sündigt als der andere, der aber nie weiß, wann er selber wieder mehr sündigen wird, ist der Drang, Regelverletzungen scharf zu bestrafen, im Gremium begrenzt. Zwar ist dem Stabilitätsrat seit der letzten Sitzung ein Beirat aus unabhängigen Experten angeschlossen, doch erstens werden die Mitglieder auch von Bund und Ländern berufen und zweitens darf er nur Empfehlungen aussprechen. Und so erweist sich der Stabilitätsrat als zahnloser Tiger. *Bel*

MELDUNGEN

Gefahr für Polen?

Moskau – Der Kreml vermutet hinter den Kiewer Unruhen Polen, das im Auftrag der USA und mit deren Geld seine einstige „Kolonie“ Ukraine unterminiere. Das sieht Polens führender Historiker Przemyslaw Zurawski anders, der die EU-freundlichen Oppositionellen als aggressive Chauvinisten erlebt hat: „Polen muss der Ukraine das Karpaten-Vorland zurückgeben“, verlangt Oleg Tjagnibok von der Bewegung „Svoboda“ (Freiheit). Ähnlich hetzt Rostyslaw Nowozeniec vom „Block Julia Timoschenko“: „Krakau ist eine altukrainische Stadt, die von Polen okkupiert ist.“ Dieser extreme Nationalismus grassiere aber nur im „polnischen“ Westen der Ukraine. Zu dem gehöre Vitali Klitschko aber nicht. *W.O.*

Polizei stellt Bernstein sicher

Königsberg – Die russische Polizei hat in Palmnicken [Jantarny] mehr als fünf Tonnen Bernstein in einer Bernstein-verarbeitenden Werkstatt beschlagnahmt. Laut dem Moskauer Innenministerium hat der Rohbernstein einen Wert von mehr als 22 Millionen Euro. Hinter einer zugemauerten Tür wurden in dem Kellerversteck 227 Säcke sichergestellt, in denen sich auch große Brocken befanden, von denen jeder einzelne einen Wert von bis zu 70000 Euro besitzt. Die Polizei machte den Fund im Zuge einer Hausdurchsuchung, da der Eigentümer der Werkstatt wegen Betrugsverdachts und Steuerhinterziehung international gesucht wird. Es wird vermutet, dass der Werkstattbetreiber den Bernstein dank Korruption illegal erworben hat. In der Region um Palmnicken werden im Tagebau rund 90 Prozent des weltweiten Bernsteinvorkommens gefördert. *tws*

Wallfahrt der Heuchler

Ukraine: Deutsche Medien verschweigen überwiegend pikante Details der Pro-EU-Demonstrationen

Um eine Anbindung der Ukraine an die EU zu erreichen, schreckt man in Brüssel selbst vor einer Zusammenarbeit mit einer Schwesterpartei der NPD nicht zurück. Und während die Ukrainer für ihre Demonstrationen gefeiert werden, nimmt man hinterrücks den Spaniern dieses Recht.

Es ist ein interessantes Gedankenspiel, zu dem Russlands Außenminister Lawrow nach dem Besuch von Guido Westerwelle bei Pro-EU-Demonstranten in Kiew aufgefordert hat: „Stellen Sie sich vor, ich würde nach Deutschland reisen und mich unter Demonstranten für Parteien mischen, die einen Schwenk in den deutschen Beziehungen zur EU fordern.“ Westerwelles Auftritt in Kiew, eine seiner letzten Aktionen als deutscher Außenminister, ist beileibe nicht der einzige fragwürdige Punkt in Sachen Ukraine.

Während EU-weit der „Kampf gegen Rechts“ faktisch Staatsdoktrin ist, scheinen bei dem Vorhaben, die Ukraine fester an die EU zu binden, selbst Antisemiten als heimlicher Bündnispartner willkommen zu sein. Sowohl Westerwelle als auch die ganze Schar westlicher Politiker, die inzwischen in Kiew aufgetaucht ist, haben es aber immerhin vermieden, mit Oleg Tjagnibok, einem der wichtigsten Akteure der Pro-Europa-Bewegung in der Ukraine, gemeinsam gesehen zu werden. Mit gutem Grund, denn der Chef der Partei Swoboda (Freiheit) pflegt nicht nur enge Kontakte mit der deutschen NPD, Swoboda-Anhänger skandieren zuweilen auch den Schlachtruf „Schlagt die Juden“. Der Parteichef selbst sorgt bereits damit für Schlagzeilen, dass er über die „moskowitisch-jüdische Mafia“ wetterte, welche die Ukraine beherrsche.

Für die Vaterlandspartei der zur demokratischen Ikone hochgejubelten Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und die UDAR-Partei des Boxprofis Vitali Klitschko waren die kruden Ansichten Tjagniboks kein Hindernis, im ukrainischen Parlament einen Pakt mit der Swoboda einzugehen. Auch der Botschafter der EU in Kiew, der Pole Jan Tombinski, hat die rechtsradikale Partei bereits als gleichwertigen Partner für Gespräche mit der EU bezeichnet. Nach Tjagniboks eigenen Angaben existiert der Kontakt zu EU-Diplomaten bereits seit dem Beginn des Jahres 2013. Eingebunden in die Gespräche war unter anderem Helga Schmid, langjährige Büroleiterin von Joschka Fischer, inzwischen die Stellvertreterin der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton.

Dass die politische Zeitbombe Swoboda als Teil der Pro-EU-Bewegung verschwiegen oder verharmlost wird, ist nur ein Grund, warum die Ukraine-Berichterstattung hiesiger Medien fast als Totalausfall gelten kann. Fehlanzeige herrscht ebenso, wenn es um Details geht, die darauf schließen lassen, dass es für die Pro-EU-Proteste eine massive finanzielle Rückendeckung gibt. Kaum ein Wort etwa darüber, dass gewaltbereite Swoboda-Anhänger mit Bussen aus dem Westen der Ukraine nach Kiew gekarrt wurden oder dass man einen Teil der Demonstranten mit Geldzahlungen geködert hat. Selten erwähnt wird, dass tonnenweise Lebensmittel verteilt wurden oder dass man kostenlose Rockkonzerte und Fußballübertragungen organisiert hat, um möglichst viele Menschen zu den Pro-EU-Kundgebungen zu locken.

> Sind ukrainische Demonstranten besser als spanische?

Die politischen Verrenkungen hinsichtlich Swoboda und die vorherrschende Schwarz-Weiß-Berichterstattung kommen nicht von ungefähr. Die Unterstützung der Oppositionskräfte in der Ukraine sei für die USA „der wirksamste Weg, Russland zurückzudrängen“, so der in Washington bestens vernetzte Informationsdienst Stratfor. Entgleitet die Ukraine seiner Einflusssphäre, dann sei Russland „nicht mehr zu verteidigen“, so Stratfor weiter.

Welche Doppelmoral im Fall der Ukraine an den Tag gelegt wird, macht ein Blick auf die aktuelle Entwicklung in Spanien deutlich. Hatte Guido Westerwelle mit Bezug auf Kiew noch getönt: „In einer Demokratie lassen sich friedliche Demonstrationen der Menschen nicht einfach verbieten und mit Staatsgewalt unterbinden“, so scheint das EU-Land Spanien nun tatsächlich den Versuch zu unternehmen, ein demokratisches Grundrecht, das Recht zu demonstrieren, weitgehend auszuhöhlen. Noch im Dezember hat der in Madrid regierende Partido Popular einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Demonstrationsrecht in Zukunft faktisch nur noch auf dem Papier existieren wird. Teil der Pläne, die von Innenminister Jorge Fernández Díaz vorgelegt wurden, sind drakonische Bußgelder von bis zu 600000 Euro, wenn eine friedliche Demonstration außer Kontrolle gerät und es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Dazu kommt das Vorhaben, auch das Fotografieren und Filmen von Polizeieinsätzen künftig mit drastischen Geldstrafen zu belegen.

Beides zusammen genommen lässt befürchten, dass in Spanien das Demonstrationsrecht über eine juristische Hintertür völlig ausgehebelt werden soll. Für diese Vermutung gibt es einen konkreten Hintergrund: Im Jahr 2012 war eine zunächst friedliche Demonstration vor dem Parlament zu einer Straßenschlacht eskaliert. Wie sich später anhand von Pressefotos und Videos nachweisen ließ, war die Gewalt aber von eingeschleusten Zivilpolizisten ausgegangen. Angesichts dieser Erfahrung ist die Wirkung des neuen Gesetztes leicht voraussehbar. Bei Bußgeldern von hunderttausenden Euro wird es bald kein Bürger mehr wagen, eine Demonstration anzumelden – verfassungsrechtlich verbrieftes Demonstrationsrecht hin oder her. *Norman Hanert*



Schöne Fassade: Freiheit hat bei den Unterstützern der Demonstranten nicht oberste Priorität Bild: pa

EU sollte zahlen

Paris will Auslandseinsätze nicht allein tragen

Vorerst gescheitert ist Frankreichs Präsident François Hollande mit seinem Plan, für Auslandseinsätze des französischen Militärs andere EU-Länder einzuspannen. Eine gemeinsame EU-Kriegskasse, die Paris im Vorfeld des jüngsten EU-Ratstreffens gefordert hatte, wird kurzfristig ebenso wenig Realität wie der Wunsch, dass sich Deutschland mit Geld oder Truppen am französischen Militäreinsatz in Zentralafrika beteiligt. Eine Beteiligung der EU an den Kosten von militärischen Operationen sei nach der derzeitigen Rechtslage nur möglich, wenn es sich um eine EU-Mission handele, so ein Vertreter der Bundesregierung. Abgeschmettert wurde auch eine deutsche Beteiligung auf zwischenstaatlicher Basis.

> Es geht allein um französische Belange

Die Abfuhr bringt Paris in die Bredouille. Außenminister Laurent Fabius hatte den Franzosen nämlich bereits versprochen, die Kosten für den aktuellen Einsatz in Zentralafrika würden von der EU übernommen. Der Eifer des Elysee-Palastes, für seine Kriegseinsätze fremde Kassen anzuzapfen, kommt nicht von ungefähr. Die militärische Präsenz ermögliche es Frankreich, einen Fuß im frankophonen Afrika zu behalten, wo es im Schatten von China zunehmend zur „vernachlässigbaren Größe“ werde, so die „Neue Zürcher Zeitung“. Aus eigener Kraft kann es sich Frankreich immer weniger leisten, weiterhin Weltmacht zu spielen. Allein die Militäreinsätze in Zentralafrika und Mali haben 2013 bereits 650 Millionen Euro gekostet. Obendrein nimmt auch in der französischen Bevölkerung die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen ab.

Wie eine Neuinterpretation der kongolesischen Redensart „Frankreich ist groß auf den Schultern Afrikas“ mutet auch an, wie Paris die EU bei seinem Überseegebiet Mayotte eingespannt hat. Bereits 2011 war die kleine Insel an der Südostküste Afrikas zum 101. Departement Frankreichs geworden. Zum 1. Januar 2014 wurde die arme Insel nun ebenfalls Teil der EU und erhält damit denselben Status wie die früheren französischen Kolonien Guadeloupe, Französisch-Guyana oder Martinique. Die 200 Millionen Euro, die von Brüssel im Vorfeld der EU-Aufnahme Mayottes zusätzlich bereitgestellt wurden, hatte Paris als Gegenleistung für seine Zustimmung zum EU-Langzeitfinanzrahmen bis 2020 ausgehandelt. *N.H.*

Säbelrasseln im Pazifik

Weder Japan noch China oder Südkorea wollen bei Inselstreit Verzicht üben

Der Streit zwischen China und Japan um fünf unbewohnte kleine Inseln sowie drei Riffe im Ostchinesischen Meer schwelt gefährlich weiter. Mit 4,3 Quadratkilometern ist das größte Inselchen kaum größer als der Englische Garten in München. Im Gebiet um die Inseln, die Japan seit 1895 kontrolliert, gab es bereits mehrere Zwischenfälle. So hatte etwa ein chinesischer Fischkutter ein japanisches Küstenwachboot gerammt. China hat den Konflikt verschärft, als es im November eine Flugkontrollzone auch über den auf Chinesisch „Diaoyu“ genannten Eilanden verkündet hat. Innerhalb dieser Zone, die sich mit einer seit langem bestehenden Flugkontrollzone Japans überlappt, müsse sich jedes Flugzeug bei den Chinesen anmelden. Tokio ignoriert dies. Auf Japanisch heißen die Inseln Senkaku.

Die mit Japan verbündeten USA entsandten zwei schwere B-52-Bomber über das Gebiet, um Peking zu demonstrieren, dass sie sich ebenfalls nicht an dessen neue Direktiven halten. Nur der zivilen Luftfahrt empfahl Washington sicherheitshalber, sich beim Überflug bei den Chinesen zu melden. Deren neu deklarierte Flugkontrollzone umfasst auch einen Unterwasserfelsen, auf den Südkorea Anspruch erhebt und auf dem es eine Forschungsstation errichtet hat. Deshalb hat Seoul jetzt auch seine eigene bisherige Flugkontrollzone erweitert, innerhalb derer sich Flugzeuge identifizieren müssen.

In Ostasien denkt niemand an territorialen Verzicht selbst bei kleinsten Gebieten, und alle haben ein langes Gedächtnis. Das zeigt auch der Streit zwischen Südkorea und Japan um zwei benachbarte Inselchen, die auf Koreanisch Dokdo und auf Japanisch Takeshima heißen. Auf der Westinsel lebt ein altes koreanisches Fischerpaar, finanziell bezuschusst vom koreanischen Staat. Es hat ständig die Gesellschaft von 45 schwer bewaffneten Polizisten, die alle zwei Monate abgelöst werden. Zudem werden die Inseln häufig von südkoreanischen Touristen besucht. So soll der eigene Anspruch gesichert werden. Tokio wollte den Fall vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag bringen. Dazu ist Seoul nicht bereit. Denn es gebe keine territoriale Frage.

> Die ungelösten Territorialkonflikte sind ein Pulverfass

Genauso verhält sich die Volksrepublik China gegenüber Japan im Fall der Diaoyu-Senkaku-Inseln. Sie sind für Peking „fester Bestandteil des chinesischen Territoriums“. Auf die Inseln erhebt auch Taiwan – sein offizieller Staatsname lautet „Republik China“ – Anspruch. Die Taiwaner nennen die Inseln „Diaoyutai“, zu Deutsch „Fischterrasse“. Tatsächlich fahren taiwanische Fischer seit jeher zu den nur 180 Kilometer nordöstlich Taiwans gelegenen Felsen zum Fischfang. Besonders interessant sind die Inseln aber für alle Beteiligten, seit dort größere Erdöl- und Gasvorkommen vermutet werden. Der taiwanische Präsident Ma Ying-yeou unterbreitete eine Friedensinitiative, gemäß der sich alle auf eine gemeinsame Ausbeutung der Rohstoffvorkommen einigen sollten. Doch Peking zeigt sich kompromisslos. Schon oft ließ es auch einen antijapanischen Mob von der Leine. Die kommunistischen Machthaber fühlen sich immer stärker und lassen ihre Muskeln spielen. Symbol der forcierten Flottenrüstung ist der erste chinesische Flugzeugträger „Liaoning“, dem weitere folgen werden.

Historisch und geografisch sprechen mehr Gründe für den chinesisch-taiwanischen Anspruch auf die umstrittenen Inseln. Völkerrechtlich ist es komplizierter. Hier kann jede Seite Argumente anführen. Peking beruft sich auf die von Chiang Kaishek – dem großen Gegenspieler Maos – mit den Amerikanern und Briten ausgehandelte Kairoer Deklaration von 1943, nach der alle 1895 „von Japan geraubten Gebiete“ hätten zurückgegeben werden müssen. Die Potsdamer Erklärung von 1945 habe dies bekräftigt. Explizit genannt wurden in der Kairoer Deklaration allerdings nur die Mandschurei, Taiwan und die Pescadoren-Inseln. Die Diaoyu-Senkaku-Inseln wurden nach 1945 Protektoratsgebiet der USA, die sie 1972 zusammen mit Okinawa an Japan zurückgaben. Taiwans Präsident Chiang Kai-shek hatte als Verbündeter der USA 1972 nicht dagegen protestiert.

Im aktuellen Streit erklären die USA, der japanisch-amerikanische Beistandspakt umfasse auch das Gebiet der Senkaku-Inseln. Zugleich lässt Washington aber die Souveränitäts-Frage bezüglich der Inseln offen. Der Kolumnist der „New York Times“, Nicholas Kristoff, schrieb dazu: „Wir sind somit in der absurden Position, Japan in einem Krieg um die Inseln beistehen zu müssen, obwohl wir nicht der Ansicht sind, dass die Inseln unbedingt Japan gehören.“ *Michael Leh*

Moskau trotzt der Krise mit Säuberung

Schließung maroder Banken läutet Reformkurs ein – Kürzungen und Rentenreform auf Putins Agenda

Russland steckt in einer wirtschaftlichen Rezession. Die Wachstumsprognosen mussten 2013 viermal nach unten korrigiert werden, die Inflationsrate blieb hoch, die anhaltende Kapitalflucht macht der Regierung zusätzlich zu schaffen. Mit der Schließung maroder Privatbanken läutet Präsident Wladimir Putin einen lange vermiedenen Reformkurs ein.



Greift durch: Elvira Nabiullina rückt mit Putins Rückendeckung maroden Banken zu Leibe Bild: action press

Besser hätte der Zeitpunkt nicht gewählt sein können: Während Präsident Putin, der derzeit außenpolitisch auf einer Erfolgswelle schwimmt, bei seiner jährlichen Ansprache ans Volk mit altbewährten Parolen den Ernst der wirtschaftlichen Lage herunterspielte und scheinbar beiläufig die bevorstehende Freilassung des Ex-Oligarchen Michail Chodorkowskij bekanntgab, sorgte Zentralbankchefin Elvira Nabiullina, die langjährige Mitarbeiterin im Wirtschaftsministerium und in der Verwaltung des Präsidenten, für vollendete Tatsachen, als sie mehreren großen regionalen Privatbanken die Lizenz entzog, darunter auch der Königsberger „Investbank“ (siehe Seite 13). Befürchteten vor allem Kleinsparer den Verlust ihrer Einlagen und eine Bankenkrise wie 2004, konnte Nabiullina die Menschen schnell beruhigen. Im Unterschied zu damals greift jetzt der Bankensicherungsfonds. Zwar sind nur Guthaben bis zu einer Höhe von umgerechnet 15 400 Euro versichert, allerdings hat die Regierung bereits angekündigt, dass die großen Staatsbanken Sberbank und VTB die bei den betroffenen Privatbanken bestehenden Konten übernehmen werden und somit auch größere Guthaben gesichert seien.

Seit Nabiullinas Amtsantritt im Juni 2013 wurden bereits über 25 Privatbanken liquidiert, weitere werden 2014 folgen. Ihnen wird Bilanzbetrug und Geldwäsche vorgeworfen. Die durch die Schließungen ausgelöste Vertrauenskrise in das russische Bankensystem hat dazu geführt, dass auch Kunden gesunder Banken nun vermehrt zu den staatlichen Großbanken wechseln. Diese profitieren, denn auch sie litten in der Vergangenheit unter der ständigen Kapitalflucht. Kritiker glauben, dass die Bankensäuberung ein politischer Auftrag sei, den die Zentralbankchefin nun ausführe. Beobachter sprechen aber auch von einer notwendigen Reaktion der Regierung auf die sich verschlechternde Wirtschaftslage im Land.

Die Industrieproduktion stagniert bei null Prozent. Im vergangenen Monat reduzierte das Wirtschaftsministerium seine Prognose für das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bis 2030 von vier auf 2,5 Prozent. Der Kapitalrückzug ist eines der größten Probleme Russlands. Seit Mitte 2008 wurden insgesamt 300 Milliarden Euro abgezogen. Dabei sind es nicht nur ausländische Investoren, die sich wegen Rechtsunsicherheit, Korruption und der Behinderung eines freien Wettbewerbs aus Russland zurückziehen. Rund ein Viertel soll auf Abhebungen des privaten Anlagekapitals und auf Firmen, die ihr Kapital ins Ausland transferieren, zurückgehen.

Jüngstes Beispiel für Kapitalabfluss ist ausgerechnet die von Putin forcierte Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan.

Kasachstan profitiert am meisten von Putins Zollunion

Durch die Zollfreiheit mit Russland sind bereits über 34 Milliarden Euro nach Kasachstan abgeflossen, weil russische Firmen dort investieren. Der Transfer erfolgte über Banken, denen nun Geldwäsche vorgeworfen wird. Während Kasachstan von dem Bau neuer Industriebetriebe profitiert, gehen in Russland Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren.

Das Jahr 2014 wird Putin vor große Herausforderungen stellen. Der Präsident hat im Dezember eingestanden, dass die Wirtschaftsprobleme des Landes nicht nur mit der globalen Finanzkrise zu erklären seien, sondern innere Ursachen haben. Neben der Säuberung des Bankensektors stehen Ausgabenkürzungen bei den Staatsbetrieben Gazprom und der Staatseisenbahn auf der Agenda. Zudem soll das Rentenalter, das in Russland bei 60 Jahren für Männer und 55 für Frauen liegt, erhöht werden. Bislang hatte Putin diese unpopulären Maßnahmen stets verschoben, auch deshalb, weil vor allem die Eisenbahn zu den größten Arbeitgebern des Landes zählt. Kürzungen werden zu Stellenstreichungen führen. Die Arbeitslosenquote lag 2013 bei 5,8 Prozent, Tendenz steigend. Da die Einnahmen aus der Energiebranche nicht mehr so üppig fließen, sind Reformen unumgänglich. Die Förderung Erneuerbarer Energien in Europa sowie die Erschließung von Schiefergasfeldern wird Russland weiter unter Druck setzen.

In Russland gibt es immer noch zu viele Banken. Von den etwa 900 lizensierten Geldhäusern kontrollieren die 50 größten 80 Prozent des Geldflusses. Viele der übrigen dienen im korrupten System als sogenannte „Taschenbanken“ für Geschäftsverbände oder Einzelpersonen. Banken, die sich an die staatlich vorgegebenen Regeln und Gesetze halten, sollen laut Nabiullina auch künftig nichts zu befürchten haben. Im Grunde folgt die russische Regierung mit den nun angekündigten Maßnahmen den seit Jahren von westlichen Beratern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten Reformen in der Hoffnung, ausländische Investoren anzuzlocken,

Russland verfügt über ungenutztes Potenzial. Die arbeitsfähige Bevölkerung ist gut ausgebildet, rund die Hälfte hat einen Hochschulabschluss, die Staatsfinanzen gelten als solide und die Steuern sind niedrig, die Staatsverschuldung ist im internationalen Vergleich gering. Auch die Infrastruktur verbessert sich allmählich. Bislang hat Russland es jedoch versäumt, eine breite industrielle Basis für Investoren zu schaffen.

Vize-Ministerpräsident Igor Schuwalow hat kürzlich eine Reise in die USA unternommen, um das Vertrauen potenzieller amerikanischer Investoren zurückzugewinnen. Putins Amnestie für Häftlinge, insbesondere für seinen Erzfeind Chodorkowskij, könnte hier gute Dienste leisten.

Manuela Rosenthal-Kappi

(siehe auch Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Nicht ohne die Schweiz

Luxemburg – Der neue luxemburgische Premier Xavier Bettel hat mit Österreich ein härteres Vorgehen der EU gegen Steuerflüchtlinge vorerst verhindert. Bettel verlangt, dass auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz oder Monaco sich am Informationsaustausch über Steuerflüchtige beteiligten, alles andere würde den Finanzplatz Luxemburg gefährden. *Bel*

Holzöfen im Visier

Düsseldorf – Bisher galten Autos und Fabrikschlote als Feinstaubverursacher Nummer 1. Doch da diese in den letzten Jahren mit Filtern und neuer Technik ausgestattet wurden, hat die Wissenschaft nun eine neue Gefahrenquelle für die Luftqualität ausgemacht: den Kamin. Gerade in den kommenden kalten Monaten erfreuen sich viele Hausbesitzer dieser zusätzlichen Wärmequelle. Das Umweltamt der Stadt Aachen ist sich sicher, dass die dortige Feinstaubbelastung auf den „dramatischen Anstieg von Holzkaminen“ zurückzuführen sei und will deswegen Vorgaben für Kamine einführen. *Bel*

Eon rechnet mit weiteren Klagen

Datteln – Bereits im Dezember hat die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nach langem Ringen den neuen Bebauungsplan für das zu über 80 Prozent fertiggestellte, aber seit 2009 auch aus politischen Gründen blockierte Steinkohlekraftwerk Datteln IV genehmigt. Die Grünen sind gegen das Kraftwerk, bezeichnen es als „CO_2-Schleuder“ und würden nach der Kernkraft am liebsten auch aus der Kohlekraft aussteigen. Doch Bauherr Eon darf sich noch nicht freuen, 2014 endlich ans Netz gehen zu können, da mit zahlreichen Klagen gegen den Bebauungsplan gerechnet wird. *Bel*

Steinkohle im Aufwind

Erneuerbare Energien fördern indirekt »schmutzigere« Kraftwerke

Deutschland importierte 2013 mehr Steinkohle als in den Jahren zuvor. Nach Angaben des Vereins der Kohlenimporteure dürften die Einfuhren auf über 50 Millionen Tonnen bis Ende 2013 gestiegen sein. Als Gründe gab der Verein die sinkende inländische Förderung und die höhere Nachfrage von Kraftwerken an. In den ersten sechs Monaten 2013 erhöhten sich die Steinkohleeinfuhren nach Deutschland um 15 Prozent oder um 3,4 Millionen auf insgesamt 25,7 Millionen Tonnen, so dass Ende des Jahres erstmals seit 1957 mehr als 50 Millionen Tonnen importiert würden.

Deutschland bezieht über zwei Drittel seiner Steinkohle aus dem Ausland, vorrangig aus Kolumbien, Russland und den USA. Knapp drei Viertel der gesamten Steinkohle benötigen die Kraftwerke zur Wärme- und Energieerzeugung, während 25 Prozent für die Eisen- und Stahlverarbeitung verbraucht werden, deren Nachfrage aber derzeit rückläufig ist.

Erich Schmitz, Geschäftsführer des Vereins der Kohlenimporteure, sieht zwei Gründe für die erhöhten Einfuhren. Aufgrund der ungünstigen Bedingungen in Deutschland ist nur ein Teil der inländischen Steinkohlevorräte international wettbewerbsfähig und wird auch nur noch bis 2018 subventioniert. Der zurückgehende deutsche Steinkohlenbergbau muss deshalb durch erhöhte Importe ausgeglichen werden. Zudem sind die Steinkohlekraftwerke im Vergleich zu Gaskraftwerken derzeit wegen der international niedrigen Preise für Steinkohle rentabler, so dass sie wieder in Zeiten niedriger Preise an der Strombörse infolge der Energiewende an Bedeutung gewinnen. Trotzdem bleibt oft nur ein minimaler Gewinn.

Im Vergleich sind sauberere Gaskraftwerke teurer

Der Verein der Kohlenimporteure befürwortet deshalb eine grundlegenden Reform bei der Vergütung des regenerativen Stroms und einen marktwirtschaftlich ausgerichteten, nicht diskriminierenden Kapazitätsmarkt. „Anderenfalls“, so Schmitz, „wird es zu einer Massenankündigung der Stilllegung von älteren Kohle- und Gaskraftwerken bei der Bundesnetzagentur kommen, die die Versorgungssicherheit in Deutschland dann in ein bis zwei Jahren erheblich gefährden könnte.“

Da bis 2022 alle Kernkraftwerke und konventionelle Altanlagen vom Netz gehen oder aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter betrieben werden, besteht ein deutlicher Investitionsbedarf, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Indes lagen der Bundesnetzagentur zuletzt Anträge zur Schließung von 28 Kraftwerksblöcken mit insgesamt knapp 7000 Megawatt Leistung vor, von denen aber fünf als systemrelevant eingestuft werden.

Die Energiekonzerne wollen wegen der Energiewende vor allem viele ihrer Gaskraftwerke stillegen, während die Netzagentur die Erzeugungskapazitäten im Blick hat und nicht jeden Antrag genehmigt. Die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD will den Ausbau der Erneuerbaren Energien denn auch bremsen, um die „alte Energiewirtschaft“ zu unterstützen. Die konventionellen Kraftwerke seien als Teil des „nationalen Energiemixes“ auf absehbare Zeit unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund werden Kohleimporte auch in der Zukunft von Bedeutung sein. *Ulrich Blode*

Drogenfreigabe bringt Steuern

Aber auch die Kosten für Polizei und Strafvollzug sinken

Erstaunlich starken Auftrieb haben derzeit Forderungen zur Legalisierung „weicher“ Drogen. Uruguay wird nun das erste Land der Welt sein, das den Besitz und den Konsum von Marihuana freigeben wird. Weit über das hinaus, was in den Niederlanden oder einzelnen US-Bundesstaaten bisher erlaubt ist, soll in Uruguay der Marihuana-Konsum nicht nur in bestimmten, eng begrenzten Räumen oder für medizinische Zwecke straffrei sein, sondern sogar komplett legal werden.

Hierzulande sorgt derweil eine Resolution für Aufsehen, die von 106 deutschen Strafrechtsprofessoren vorgelegt wurde. Da das bisherige Konzept der Bestrafung von Drogenkonsum „gescheitert, sozialschädlich, unökonomisch“ sei, sollten Schaden und Nutzen der bisherigen Drogenpolitik unvoreingenommen wissenschaftlich überprüft werden, so die Forderung.

Ausgerechnet leere Staatskassen könnten Forderungen zur Freigabe zumindest weicher Drogen weltweit nun weiteren Auftrieb geben. Mit der Freigabe von Cannabis und Marihuana lockt nicht weniger als die Aussicht auf zusätzliche Steuereinnahmen. Den Vorreiter könnten wieder einmal die USA geben. Dort sind Colorado und Washington die beiden ersten Bundesstaaten, die ab diesem Jahr den Konsum von Marihuana für Konsumenten ab 21 Jahren legalisieren werden. Während sich Colorado pro Jahr Einnahmen von rund 70 Millionen US-Dollar (rund 52 Millionen Euro) erhofft,

Uruguay, aber auch zwei US-Bundesstaaten wagen Experiment

rechnet der im Nordwesten der USA gelegene Bundesstaat Washington über die nächsten fünf Jahre sogar mit Gesamteinnahmen von 1,9 Milliarden Dollar durch die Freigabe von Marihuana.

Nachdem die US-Regierung den Bundesstaaten im August 2013 freie Hand bei der Legalisierung weicher Drogen eingeräumt hatte, scheint Colorado und Washington die Rolle von Testballons zuzukommen, ehe andere Bundesstaaten nachziehen.

Dass der Staat generell mit der Drogenlegalisierung Geld machen kann, hat bereits Kalifornien vorexerziert. Dort ist bereits seit 1996 der Verkauf von Marihuana für medizinische Zwecke erlaubt. Pro Jahr fließen rund 100 Millionen Dollar in die Kasse des Bundesstaates. Das zuweilen extrem marktwirtschaftlich ausgerichtete Cato-Institut hatte bereits im Jahr 2010 Berechnungen vorgelegt, dass bei einer völligen Freigabe von Marihuana in den USA, Steuereinnahmen von 8,7 Milliarden Dollar pro Jahr winken würden.

Angesichts leerer Kassen dürfte für einige Politiker ein anderes Argument allerdings genauso schwer wiegen: die Hoffnung auf Einsparungen bei der Polizei und im Strafvollzug. Sowohl in Bezug zur Bevölkerungsgröße als auch in absoluten Zahlen sind die USA weltweit das Land mit den meisten Gefängnisinsassen. Rund 24 Prozent der 1,6 Millionen, die im Jahr 2012 in den USA inhaftiert waren, saßen wegen Drogendelikten ein. Pro Jahr und Gefangenem werden die Kosten auf 25 000 Dollar beziffert. Vor diesem Hintergrund dürften kritische Stimmen, etwa zu Langzeitkosten, die dem Gesundheitssystem durch eine Drogenliberalisierung drohen, zumindest in den nächsten Jahren eher weniger Gehör finden. *N.H.*

Naive Liberale

Von Manuel Ruoff

Nach der kleinen Wiedervereinigung haben manche den „Kanzler der Einheit“ Helmut Kohl mit dem Reichsgründer Otto von Bismarck verglichen. Es ist an der Zeit, nun die aktuelle Kanzlerin mit dem ersten Amtsinhaber zu vergleichen. Bei allen Unterschieden, die aufzuzählen diesen Rahmen sprengen würde, gibt es doch eine interessante Analogie. Beide schadeten den sie aus Überzeugung stützenden Liberalen (siehe Seite 11), indem sie sie zwangen, liberale Kardinalsünden mitzutragen, und machten sie damit unglaubwürdig. Im Falle Merkels waren es die ebenso unsolide wie unseriöse Euro-Rettungspolitik sowie das strukturkonservative Festhalten an der hohen Staatsquote, im Falle Bismarcks die Sozialistengesetze und die Schutzzollpolitik.

In beiden Fällen führten diese liberalen Kardinalsünden bei den die Kanzler tragenden Liberalen zu spürbaren Verlusten mit mehr oder weniger starken Abspaltungstendenzen. Neue Stützen fanden die beiden Regierungschefs in den Lagern, nach deren Geschmack ihre liberalen Kardinalsünden waren. Im Falle Merkels ist es das linke, im Falle Bismarcks war es das rechte.

Im Narrenschiff

Von Michael Leh

Die Welt will betrogen sein“, heißt es schon im „Narrenschiff“ Sebastian Brants aus dem Jahr 1494. Folgt man einem jüngsten Urteil des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg, will offenbar auch der deutsche Staat unbedingt betrogen werden. Das hohe Gericht befand, auch eine unter Verwendung falscher Personalien erschlichene Einbürgerung sei wirksam. Dies gelte unabhängig davon, ob der Einbürgerungsbewerber gegenüber der zuständigen Behörde unter dem Namen einer real existierenden oder einer frei erfundenen Person auftrete. Die Einbürgerungsbehörde könne daher nicht die Nichtigkeit einer auf diese Weise erschlichenen rechtswidrigen Einbürgerung feststellen. Diese könne nur innerhalb der im Staatsangehörigkeitsgesetz dafür bestimmten Frist von fünf Jahren zurückgenommen werden.

Im konkreten Fall war ein Pakistaner 1995 nach Deutschland eingereist, gab sich mit falschen Personalien als Afghane aus und stellte Asylantrag. Das Asylverfahren ergab ein Abschiebungsverbot für Afghanistan, und so erhielt er eine Aufenthaltsgenehmigung. Im Jahr 2004 ließ sich der echte Pakistaner unter der falschen Identität einbürgern. Im Oktober 2011 beantragte er kühn bei der Landeshauptstadt Stuttgart, seine Personalien zu berichtigen. Er gab zu, unter falschen Personalien aufgetreten zu sein, doch nach mehr als fünf Jahren könne die Einbürgerung nicht mehr zurückgenommen werden. Die Stadt sah das anders, das Verwaltungsgericht Stuttgart auch, doch der VGH meinte, der falsche Afghane sei im Recht. Da noch die Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen ist, bleibt abzuwarten, ob die Frechheit endgültig siegt.

Putins Ablenkungsmanöver

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Die vom russischen Parlament verabschiedete Amnestie für politische Gefangene kam überraschend. Neben den 30 Greenpeace-Aktivisten kamen auch die „Pussy Riot“-Musikerinnen frei. Noch überraschender war die Ankündigung Putins, dem Gnadengesuch von Ex-Oligarch Michail Chordorkowskij entgegenzukommen. Dies erwähnte Putin gegenüber Journalisten so ganz nebenbei am Ende seiner Ansprache ans Volk.

Was hat Putin dazu bewogen, seinen Staatsfeind Nr. 1 zu begnadigen, obwohl die Staatsanwaltschaft bereits ein neues Verfahren gegen ihn vorbereitete? Offensichtlich ist der russische Präsident darum bemüht, das Ansehen Russlands in der Welt aufzubessern. Dafür spricht die Auflösung der Nachrichtenagentur „Ria-Novosti“ und die Gründung des neuen Propagandainstruments „Russland heute“. Die Ankündigung einiger westlicher Politiker, darunter des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck, wegen Menschenrechtsverletzungen in Russland der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele in Sotschi fernzubleiben, dürfte ein Grund sein. Sotschi ist Symbol für Russlands Traum von neuer Größe. Für die Ausrichtung der Winterspiele waren große Anstrengungen nötig. Autobahnen und Eisenbahnlinien wurden gebaut, Tunnel gegraben, Hotelkomplexe und Wintersportanlagen sind entstanden. Die Gesamtausgaben betrugen 37 Milliarden Euro.

Erfolge werden von Problemen im Inneren überschattet

Außenpolitisch kann Putin auf ein erfolgreiches Jahr zurückblikken. Das „Forbes“-Magazin kürte ihn zum einflussreichsten Mann der Welt. Mehrfach bot Putin dem Westen die Stirn. So verhinderte er einen US-amerikanischen Militärschlag gegen das Assad-Regime und brachte Syrien dazu, seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen. Trotz Drohungen der USA gewährte er dem CIA-Aussteiger Edward Snowden in Moskau Asyl. Auch bei den Gesprächen mit dem Iran über dessen Atomprogramm spielte Putin eine Schlüsselrolle. Zuletzt gelang es ihm, die Ukraine wieder in Moskaus Einflussbereich zu bringen.

Viele bewundern Putin für sein Selbstbewusstsein und die Kraft, mit der er sich gegen die vom Westen festgelegten politischen Spielregeln stemmt. Doch Putins außenpolitischen Erfolgen stehen innenpolitische Probleme gegenüber, die seine dritte Amtszeit überschatten. Die Wirtschaftsleistung fällt stetig, wegen der demographischen Entwicklung und der Abwanderung ins Ausland fehlen Arbeitskräfte. Weil die Nachfrage gering ist, investiert niemand in russische Industriebetriebe. Fällt der Ölpreis unter die Marke von 100 US-Dollar pro Barrel, droht der vom Rohstoffexport abhängigen russischen Wirtschaft der Kollaps. Die Freilassung Chodorkowskijs, der keine politische Gefahr mehr darstellt, dient Putin als willkommenes Ablenkungsmanöver.



Nach zehn Jahren Lagerhaft endlich wieder in Freiheit: Putins Erzrivale Michail Chodorkowskij profitiert von der großzügigen Geste des Präsidenten im Zuge um dessen Bemühungen, sich der Welt in einem positiven Licht zu präsentieren.

Bild: action press

Gastkommentar

Wer regiert unser Land – Gewählte oder Medien?

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Nun werden wir also wieder ordnungsgemäß regiert. „Nur“ drei Monate brauchten die vom Volk Gewählten, um eine neue Regierung ins Amt zu heben. Und – man höre und staune – die neue Regierungschefin ist die alte, frei nach dem von dem „Alten“ erfolgreich praktizierten Motto „Keine Experimente!“

Aber wer regiert wirklich unser Land? Das Volk, der laut Grundgesetz oberste Souverän, von dem „alle Staatsgewalt ausgeht“? Das Parlament, das vom Volk per Wahl beauftragt wird, die Dinge im Sinne des Souveräns zu regeln? Die von eben diesem Parlament per Akklamation eingesetzte Regierung, die sich dabei ja auch noch auf die vom Volk verursachten (beziehungsweise eingebrockten) Mehrheitsverhältnisse beruft? Oder sind die Regierenden in Wahrheit abhängig von ganz anderen Mächten, von der Wirtschaft, von einflussreichen Verbänden und Interessenvertretern, von den Medien, also der veröffentlichten Meinung, die sich als öffentliche Meinung ausgibt?

Um den demokratischen Schein zu wahren, wird gern der sogenannte Wählerwille bemüht. Aber niemand sagt uns, wer „der Wähler“ eigentlich sein soll. Der einfache Grund: Es gibt ihn gar nicht, „den Wähler“, der zielstrebig in die Kabine schreitet und erklärtermaßen mit seinem Kreuzchen bestimmen will, wer mit wem über welche Koalition verhandeln soll. „Der Wähler“ will, dass die von ihm gewählte Partei möglichst stark und einflussreich wird, aber er kommt nicht mit einem sorgfältig ausgetüftelten Stimmentableau daher.

Der »Wählerwille« soll den demokratischen Schein wahren

Er, „der Wähler“, hat sich nicht vorher ausgerechnet, dass dank seiner Stimme Frau Merkel die absolute Mehrheit fast, aber eben nur fast erreicht, dass Herr Gabriel sich zum zweitschlechtesten Ergebnis seiner Parteigeschichte hocharbeitet, dass Freidemokraten und Euro-Skeptiker knapp an der Fünfprozentklausel scheitern, während „Die Linke“ und Grüne trotz Stimmenminus die Oppositionsbänke unter sich aufteilen dürfen. Und dass am Ende Sieger und Verlierer sich „auf Augenhöhe“ darauf verständigen, die nächsten vier Jahre lang den sozialdemokratischen Schwanz mit dem bürgerlichen Unions-Hund wedeln zu lassen.

Das alles soll „der Wähler“ so gewollt haben? Nein danke, einen solchen „Wählerwillen“ gibt es nicht. Es gibt nur die Summe von exakt 43 625 042 Erst- und 43 726 856 Zweitstimmen. Sie ist weder vom einzelnen Wähler „gewollt“ noch vorausberechenbar; wer sich bei Schicksalsentscheidungen auf den fiktiven „Wählerwillen“ beruft, hat in Sachen Demokratie etwas falsch verstanden.

Näher kommt man der Frage, wer eigentlich dieses Land regiert, wenn man das Medienecho vor und nach der Wahl aufmerksam verfolgt. Die führenden Meinungsmacher in Sendeanstalten und Pressekonzernen haben sich offensichtlich längst auf eine Reihe von Grundpositionen geeinigt, an die sich parteiübergreifend alle Politiker zu halten haben. So hat, wer in Deutschland als „anständig“ gelten will, für die Energiewende und gegen Atom zu sein, ferner für das Klima, gegen „Rechts“ (aber natürlich nicht gegen „Links“), für Sinti, Roma und überhaupt jegliche Art von Gutmenschen mit und ohne Migrationshintergrund, aber gegen alles, was nach deutschen Interessen oder überhaupt deutsch klingt. Gesellschaftliche Leitbilder orientieren sich eher an alleinerziehenden Elternteilen, staatlicher Kinderbetreuung zum frühestmöglichen Zeitpunkt (Anmeldung vor der Zeugung empfohlen) oder der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften denn am traditionellen Familienbild.

Wer sich daran nicht hält, wird als altmodisch, ewiggestrig, reaktionär oder rechtspopulistisch abgestempelt. Ein gefährlicher Trugschluss: Man kann sehr wohl dafür eintreten, dass zum Beispiel alleinstehende Mütter und ihre Kinder nicht auch noch von der Gesellschaft allein gelassen werden, dass Minderheiten zu diskriminieren oder verächtlich zu machen einer christlichen Gesellschaft unwürdig ist, dass Bürgerkriegsflüchtlingen in ihrer Not geholfen werden muss – haben wir etwa schon vergessen, dass vor nicht allzu langer Zeit zwölf Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in einer ähnlich verzweifelten Lage waren wie heute jene Syrer, die dem Grauen des Bürgerkriegs entfliehen konnten. Wer, wenn nicht wir, soll denn diesen Menschen helfen?

Für all das aber muss man sich nicht zwangsläufig jenem Menschen- und Gesellschaftsbild angleichen, das von der Masse unserer Einheitsmedien gepredigt wird. Im Gegenteil: Hier sieht man, was christlich-konservative Demokraten von Populisten und erst recht von Radikalen unterscheidet. Solche gibt es übrigens rechts und links; wahrgenommen werden sie aber fast nur noch auf einer Seite.

Bei den Medien ist der »Marsch durch die Institutionen« gelungen

Und selbst wenn es, wie in diesen Tagen in Hamburg, zu Gewaltexzessen kommt, wird der Ausgangspunkt linker Gewalt, nämlich ein rechtsfreier Raum namens „Rote Flora“, in öffentlich-rechtlichen TV-Sendungen als „alternatives Kulturzentrum“ verharmlost. Und die selbsternannten Sprecher der Gewalttäter dürfen „auf Augenhöhe“ mit den Repräsentanten staatlicher, demokratisch legitimierter Sicherheitskräfte verbreiten, von wem angeblich die Gewalt ausgegangen ist.

An solchen Beispielen erkennt man, wie sehr sich das Selbstverständnis des politischen Journalismus gewandelt hat. Einst galt das Prinzip: Wir Journalisten haben zu berichten, was geschehen ist. Wir haben es unserem Publikum zu erklären, und wir sollen es auch kommentieren, was oft genug bedeutet, es zu kritisieren. Aber wir haben nicht das Recht, selber Politik zu machen. Wir dürfen nicht selber etwas inszenieren, damit wir etwas haben, worüber wir dann berichten können.

Wir sollen, um ins Juristische zu fallen, aufmerksame, mutige und kritische Prozessbeobachter sein. Heute aber maßen sich einflussreiche Journalisten – vor allem in den politischen Redaktionen von Radio und Fernsehen – an, nicht mehr Beobachter und Berichterstatter zu sein, sondern Ankläger, Richter und Henker in einer Person. Wer ihrem gesellschaftlichen, politischen, moralischen und ideologischen Grundmuster nicht entspricht, wird ausgesondert, zum Populisten und „Rechten“ erklärt und, so er ein politisches Amt innehat, zum Abschuss freigegeben.

Diese Meinungsmacher bestimmen, welche Personen, Parteien und Programme zu „bekämpfen“ sind, sie wählen die Waffen, sprich das Vokabular ihrer Kritik. Und sie verbitten sich natürlich sehr energisch, selber kritisiert zu werden. Wagt solches doch einmal einer, selbst wenn es der leibhaftige SPD-Chef ist, dann ist die ganze Branche pauschal beleidigt.

Tröstlich, dass auch die Macht der Medien begrenzt ist. Obwohl nach seriösen Schätzungen etwa 80 Prozent der Fernseh- und Radiojournalisten in Deutschland politisch links stehen, konnten sie bislang das von ihnen ersehnte rot-rot-grüne Regierungsbündnis nicht „herbeisenden“. Dennoch war der einst von Rudi Dutschke angekündigte „Marsch durch die Institutionen“ bei den Medien besonders erfolgreich: Sie haben in diesem unserem Lande ein Klima erzeugt, dem sich kein Politiker mehr entziehen kann. Und so haben wir jetzt eine sozialdemokratische, also gemäßigt linke Bundesregierung, deren Personal sich mehrheitlich bürgerlich nennt. Auf die Idee müssen auch Journalisten erst einmal kommen.

Im Rausch der Erinnerung

Die Museumslandschaft blüht, obwohl diese von der Politik nur stiefmütterlich gefördert wird

2013 war für die Museen ein gutes Jahr. Die Häuser melden Besucherrekorde. Die Deutschen suchen wieder verstärkt Halt im kulturellen und geschichtlichen Erbe der Nation. Leider wird das vom Staat nur wenig honoriert.

Anne Bohenkamp ist erleichtert. Die Direktorin des Freien Deutschen Hochstifts, das auch das Goethe-Haus in der Frankfurter City betreut, kann darauf hoffen, dass in der Main-Metropole ein Romantik-Museum entsteht. Jahrelang hatte sie dafür gekämpft, einem Eichendorff, von Arnim oder Brentano eine museale Heimstatt direkt neben dem Goethe-Haus zu bieten. Frankfurt wollte sich an den acht Millionen Euro Projektkosten beteiligen. Doch vor einem halben Jahr gab die Stadt bekannt, das Geld doch lieber in den Bau einer U-Bahn statt in die Kultur zu investieren.

Die neue Berliner Koalition brachte dann die Wende. Da der Bund dem Museum besondere Priorität einräumt und auch private Spender Beiträge in Millionenhöhe zusagten, ist nun auch die Stadt Frankfurt bereit, für die noch fehlenden 1,8 Millionen Euro einzuspringen. Wohlgemerkt: allein für die Finanzierung des Baus. Denn nach der Eröffnung fallen jährliche Folgekosten an, die dann auch aus dem Kulturetat der Stadt bestritten werden müssen. Am Ende muss dieses Geld an anderer Kultur-Stelle wieder eingespart werden.

Die Museumsbesucher werden sich freuen: noch ein neues Museum. Die in vielen Großstädten einmal jährlich veranstalteten „Nächte der Museen“ unterstreichen den neuentdeckten Drang der Deutschen, sich dem Rausch der museal konservierten nationalen und identitätsstiftenden Erinnerungen hinzugeben. Hunderttausende sind es dann, die bis weit nach Mitternacht hinein den Eintritt zum Pauschalpreis nutzen. Diese Eigenwerbung kommt so gut an, dass sich immer mehr Besucher in die Museen wagen und dafür dann auch gern den im Vergleich zu Konzert- oder Theaterveranstaltungen vergleichsweise geringen Eintritt zahlen.

Das Berliner Institut für Museumsforschung, das zum Jahresende die Besuchsbilanz des jeweiligen Vorjahrs zieht, gab jüngst bekannt, dass 2012 im Vergleich zum Vorjahr die Besuchszahl in deutschen Museumseinrichtungen um knapp drei Prozent auf fast 113 Millionen gestiegen ist.

Publikumsmagnet Pergamonmuseum: Rund 1,4 Millionen Museumsbegeisterte bescherten dem Haus auf der Berliner Museumsinsel im Jahr 2013 einen neuen Besucherrekord Bild: pa

Massenanstürme bei Sonderausstellungen, wie zuletzt die Nofretete-Schau im Berliner Neuen Museum mit 600000 Besuchern, lassen neue Publikumsrekorde auch für 2014 erwarten.

Wer heute ins Museum will, hat die Qual der Wahl. In Deutschland gibt es einen Dschungel von über 6300 Museen. Von A wie Archäologisches Museum über K wie KZ-Gedenkstätte – Flossenbürg ist für den Europäischen Museumspreis 2014 nominiert – bis Z wie Zoologisches Museum ist nahezu alles vertreten. Ein Romantik-Museum, wie es in Frankfurt geplant ist, hat da gerade noch gefehlt. Dabei gibt es schon kleinere, zumeist privat betriebene Häuser einzelner Romantiker wie Eichendorff (in Wangen im Allgäu), Brentano (im Frankfurter Petrihaus) oder Bettina und Achim von Arnim (in Wiepersdorf). Arbeitslose Germanisten warten nur darauf, dass weitere Literaturepochen wie Naturalismus oder Postmoderne eine museale Heimstadt finden, in der sie eine mit Staatsgeldern finanzierte Beschäftigung finden.

> Bund erhöht 2014 Kulturetat leicht auf 1,2 Milliarden Euro

Tatsächlich ist der mit Steuermitteln gepflegte Museums-Urwald in den letzten Jahren kräftig gewachsen. So stellt Joachim Mähnert vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg fest, dass es in Niedersachsen knapp 700 Museen gibt, die Hälfte von ihnen ist in den letzten 30 Jahren entstanden. Allen gemeinsam ist, dass ihr Unterhalt immer teurer wird. „Überall sind die Kommunen Sparzwängen ausgesetzt, wobei zuerst bei kulturellen Einrichtungen gespart wird“, sagt Mähnert, „die nächsten Jahrzehnte werden vermutlich ein Ausdünnen der Museumslandschaft in der gesamten Bundesrepublik Deutschland bringen.“

Dabei findet bereits ein Verdrängungskampf unter den Museen statt. Es gibt zwar mehr Besucher, doch die verteilen sich aber auch auf immer mehr Museen. In der Regel profitieren die großen Häuser, die sich noch spektakuläre Ausstellungen leisten können, vom Publikumsansturm. Kleine Spartenhäuser, die ihren Schwerpunkt auf Spezial-Sammlungen zu Themen wie Uhren, Puppen, Zigarren, Kaffee, Sex et cetera legen, haben dabei das Nachsehen. Das gilt auch hinsichtlich öffentlicher Finanzhilfen, die nach einem bestimmten Verteil-Schlüssel aufgeteilt sind, der sich auch an den Publikumszahlen orientiert. Wo wenig los ist, fließt wenig Subvention.

Dank höherer Steuereinnahmen ist auch der Kulturetat der Länder in den letzten Jahren leicht gestiegen. Doch dieser ist gemessen am Gesamtetat verschwindend gering. In Berlin liegt er derzeit bei 1,8 Prozent des Senats-Haushalts, wovon ein Drittel allein die Opern verschlingen. Dabei sollen die Berliner Kulturausgaben dieses Jahr um zehn auf 379 Millionen Euro steigen, wobei der größte Teil dem Ausgleich höherer Tariflöhne dient.

Im Bereich der 170 Hauptstadt-Museen lebt ein Heer von Direktoren, Kuratoren, Kunsthistorikern, Bibliothekaren und Archivaren von Steuergeldern. Mit dem vom Bund mit 30 Millionen Euro finanzierten Erinnerungsprojekt der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ kommt 2015 ein weiteres Dokumentationszentrum hinzu, für dessen Unterhalt weitere öffentliche Gelder benötigt werden. Da auch die Betriebskosten für Wasser, Strom und Heizung steigen, bleibt die museale Trias aus Sammeln, Bewahren und Forschen sich selbst überlassen. Für die Anschaffung neuer Exponate verfügt zum Beispiel die Berliner Nationalgalerie gerade einmal über einen Etat von 65000 Euro, was fünf Prozent des Gesamthaushalts entspricht. Zum Vergleich: 1876 betrug der Anteil noch 53 Prozent.

Anne Bohnenkamp macht sich wegen der Anschaffungen eines neuen Romantik-Museums keine Sorgen. Das Hochstift hat zahlreiche Dokumente der Romantiker in seinen Archiven, die nur darauf warten, ausgestellt zu werden. Doch romantische Gefühle verschwinden oft ganz schnell, wenn sie auf die harte Realität des Geldes treffen. *Harald Tews*

MELDUNG

Ehrenpreis für einen Tilsiter

München – Dem in Tilsit geborenen Schauspieler Armin Mueller-Stahl wird am 17. Januar im Rahmen der Gala zum Bayerischen Filmpreis in München der Ehrenpreis des Bayerischen Ministerpräsidenten verliehen. „Armin Mueller-Stahl ist der einzige deutsche Schauspieler, der sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Hollywoods Filmindustrie höchste Anerkennung erhalten hat“, begründete Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer vorab die Entscheidung.

Dem Fernsehpublikum ist er in Sachen Thomas Mann bestens bekannt. Im Doku-Dreiteiler „Die Manns – Ein Jahrhundertroman“ verkörperte er 2001 den Lübecker Nobelpreisträger und in der Mann-Verfilmung „Buddenbrooks“ von 2008 den Lübecker Konsul. Neben der deutschen besitzt der Schauspieler auch die US-Staatsbürgerschaft und besitzt ein Haus in Pacific Palisades. In demselben Stadtteil von Los Angeles hatte sein Idol Thomas Mann die Zeit im Exil verbracht.

Mueller-Stahl wurde am 17. Dezember 1930 als drittes von fünf Kindern einer kunstliebenden Familie geboren. Er studierte zunächst Violine am Städtischen Konservatorium in Berlin und wechselte nach seinem Abschluss 1949 zum Schauspiel. Nach Theaterengagements begann er 1960 seine Karriere beim Film. In der Folgezeit wurde er zu einem gefeierten Charakterdarsteller und Publikumsliebling. Fünfmal in Folge wurde er zum beliebtesten Schauspieler der DDR gewählt. Die Unterzeichnung eines offenen Briefes gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns Ende 1976 manifestierte seinen Bruch mit dem Regime. 1980 wurde Mueller-Stahls Antrag stattgegeben, nach West-Berlin ausreisen zu dürfen. Seit 2011 ist er auch Ehrenbürger seiner Heimatstadt Tilsit. *tws*

Schwierige Spurensuche

Ausstellungsprojekt geht strittiger Herkunft von Bildern nach, die im Besitz des Kunstsammlers Flechtheim waren

Der Verkauf der Gouache-Malerei „Löwenbändiger“ von Max Beckmann brachte den Fall Cornelius Gurlitt erst ins Rollen. Der Sohn des Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt lebte in seiner Münchener Wohnung fast 70 Jahre lang mit einem Schatz aus 1280 Bildern, die auch aus jüdischem Besitz stammten und die sein Vater vor dem Zweiten Weltkrieg ins Ausland veräußern sollte. Der Verkauf des Beckmann-Bildes 2011 weckte die Vermutung, dass Gurlitt junior auch Bilder aus der Sammlung Flechtheim besaß.

Im Rahmen des Ausstellungsprojektes „Alfred Flechtheim – Kunsthändler der Avantgarde“ gehen derzeit 15 Museen in Deutschland und der Schweiz eigens der Provenienz (Herkunft) dieser Werke nach. Erst kürzlich wehrten die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen den Anspruch des umtriebigen Anwalts des Großneffen von Flechtheim auf sechs Gemälde von Beckmann mit dem Hinweis ab, dass der Verkauf bereits 1931 geplant und 1932 vollzogen worden sei.

Generaldirektor Klaus Schrenk schlussfolgert daraus: „Somit steht der Verkauf der Gemälde in engem Zusammenhang mit der Auflösung der Geschäftsbeziehung zwischen dem Künstler Beckmann und dem Kunsthändler Alfred Flechtheim. Daher gibt es keinen kausalen Zusammenhang mit der Verfolgung Alfred Flechtheims durch die Nationalsozialisten.“

Das Münsteraner Handelshaus Flechtheim wurde während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 zum exklusiven Getreidelieferanten des preußischen Heers. So verband sich der Wohlstand dieser seit dem 18. Jahrhundert in Westfalen ansässigen jüdischen Familie bereits in dessen Entstehungsphase mit dem neuen Kaiserreich. In der Regierungszeit Wilhelms II. wurde der 1878 geborene Alfred Flechtheim zum Teilhaber der Familienfirma. In Paris, wo er 1906 zur Ausbildung weilte, machte er die Bekanntschaft der deutschen Künstlerkolonie im Café du Dôme und des aus Mannheim stammenden Kunsthändlers Daniel-Henry Kahnweiler. Als erster deutscher Sammler kaufte er Werke des jungen Pablo Picasso.

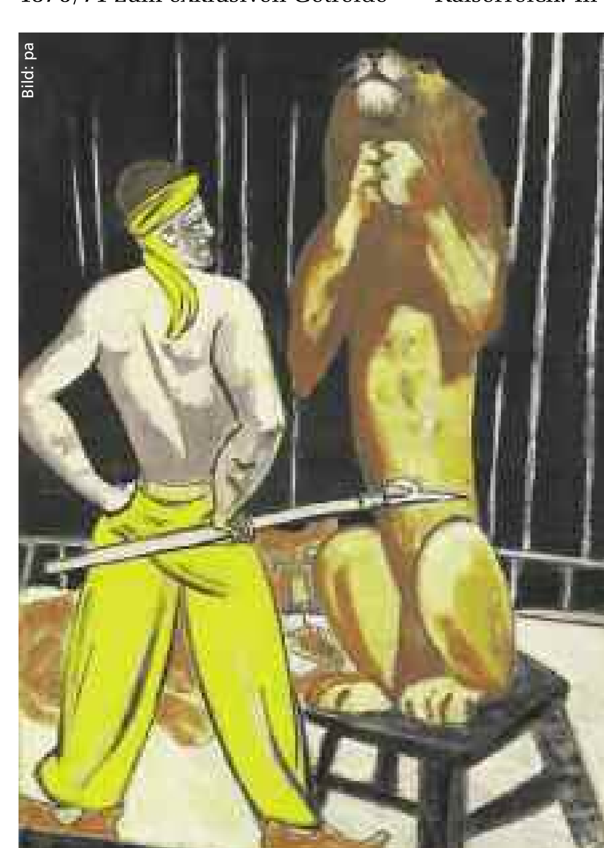


Bild: pa

Die Gouache-Arbeit „Löwenbändiger“ von Max Beckmann: Das Kunstwerk, dass der Gurlitt-Sohn versteigert hatte, stammt aus dem Nachlass des jüdischen Kunstsammlers Flechtheim

Doch nicht nur im Aufstieg, auch im Untergang waren die Flechtheims mit dem Kaiserreich verbunden: 1913 stand die Handelsfirma vor dem Konkurs. Für Flechtheim war das Anlass, aus dem Geschäft auszutreten und in Düsseldorf seine erste Kunstgalerie zu eröffnen.

Der Weltkrieg, für den er sich freiwillig meldete, unterbrach den Neubeginn und nötigte ihn 1917, seine Bestände zu versteigern. In der Weimarer Republik erlangte seine Galerie bedeutenden Einfluss bei der Durchsetzung von moderner Kunst und ihrer Etablierung in den Museen. Um 1925 betrieb die „Alfred Flechtheim GmbH“ weitere Filialen in Wien, Berlin, Köln und Frankfurt. Flechtheim bezog seine Wohnung in Berlin-Wilmersdorf und führte die Galerie am Lützowufer.

> Köln restituiert Werke der Sammlung

Bereits die Wirtschaftskrise von 1929 läutete das Ende ein. Die letzte Ausstellung in Deutschland veranstaltete Flechtheim zum Jahreswechsel 1932/1933 unter dem Titel „Lebendige deutsche Kunst“. Unter schwierigen Bedingungen versuchte er, die Arbeit in London fortzusetzen, wo er 1937 gestorben ist. Seine in Berlin zurückgebliebene Frau Betti nahm sich 1941 angesichts einer drohenden Deportation das Leben.

In die Münchner Pinakothek gelangte erst 1974 mit der Stiftung Günther Franke ein eindrucksvoller Bestand der Sammlung Flechtheim, auch mit Werken Beckmanns. Ernst Barlachs Bronzeplastik „Der Tod“ ist dagegen seit ihrem Kauf von Flechtheim 1932 im Besitz der Bayerischen Staatsgemäldesammlung verblieben. Im Rahmen des Ausstellungsprojekts zeigt die Hamburger Kunsthalle im Saal der Meisterzeichnungen bis zum 19. Januar eine Auswahl mit 37 Werken, die der Sammlung Flechtheim zugeordnet werden. In den meisten anderen am Projekt beteiligten Museen bleiben die Bilder an ihrem hergebrachten Platz in der ständigen Sammlung, und es werden die Herkunftsbeziehungen im Internet unter www.alfredflechtheim.com nur virtuell nachvollzogen.

Die Stadt Köln restituierte erst kürzlich sechs Zeichnungen an die Flechtheim-Erben. Diese erklärten sich einverstanden, die Zeichnungen von Ernst Barlach, Karl Hofer, Aristide Maillol, Paula Modersohn-Becker und Wilhelm Morgner im Museum Ludwig verbleiben zu lassen. Bei der Veräußerung des „Löwenbändigers“ von Beckmann über das Auktionshaus Lempertz teilte Gurlitt übrigens den Erlös mit den Flechtheim-Erben. *Sebastian Hennig*

Sammlerherz für Berlin

Berlins Stadtteil Charlottenburg beherbergt einen wertvollen Kunstschatz der Moderne. Im Stülerbau ist das Museum Berggruen untergebracht, in dem Meisterwerke von Picasso, Braque oder Paul Klee untergebracht sind. Sie alle stammen aus der Sammlung des Namensgebers, des vor 100 Jahren, am 6. Januar 1914, geborenen Kunsthändlers und Mäzens Heinz Berggruen.

Der Berliner, dessen Eltern aus Bromberg in Westpreußen stammen, gilt als einer der bedeutendsten Kunstsammler der Nachkriegszeit. Als Jude verließ er 1936 Deutschland, studierte in den USA, erlebte in San Francisco mit der Malerin Frida Kahlo eine heftige Affäre und kehrte nach dem Krieg als US-amerikanischer Besatzungssoldat nach Europa zurück. In Paris eröffnete er eine Galerie, die der Grundstock seiner umfangreichen Sammlung wurde. 1973 wurde er wieder deutscher Staatsbürger.

In den 1990ern Jahren kam er in seine Heimatstadt Berlin zurück und brachte als Geschenk seine Sammlung mit, die als die bedeutendste der Kunst des 20. Jahrhunderts gilt. Sieben Jahre vor seinem Tod in Paris 2007 verkaufte Berggruen die auf 750 Millionen Euro geschätzte Sammlung weit unter Wert an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, wo sie seitdem im Stülerbau zu bewundern ist. *Harald Tews*

Germanische Spuren im Osten

Archäologen haben in Potsdam die Reste eines germanischen Dorfes ausgegraben. Auf einem ehemaligen Gärtnereigelände am Nuthewinkel legten Experten die Reste von bisher 40 Gebäuden frei, wie die Stadtverwaltung Potsdam jetzt bekanntgab. Es handelt sich um für die Germanen charakteristischen Langhäuser und in die Erde eingelassenen Grubenhäuser, die oft als Werkstätten genutzt wurden. Die Ausgräber stießen zudem auf Stallungen. Auf dem 30000 Quadratmeter großen Gelände wurde ein Brunnen gefunden, was ebenfalls für eine dauerhafte Anlage spricht. Ausschlaggebend für den Standort war vermutlich der nahe Fluss Nuthe.

Bereits die ersten Funde sind spektakulär: So kam das bronzene Joch eines römischen Wagens zum Vorschein – als erster Fund dieser Art in Brandenburg. Joche dieses Typs sind bisher vor allem von römischen Schlachtfeldern auf germanischem Boden bekannt. Eine Münze mit dem Bildnis des römischen Kaisers Vespasian (9–79 n. Chr.) und eine Marc Aurels (121–180 n. Chr.) sowie Teile von Pferdegeschirr und zwei muschelförmige Bronzebeschläge legen laut den Archäologen die Vermutung nahe, dass in der Siedlung Handwerker lebten.

Nach bisherigen Erkenntnissen war der Ort vom 1. bis zum 4. Jahrhundert nach Christus bewohnt. Der Großfund liefert somit einen wichtigen Hinweis auf die kaum beachtete germanische Besiedelung der Region lange vor dem Eindringen der Slawen im 6. und 7. Jahrhundert. Die Bewohner gehörten möglicherweise dem elbgermanischen Stamm der Semnonen an. Die Fundstücke lassen auf überwiegend männliche Bewohner schließen. Die Männer

Gewöhnlich ist nur von Slawen die Rede

könnten als Soldaten im Dienst Roms gestanden haben. Dass Germanen so vergleichsweise weit vom Römischen Reich entfernt zumindest zeitweise dem Kaiser dienten, gilt unter Archäologen heute als bewiesen. Ein früherer Grabfund in Kemnitz, Ortsteil der Stadt Werder nahe Potsdam, enthielt Silberbeschläge mit Darstellungen aus der bei römischen Kaisern allgemein beliebten Herkules-Sage. Möglich ist so laut Experten sogar, dass Vertreter der bekanntermaßen als Germanen bestehenden kaiserlichen Leibgarde auf dem Gebiet des heutigen Potsdam lebten.

Ein anderer Deutungsansatz sieht die jetzigen Funde als germanische Kriegsbeute. Bei dem Joch könnte es sich somit entweder um Beute aus einem für die Germanen siegreichen Kampf gegen Rom oder um militärische Ausrüstung germanischer Hilfstruppen in Roms Diensten handeln. Denkbar wäre, dass es sich im Beutefall um Relikte aus der Schlacht am Harzhorn handelt, die der von 235 bis 238 nach Christus herrschende römische Kaiser Maximinus Trax nur 300 Kilometer vom jetzt gefundenen Dorf entfernt verlor. Diese Schlacht war erst 2008 durch Funde von Hobbyarchäologen näher bekannt geworden. Sie gehört zu den vergessenen Schlachten des Imperiums, die in der Geschichtsschreibung kaum Widerhall gefunden haben. An dem Feldzug nahmen, wie die rund 2000 überwiegend militärischen dortigen Fundstücke nahelegen, mindestens 1000 römische Legionäre und ein großer Tross teil. In Potsdam soll die Arbeit der Archäologen nur noch einige Wochen weitergehen. Das Gelände in Brandenburgs Landeshauptstadt wird mit Häusern bebaut. *SV*

Wenn Löcher zählen

Vor 125 Jahren begann das Zeitalter der maschinellen Datenverarbeitung

Eigentlich war es eine scheinbar langweilige Erfindung, gedacht für langweilige Arbeiten. Und auch ihr Erfinder war wahrscheinlich nicht gerade ein Ausbund an Unterhaltsamkeit. Und doch sollte seine Erfindung die Welt verändern. Vor 125 Jahren, am 8. Januar 1889, wurde Herman Hollerith das Patent für seine Lochkarten erteilt, das Zeitalter der Computer begann.

Seit 1790 findet in den USA alle zehn Jahre eine Volkszählung statt. Dabei wuchs die Zahl der Fragen, die der Staat an den Bürger hatte, immer weiter an. Deren Auswertung dauerte immer länger. Schließlich war sie gerade abgeschlossen, wenn die nächste Volkszählung begann. 1880 mussten bereits 235 Fragen beantwortet werden. Kein Wunder, dass die Verantwortlichen nach einer technischen Lösung suchten.

Damit beschäftigt war als „special agent“ auch der Ingenieur Herman Hollerith. Seine Aufgabe war es, eine Statistik über Energiequellen der Schwerindustrie auszuarbeiten, ein Thema, das ihm als Bergwerksingenieur nicht fremd war. Die Eltern Holleriths waren aus Großfischlingen, einer kleinen Ortschaft bei Neustadt an der Hardt, in die USA eingewandert.

Gemeinsam mit dem ebenfalls beim Zensus beschäftigten Arzt John Shaw Billings machte sich Hollerith Gedanken darüber, wie immer wiederkehrende Abläufe mechanisiert werden können. Die Idee, dafür Lochkarten zu nutzen, war nicht neu. Ähnliche Systeme waren bereits Mitte des 18. Jahrhunderts für Webstühle entwickelt worden. Dabei wurden die Webstühle mittels gelochter Karten aus Karton gesteuert. Zuvor bereits war das gleiche Prinzip bei Spieldosen und automatischen Figuren angewendet worden.

Auf diesen Kenntnissen aufbauend, entwickelte Hollerith ein Lochstreifensystem, das über Rasse, Geschlecht und Alter Auskunft gab, und eine Maschine, die diese Daten lesen konnte. Korrekturen waren mit diesem System jedoch nicht möglich, so dass die ersten Ergebnisse wenig befriedigend ausfielen.

Bei einer Zugfahrt beobachtete Hollerith, wie ein Schaffner eine sogenannte „punch photograph“-Fahrkarte ausstellte. Informationen über charakteristische Merkmale (Geschlecht, Hautfarbe) des Reisenden, auf den die Fahrkarte ausgestellt war, presste er mit einer Lochzange auf einer Pappkarte in dafür markierte Felder. Auf diese Weise wurde verhindert, dass die Fahrkarte von einer zweiten Person ein zweites Mal benutzt würde. Diese Beobachtung brachte die entscheidende Idee. Hollerith entwickelte Lochkarten für die Volkszählung. Seine Maschine, die diese Informationen lesen konnte, überzeugte den Zensus. Holleriths Maschine sortierte die eingelochten Testdaten in fünf Stunden und 28 Minuten, während ein Konkurrenzsystem dafür 44 Stunden benötigte.

Die Anfänge waren einfach. Ähnlich wie er es bei dem Schaffner beobachtet hatte, lochte Hollerith mehrere 1000 Karten mit einer einfachen Lochzange. Doch als der begnadete Tüftler, der er war, entwickelte er neue Verfahren, um präziser und schneller lochen zu können.

Hollerith verkaufte die von ihm entwickelten Maschinen nicht, er vermietete sie. Weil das Büro des Zensus an einer möglichst kurzen Mietdauer interessiert war, wurde zeitweise im 24-Stunden-Betrieb gearbeitet. Die Idee erwies sich allerdings nicht als erfolgreich, weil die Mitarbeiter die Maschinen sabotierten, um ab und zu eine Pause machen zu können.

Anders als die Idee ihrer Vermarktung erwiesen sich die Maschinen selber im praktischen Einsatz als durchschlagender Erfolg. Die Volkszählung 1890 war zwei Jahre früher ausgewertet als geplant. Und sie hatte fünf Millionen Dollar weniger gekostet als kalkuliert. Der „Electric Engineer“ jubelte 1891: „Der Apparat arbeitet unfehlbar wie die Mühlen Gottes, aber er schlägt sie glatt in Bezug auf die Geschwindigkeit.“

Der enorme Erfolg von 1890 gab Hollerith Auftrieb. Er gründete 1896 die „Tabulating Maschine Companie“. Im selben Jahr fand in Russland eine Volkszählung statt – mit Maschinen Holleriths. Auch im Deutschen Reich war in jenem Jahr eine Volkszählung angesetzt. Dazu hatte Hollerith ebenfalls seine Maschinen angeboten. Sie wurden abgelehnt mit der Begründung, eine Mechanisierung mache es unmöglich, viele Arbeitslose im Rahmen der Volkszählung zu beschäftigen. Darum musste Hollerith bis 1910 warten, ehe er seinen deutschen Ableger gründen konnte, die „Deutsche Hollerith Maschinen Gesellschaft“. Ein Jahr später allerdings verkaufte Hollerith sämtliche Unternehmungen für etwas mehr als eine Million Dollar und einen über zehn Jahre laufenden Beratervertrag, der ihm jährlich 20000 Dollar einbrachte.

Seine Patente waren da bereits ausgelaufen. Schon 1910 hatte Hollerith nicht mehr den Zuschlag bei der Volkszählung in den USA erhalten, ein Konkurrent war günstiger. Mit dem Verkauf wurde die Firma umfirmiert, sie hieß nun „Computing Tabulating Recording-Company“ (C-T-R). Aus der wurde 1924 die „international business machines“ (IBM) ausgegliedert.

Herman Hollerith, der Vater der Computertechnologie, starb am 15. November 1929. Sein Speichersystem für Daten hat ihn lange überdauert. Erst in den 60er Jahren lösten elektronische Speichermedien die Lochkarten ab. Die grundlegende Idee aber blieb wie zu Zeiten Herman Holleriths.

Klaus J. Groth



Lochkarten für die Volkszählung: Angestellte des Bureau of the Census an einem Hollerith-Pantographen Bild: akg

Bayerischer Krampf um Hitlers »Kampf«

Seehofer macht beim Umgang mit dem antisemitischen Buch seinem Spottnamen »Drehhofer« alle Ehre

Es macht sich nicht so gut, beispielsweise beim Karikaturenstreit gegenüber den die Mohammed-Karikaturen als unerträglich empfindenden Mohammedanern, auf die Meinungs- und Pressefreiheit als Errungenschaft der westlichen Welt zu verweisen, um diese dann selber einzuschränken, wenn man selber etwas als unerträglich empfindet. Das hat den Beigeschmack von Doppelmoral (double standard) nach dem Motto: „Alle sind gleich, aber einige sind gleicher“ oder „Quod licet Iovi, non licet bovi“ (Was Jupiter darf, darf der Ochse nicht).

Was Adolf Hitlers „Mein Kampf“ angeht, war die Bundesrepublik bisher in einer bequemen Situation, was sie den Alliierten verdankte. Letztere bestimmten nämlich nach dem Krieg, dass der Freistaat Bayern Hitlers Erbe sei und deshalb auch die Rechte an „Mein Kampf“ habe. Damit konnte das Bundesland über die Bundesrepublik hinaus die Verbreitung von „Mein Kampf“ unterbinden, und das ohne mit dem Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit in Konflikt zu geraten.

Dieser urheberrechtliche Schutz läuft jedoch Ende 2015 aus. Da sagten sich die zuständigen bayerischen Politiker, wenn sie denn schon nicht mehr die Verbreitung von „Mein Kampf“ verhindern könnten, dann wollten sie doch wenigstens versuchen, darauf Einfluss zu nehmen, in welcher Form das Werk beim Leser landet. Es wurde sozusagen nach einer politisch korrekten Fassung gesucht. Dazu sollte „Mein Kampf“ kontextuiert und in einen entsprechenden Rahmen aus Kommentaren gefasst werden, damit der Leser neben Hitlers Darstellung gleich eine dessen Aussagen konterkarierende, relativierende oder kontextuierende Gegendarstellung mitgeliefert bekommt. Wer bot sich für eine solche „kommentierte, historisch-kritische Edition“ besser an als das Institut für Zeitgeschichte? Das IfZ ist wissenschaftlich renommiert, politisch über jeden Zweifel erhaben, sitzt in der eigenen Landeshauptstadt München und hat nicht ohne Grund früher den Namen „Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ getragen. Bayerns Regierung und Parlament waren sich einig und das Kultusministerium stellte eine halbe Millionen Euro Sondermittel für das geschichtspolitisch wichtige Projekt zur Verfügung.

Erst förderte Bayern eine »kommentierte, historisch-kritische Edition« des Werkes

Dann besuchte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer jedoch Israel und dort erfuhr er, dass die Vorstellung unerträglich sei, dass eine mehr oder weniger staatliche deutsche Stelle in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ Hitlers „Mein Kampf“ herausgebe. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Ex-Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, blies in dasselbe Horn: „Für die letzten noch lebenden Opfer wäre es unerträglich, das Buch in Deutschland neu aufzulegen. Dieser Standpunkt ist seitens der Opferverbände auch an den Ministerpräsidenten herangetragen worden.“

Seehofer trägt dem Wunsche Rechnung und favorisiert nun die große Lösung. Presse- und Meinungsfreiheit hin oder her soll nun über das Auslaufen der Urheberrechte hinaus die Veröffentlichung von „Mein Kampf“ unterbunden bleiben. Zur Begründung für seinen Kursschwenk führt Seehofer das angestrebte NPD-Verbot an: „Ich kann nicht einen NPD-Verbotsantrag in Karlsruhe stellen und anschließend als bayerische Staatsregierung sagen, wir geben sogar unser Staatswappen dafür her und verbreiten ‚Mein Kampf‘ – das geht schlecht.“ Juristisch soll statt des Urheberrechts nun das Volksverhetzungsverbot als Hebel dienen. So hat Seehofers Innenminister bereits angekündigt: „Wir werden in jedem Fall ein Verfahren wegen Volksverhetzung einleiten und entsprechend belastendes Material beschlagnahmen.“

Nun soll jede Veröffentlichung der Schrift als Volksverhetzung kriminalisiert werden

Um zu verhindern, dass der Staat eine staatlich gefördert Veröffentlichung verbietet, ließ Seehofer sein Kabinett beschließen, die finanzielle Förderung des Editionsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte zurückzuziehen. Die Botschaft des bayerischen Regierungschefs und seiner Mitstreiter an das Institut ist klar. Für die Begriffsstutzigen brachte es Seehofers Staatskanzleileiterin Christine Haderthauer auf den Punkt: „Unsere Auffassung ist: Auftrag gestoppt.“

In diesem Falle hat Drehhofer, wie Seehofer gerne genannt wird, sich zu schnell gedreht, als das alle ihn hätten schnurstracks folgen können, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren. So bezeichnete der grüne Oppositionspolitiker Sepp Dürr den „Auftragsstopp“ als „Unverschämtheit erster Güte“, hatte doch der Landtag sich fraktionsübergreifend für eine historisch-kritische Edition auf Staatskosten ausgesprochen.

Und auch die Angehörigen des Instituts für Zeitgeschichte konnten den „Auftragsstopp“ nicht unwidersprochen hinnehmen, wollten sie sich nicht öffentlich als Erfüllungshilfen der Politik erweisen sowie ihr Selbstverständnis als Wissenschaftler und das Ideal der Freiheit von Forschung und Lehre offen aufgeben. Sie haben von dem „Auftragsstopp“ auch erst aus der Zeitung erfahren, und da sie sich auf den Standpunkt stellen, dass es sich bei dem Editionsprojekt gar nicht um eine Auftragsarbeit handele, bekunden sie die Absicht, das Projekt fortsetzen zu wollen.

Da Seehofers zuständiger Minister eine offene Verletzung der Freiheit der Wissenschaft scheut, sind bayerische Staatsregierung und IfZ zurzeit auf Kollisionskurs. Wenn keine Seite einlenkt beziehungsweise einknickt oder von außen aus der Bahn geworfen wird, wird Bayern tatsächlich das staatliche Verbot einer staatlich finanzierten Veröffentlichung erleben. Denn abgesehen von den für die Publikation zur Verfügung gestellten Sondermitteln ist das Institut eine öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts, getragen von der Bundesrepublik Deutschland und sieben Bundesländern, darunter Bayern. *Manuel Ruoff*

Otto von Bismarcks zeitweilige liberale Stütze

Eduard Lasker unterstützte die Reichseinigung des »Eisernen Kanzlers«, aber machte dessen Rechtsschwenk von 1878 nicht mit

Otto von Bismarck hat in seiner Zeit als Regierungschef mit einem Links- und einem späteren Rechtsschwenk gleich zwei Spaltungen im deutschen Liberalismus bewirkt. Wohl kein anderer Liberaler verkörpert dieses Schicksal des deutschen Liberalismus in der Bismarckzeit stärker als Eduard Lasker, spielte er doch sowohl in der rechten Abspaltung des Liberalismus als auch in der linken Abspaltung des Rechtsliberalismus eine führende Rolle.

Eduard Lasker war Jude und Liberaler. Er entstammte einem wohlhabenden Elternhaus und studierte nach dem Abitur auf Wunsch seines Vaters statt Medizin Mathematik und Astronomie. Die 48er Revolution politisierte jedoch den am 14. Oktober 1829 als Jizchak Lasker in Jarotschin geborenen Preußen. Während seines Studienaufenthaltes in Wien nahm er am dortigen Oktoberaufstand teil. Dessen Misserfolg bewog ihn, nun auf legalem, gewaltfreiem Wege politische Veränderungen zu erstreben. Hierzu studierte er Jura.

Nach dem erfolgreichen Jurastudium, einigen Jahren in Großbritannien und der Absolvierung des praktischen Ausbildungsteils am Berliner Stadtgericht bestand er 1857 das Assessorexamen. Lasker hatte zwar als Gymnasiast seinen Vornamen von Juzchak in Eduard geändert, doch ist der Spross eines strenggläubigen Elternhauses nie konvertiert. Damit war Lasker eine Karriere im Staatsdienst verwehrt, und er wich in die Publizistik aus. Insbesondere in den „Deutschen Jahrbüchern für Politik und Literatur" seines Freundes Heinrich Bernhard Oppenheim setzte er sich entschieden für Rechtsstaatlichkeit ein. Dadurch wurden Preußens Liberale auf ihn aufmerksam, kämpften diese doch gegen den Verfassungsbruch des Ministerpräsidenten Bismarck im Heereskonflikt. 1865 gelangte Lasker als Kandidat der Liberalen über eine Nachwahl ins Abgeordnetenhaus.

Nach den Erfolgen im Ersten und Zweiten Einigungskrieg spaltete Bismarck den Liberalismus in Preußen, indem er mit der sogenannten Indemnitätsvorlage seinen Verfassungsbruch dem Parlament zur nachträglichen Absegnung vorlegte. Ein Teil der Liberalen verfolgte die reine Lehre und war auch nachträglich nicht bereit, Bismarcks Verfassungsbruch abzusegnen. Der andere Teil der Liberalen hingegen war durch die Siege in den Einigungskriegen beeindruckt und erhoffte, dass sie Schritte seien zu der von Preußens Liberalen und schon den 48ern mehrheitlich gewünschten kleindeutschen Lösung der deutschen Frage unter preußischer Führung. Dieser rechte Flügel der liberalen Abgeordneten verhalf Bismarcks Indemnitätsvorlage zur Mehrheit, spaltete sich von der Fortschrittspartei ab und gründete eine zweite liberale Partei, die für gut ein Jahrzehnt Bismarcks wichtigste parlamentarische Stütze wurde: die Nationalliberale Partei. Der Name dieser Partei war treffend gewählt. Ihre Mitglieder verfolgten liberale Ziele, aber ihnen war ein Nationalstaat, dessen Verfassung liberale Defizite aufwies, lieber als gar kein Nationalstaat. Entsprechend positiv beurteilten sie Reichseinigung und Reich. Die Partei war derart populär, dass sie zu Beginn des Reiches in dessen Reichstag die stärkste Fraktion stellte.



Karikatur von Eduard Lasker und Otto von Bismarck, dem die Worte in den Mund gelegt werden: „Wollen wir constitutionell regieren, so bedürfen wir einer Majorität. Verweigern Sie sie uns, so ist die Regierung genöthigt, sich auf andere Parteien zu stützen, mit denen sie innerlich nicht so consolidirt ist." Bild: bpk-images

Wenn Lasker auch nie Vorsitzender der Nationalliberalen Partei war, so gehörte er doch nicht nur zu deren Gründern, sondern auch zu deren führenden Köpfen. Entsprechend der nationalen Zielsetzung der Nationalliberalen war Lasker die Erweiterung der Einigung über die Staaten des Norddeutschen Bundes hinaus ein Anliegen, um das er sich tatkräftig bemühte. Vor dem Deutsch-Französischen Krieg stieß dieses auf den Widerstand Bismarcks, der Frankreich nicht provozieren wollte. Nach dem Ausbruch des Krieges mit dem Second Empire hingegen brauchte auf Kaiser Napoleon III. keine Rücksicht mehr genommen zu werden, und das Werben Laskers und anderer Nationalliberaler in den süddeutschen Hauptstädten für die Erweiterung des Norddeutschen Bundes war nun ganz in Bismarcks Sinne.

In der auf Weisung der Westalliierten ausgesprochen föderalistischen Bundesrepublik wird das zwar nicht gerne gehört, aber der nationale Einheitsstaat nach französischem Vorbild ist traditionell ein zutiefst liberales Ziel. Nicht nur in dieser Beziehung wurden Lasker und seine politischen Freunde von der 1871 beschlossenen Reichsverfassung enttäuscht. Auch die fehlende Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament wurde von den Liberalen schmerzlich vermisst.

Lasker litt darunter mehr als manch anderer Nationalliberaler, gehörte er doch zum linken Flügel innerhalb der Partei. Umso härter traf ihn 1878 Bismarcks Rechtsschwenk mit den Sozialistengesetzen und dem Übergang zur Schutzzollpolitik. Dieser Rechtsschwenk war von Liberalen schwerlich gutzuheißen und so spaltete sich unter Führung von Lasker der linke Flügel der Nationalliberalen Partei und gründete 1880 die Liberale Vereinigung, die sich dann 1884 schließlich mit der linksliberalen Fortschrittspartei zur Freisinnigen Partei zusammenschließen sollte.

Einher mit der Verschlechterung seiner Beziehungen zu Bismarck, wegen dem Lasker ja dereinst mit der Fortschrittspartei gebrochen hatte, gingen eine Minderung seines politischen Einflusses und eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes. Nach einem Zusammenbruch suchte Lasker Genesung fern der Heimat in den Vereinigten Staaten. Dort wurde der deutsche Liberale zwar gefeiert, aber die erhoffte Genesung blieb aus. Am 5. Januar 1884 starb Eduard Lasker in New York.

Manuel Ruoff

»Inkonsequent und inkalkulabel«

Johann Georg Adam Forster war Naturforscher, Ethnologe, Reiseschriftsteller, Journalist, Essayist und Revolutionär in einer Person

Alexander von Humboldt nannte ihn seinen Lehrer und Freund; Bruder Wilhelm gar schrieb 1789 über Georg Forster: „Denn nur sehr wenige haben gesehen, was er gesehen hat, und diese wenigen, wie zum Beispiel sein Vater, haben nicht das glückliche Genie, den philosophischen Geist." Die Brüder Humboldt und Forster einte das gemeinsame Interesse – einmal an der Naturwissenschaft, zum anderen an der Geisteswissenschaft – mit dem Unterschied, dass Forster beides in einer Person vereinigte.

Wer war dieser Mann, der heute – 220 Jahre nach seinem Tod – in der breiten Öffentlichkeit meist vergessen ist, der die Gelehrten jedoch immer noch beschäftigt? So lud die in Kassel bestehende Georg-Forster-Gesellschaft 1993 zu ihrem ersten Symposion in der dortigen Gesamthochschule ein; und 1991 wurde an der Mainzer Universität eine „Georg-Forster-Forschungsstelle für Geschichte der Ethnologie und der Europäisch-Überseeischen Beziehungen" ins Leben gerufen. Auch in Mitteldeutschland erinnert man sich übrigens des weltreisenden Schriftstellers und Naturforschers – im Gotischen Haus des Wörlitzer Parks, Kreis Gräfenheinichen, findet sich eine Sammlung von Gegenständen, die Forster aus der Südsee mitgebracht hat, und eine Reihe seiner Werkausgaben.

Geschätzt von Goethe, Schiller, Herder und den beiden Humboldt-Brüdern

Johann Georg Forster wurde am 27. November 1754 in Hochzeit bei Danzig geboren. Im Pfarrhaus Nassenhuben bei Danzig wuchs er auf, dort unterrichtete ihn sein 1729 in Dirschau geborener Vater Reinhold. Bereits 1765 nahm Reinhold Forster seinen Sohn mit auf eine Forschungsreise nach Russland, die der Untersuchung der physischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der deutschen Kolonien an der unteren Wolga diente. Bei dieser Gelegenheit wird wohl der Vater seinen Sohn auch in genauer Beobachtung und im Beschreiben der Dinge unterwiesen haben, die später seinen Ruhm begründen sollten.

Anschließend zogen die Forsters nach England – ihre Vorfahren stammten übrigens aus Schottland – und nahmen von dort aus an der von 1772 bis 1775 dauernden zweiten Weltreise von Kapitän James Cook teil. Georg Forster veröffentlichte 1777 in englischer Sprache seine Erfahrungen und Erlebnisse dieser Fahrt unter dem Titel „Reise um die Welt" und gilt seitdem als Begründer der wissenschaftlich-künstlerischen Reisebeschreibung.

1778 wurde Georg Forster als Professor für Naturwissenschaften an das Carolineum in Kassel berufen. Später folgte er einem Ruf nach Wilna, von wo er 1787 nach Deutschland zurückkehrte. Forster wirkte fortan als kurfürstlicher Bibliothekar in Mainz, bis er begann, sich politisch zu engagieren. Als begeisterter Anhänger der Französischen Revolution war Forster Vizepräsident im rheinisch-deutschen Nationalkonvent und ging als dessen Deputierter nach Paris, um die Vereinigung des Rheinlandes mit Frankreich anzubieten. Damit setzte er sich dem Verdacht des Vaterlandsverrats aus und wurde in die Reichsacht erklärt.

Georg Forster starb einsam und verlassen am 10. Januar 1794 an den Folgen eines Schlaganfalls in Paris. Sein Vater Reinhold überlebte ihn um vier Jahre. Mit seinen Publikationen hat Forster einen großen Einfluss auf seine Zeitgenossen, aber auch auf nachfolgende Generationen ausgeübt. Wolfgang Goethe und Friedrich Schiller schätzten ihn gleichermaßen, mit dem Mohrunger Johann Gottfried Herder führte er einen regen, wenn auch nicht immer übereinstimmenden Briefwechsel. Es kam auch 1785 zu einer ersten persönlichen Begegnung in Weimar. Seinem Königsberger Freund Johann Georg Hamann schrieb Herder: „Uebrigens ist er ein gutherziges, gelehrtes Männchen, der sich in den meisten Wißenschaften selbst zu etwas durchschlagen müßen, das ihm denn viel Mühe gemacht hat."

Nach Forsters Tod war es Herder, der ihm zwei literarische Denkmäler gesetzt hat – ein gewagtes Unternehmen, denn schließlich galt Forster als Vaterlandsverräter. In seinen „Briefen zur Beförderung der Humanität" würdigte Herder 1796 die wissenschaftliche Bedeutung Forsters für die Zukunft. Und kurz vor Herders Tod im Jahre 1803 schrieb er ein Vorwort zur zweiten Auflage von Forsters „Sakontala", der Übersetzung eines indischen Schauspiels aus dem Englischen und neben seinen „Ansichten vom Niederrhein" ein ebenfalls bedeutendes Werk des Gelehrten, dessen Wirken aufgrund seiner Vielseitigkeit nicht in eine Schublade gesteckt werden kann.



Mit seinem Vater 1772 auf Tahiti: Georg Forster Bild: akg

Forster selbst bezeichnete sich einmal als „inkonsequent und inkalkulabel". Forscher sehen heute in ihm einen „modernen Menschen", der „höchst zeitgemäß" sei, um es mit Detlef Rasmussen zu sagen. Er selbst formulierte einmal, was einen schöpferischen Menschen bewege: „Dem wahren, schöpferischen Geiste genügt es nicht, alles bilden zu können, was ihm einfällt; er will darstellen, was anderen zu denken gibt und womit sich ihre Phantasie vorzugsweise beschäftigt. Könnte man doch auch unseren Dichterlingen so etwas begreiflich machen!" – Ein Stoßseufzer, der zweifellos noch heute aktuell ist.

PAZ/os

Historische Unwahrheiten des »Grün«-Schnabels

Zu: Kampf um die Ehre der Omas (Nr. 50) und Plumpe Attacke (Nr. 50)

Offenbar haben grüne Landtagsabgeordnete in Bayern wie der „Trümmerfrauen"-geschädigte grüne Abgeordnete Sepp Dürr im Fach Geschichte in der Schule gepennt. Dieser Dürr meinte doch tatsächlich, dass ausgerechnet der Kommunist und USPD-Politiker Kurt Eisner in Bayern nach 1918 die Demokratie einführen wollte. Damit setzt Dürr entsprechend seiner perversen politischen Logik eine Demokratie mit der Diktatur des Proletariats gleich. Um den müsste sich eigentlich mal der Staatsschutz kümmern, um genauer festzustellen, ob dieser Abgeordnete noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

Wer Kurt Eisner in Kenntnis der Geschichte Bayerns nach dem Ersten Weltkrieg als ein demokratisches Vorbild hinstellt, der kann doch nur die Demokratie abschaffen und als Grüner die Diktatur in Deutschland einführen wollen. Und der muss sich dann ja wohl auch mit Lenins oder Kurt Eisners Schatten identifizieren: dem deutsch-russischen Kommunisten und Vorreiter der Münchener Räterepublik, Max Levien.

Vielleicht weiß dieser „Grün"-Schnabel auch, woher Eisner die aus mysteriösen Quellen stammenden 164727028 Mark bezogen hatte, über die er vom 25. September bis 16. November 1918 verfügt hatte, und die zur Finanzierung einer kommunistischen Diktatur in Bayern vorgesehen waren. **Ingo Schewiola, Hamm**

Logische Erklärung des Klimawandels

Zu: Lauter Klima-Phrasen (Nr. 48)

Auch wir sind in punkto Klimaerwärmung skeptisch, sehr sogar. Und so haben wir uns die Mühe gemacht, den belegbaren Fakten auf den Grund zu gehen.

Da der Autor Wolfgang Thüne den Zusammenhang zwischen globaler Lufttemperatur und dem Ozean als Puffer unlogisch findet, will ich kurz den aktuellen Stand der Wissenschaft erläutern:

Das gesamte Klimasystem besteht unter anderem aus der uns umgebenen Atmosphäre und den Wassermassen der Ozeane. Die Gesamtenergie verteilt sich auf diese Systeme nicht gleichmäßig. Weit über 95 Prozent der Energie steckt in den Ozeanen. Da der Energiegehalt der Ozeane steigt und die globale Lufttemperatur stagniert, kann man leicht erkennen, dass sich das Gesamtsystem weiterhin erwärmt. Dort, wo kalte Wassermassen an die Oberfläche kommen, kühlen diese die darüber liegenden Luftmassen, was für einige Jahre auch mal zur Stagnation oder auch zu einem leichten Rückgang der globalen Lufttemperatur führt. Der Transport von wärmerem Wasser in tiefere Schichten findet nicht genau dort statt, wo das kalte Wasser an die Oberfläche kommt (und sich dabei auch leicht erwärmt), sondern in Bereichen, in denen der Salzgehalt in Verbindung mit der Wassertemperatur die Abwärtsbewegung in Gang setzt. Dieses kann Tausende von Kilometern entfernt sein. Oft werden die komplizierten Zusammenhänge verkürzt, bis sie unlogisch erscheinen. **Frank Böttcher, Hamburg**

Ein guter Mann

Zu: Unnötige Nachhaltigkeitsdebatte (Nr. 46)

Die Kinder sind den rot/grün/linken Kräften also völlig egal? Typisch! Dabei weisen kluge Menschen wie Eva Herman ständig darauf hin, wie wichtig Kinder und Familie sind.

Aber auf Frau Herman hören die ja nicht. Doch wenigstens die katholische Kirche wird auf den „Papst der Armen", Franziskus, hören, der dieser von den Grünen kritisierten Spendenaktion „Weihnachten im Schuhkarton" seinen Segen gab. Ein guter Mann.

Besonders in Südamerika ist die Kirche völlig in Ordnung und tut ihre Pflicht. Die Kirche in Deutschland – sowohl die katholische als auch die evangelische – sollte sich an Franziskus und der Kirche in Südamerika ein Beispiel nehmen und endlich wieder richtig zum Wohle der Menschen handeln und sich auch trauen, an den Untaten der Politiker Kritik zu üben. **Tom Orden, Berlin**



Trümmerfrauen helfen beim Wiederaufbau: Statt ihr ein Denkmal zu setzen, haben zwei grüne Münchener Kommunalpolitiker diese Generation als „Alt-Nazis" verunglimpft Bild: action press

Menschenleere Grenze

Zu: Mann über Bord (Nr. 44)

Über den Beitrag habe ich mich sehr gefreut, beschreibt er doch ein Grenzgebiet zwischen Südafrika und Namibia, das zwar kaum bekannt, aber dennoch sehr reizvoll ist. Nur wenige Tourismus-Unternehmen haben es im Programm. Ich selbst bin die Straße auf namibischer Seite entlang des Flusses bereits mehrfach gefahren, habe bei Sendelingsdrif den Oranje auf einer uralten Fähre überquert und auf südafrikanischer Seite den Richtersveld National Park erkundet, der ebenfalls beinahe menschenleer ist.

Der Autor des Artikels erwähnt zu Beginn, dass eine „Kanufahrt in Namibia" wegen der Stromschnellen durchaus unangenehm enden könne. Der Grenzfluss Oranje gehört jedoch in voller Breite zu Südafrika und zwar seit dem deutsch-britischen Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1. Juli 1890, in dem die nördliche Hochwasserlinie des Flusses als Grenze zwischen dem damaligen Deutsch-Südwestafrika und der britischen Kapkolonie festgelegt wurde. Später, als Südwestafrika von Südafrika verwaltet wurde, spielte das Thema keine Rolle mehr, doch nach der Unabhängigkeit Namibias (1990) kam es erneut zur Sprache. Am 17. Mai 1991 erzielte man eine Einigung dahingehend, dass künftig nicht mehr das Nordufer des Flusses, sondern die Flussmitte („Thalweg") die Grenze bilden sollte.

Am 31. Juli 1994 wurde noch einmal Einvernehmen darüber bekundet, weil es auch internationalen Regeln folgen würde, doch ist es bis heute zu keinem rechtsverbindlichen Vertrag gekommen.

Kürzlich wurde aus Windhoek vermeldet, dass man gegen Ende 2013 die Verhandlungen dazu neu aufnehmen wolle. Somit wird zwar die international übliche Grenze auf der Mitte des Oranje seit Jahren akzeptiert, aber de jure ist immer noch die gesamte Flussbreite südafrikanisches Hoheitsgebiet. **Wolfgang Reith, Neuss**

Gedenken der Trümmerfrauen liegt selbst in Trümmern

Zu: Plumpe Attacke (Nr. 50)

In den ersten Tagen, Wochen oder eventuell sogar Monaten nach dem 8. Mai 1945 wurden tatsächlich und nachweislich zunächst nur 1300 zwangsverpflichtete Männer sowie lediglich 200 Frauen dafür benutzt, Münchens Straßen vom alliierten Bombenschutt freizuräumen, damit alliierte Panzer besser durch Münchens Trümmer rollen konnten. Angesichts dessen grenzt es an Schizophrenie, eine angemessene und über viele Jahrzehnte schmerzlich entbehrte nachträgliche Ehrung vieler Hunderttausender mehr als verdienstvoller Trümmerfrauen sowie der gesamten Aufbaugeneration – Deutsche reinsten Wassers – mit einer Tat zu entehren, wie dies durch die beiden Münchner Grünen-Politiker Katharina Schulze und Sepp Dürr geschehen ist.

Interessant wäre es zu erfahren, ob die zuständige Staatsanwaltschaft bereits Ermittlungen wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener gegen die beiden grünen Täter aufgenommen hat. Deutschlandweit reden wir schließlich von Millionen von Trümmerfrauen.

Was in Ihrem geschätzten Artikel unerwähnt bleibt, sind die vorgeblichen „Morddrohungen" gegen die vorher beschriebenen Übeltäter Dürr und Schulze. Hierzu bleibt anzumerken, dass bis zur Vorlage gerichtsfester Nachweise der Übeltäter für vorgeschobene „Morddrohungen" diese ins Feld der Fabel zu verweisen sind. Sie haben den Geruch von „aber wir sind doch Opfer rechter Gewalt nach unserer verwerflichen Tat". Das ist ein typisches Verweisen auf andere vorgebliche Schurken, um von den eigenen üblen und faschistoiden Taten abzulenken.

Zu der Internetplattform „Facebook" bleibt anzumerken, dass die weitaus meisten Angehörigen der Kinder- und der Enkelgeneration aufgrund der dortigen Gruppeneinteilung keine Kenntnis von der ehrenhaften Aktion der Plattform-Gruppe „Ehrt die Trümmerfrauen" erlangen konnten. Ich behaupte, dass ansonsten nicht lediglich nur 17000 Personen diese Gruppe unterstützt hätten, sondern Hunderttausende oder mehr.

Jedenfalls ist und bleibt es eine Schande, dass geschichtslegasthenische Politiker wie Schulze und Dürr auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein mehr als feudales Leben führen und ideologische Scheingefechte im blinden Aktionismus zwecks Wiederwahl in die feudalistischen Pfründen auf unsere Kosten ausfechten dürfen.

Es bleibt abschließend anzumerken, dass solche scheingebildeten Politiker zu meinem größten Missfallen in ausnahmslos allen Parteien in Deutschland vertreten sind. **Joachim Ruhnau, Döttesfeld**

Preußische Untugenden

Zu: Mit Preußischen Tugenden zum Erfolg (Nr. 50)

Wenn der Gastkommentar von Norbert Breuer ein Loblied auf die Preußischen Tugenden sein soll, dann wundert mich seine Bezugnahme auf die „Bildungsstudien" der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD), die alles zum Maßstab haben, aber sicher kein preußisches Bildungsideal. Vielmehr steckt hinter den Studien ein technokratisches Wissensverständnis, das darauf abzielt, Menschen passgenau in das Wirtschaftssystem einzugliedern und die Bildungspolitik souveräner Staaten im Sinne der OECD zu manipulieren.

Auch Breuers Ziel, „Erfolg" zu haben, ist alles andere als preußisch. Nicht der individuelle „Erfolg" des Einzelnen ist preußisch, sondern der Dienst an der Allgemeinheit, das Allgemeinwohl und die Pflichterfüllung – und zwar auch dann, wenn es keinen „Erfolg" verspricht.

Breuers Ratschläge gipfeln schließlich in der egomanischen Empfehlung, „Neid" müsse man sich verdienen. Gerade damit, dass er andere irgendwie übertrumpfen will, so dass sie neidisch zu ihm aufsehen müssen, zeigt sein anti-preußisches Denken. „Erfolg" und „Neid" sind das Gegenteil von preußischen Tugenden. **Thomas W. Kretzschmar, Mülheim an der Ruhr**

Kiew muss Abstand bewahren

Zu: Droht der Zerfall der Ukraine? (Nr. 49)

Der EU-Assoziierungsgipfel in der litauischen Hauptstadt Wilna hat die Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Sein und Schein besonders in Bezug auf die Ukraine deutlich zutage gefördert. Hin- und hergerissen zwischen dem Drängen und Locken der neoliberalen EU auf der einen Seite und dem autokratisch geprägten Russland auf der anderen, ist die Ukraine nun in ihrem schwierigen Selbstfindungsprozess weiter polarisiert worden. Solange die EU sich in Bezug auf ihre ungelöste Euro-Schulden- und Finanzkrise derart in den internationalen Schlagzeilen befindet, würde ihren Vertretern etwas mehr Bescheidenheit gut zu Gesicht stehen.

Die Ängste Russlands sind insofern nicht von der Hand zu weisen, da eine EU-Mitgliedschaft früher oder später meist auch eine Nato-Mitgliedschaft nach sich zieht. Hier lässt sich die EU offenbar stark von den US-Interessen leiten. Nicht zuletzt das Beispiel Griechenland zeigt, dass die Erwartungen einiger Staaten, mit einer EU-Annäherung oder Mitgliedschaft sei Wohlstand für alle verbunden, in der Regel reines Wunschdenken bleiben.

Dass die Ukraine mit beiden Seiten, Russland und der EU, kooperieren will und zum Teil muss, ist verständlich. Sie sollte aber eine gewisse Äquidistanz, also gleichen Abstand zu beiden bewahren, um sich nicht den Interessen eines mächtigen Partners beugen zu müssen und ihre Unabhängigkeit dadurch weitgehend einzubüßen. Die ukrainische Hauptstadt sollte Kiew heißen und nicht Brüssel oder Moskau.

Reformen muss das Land aus eigener Kraft steuern. Sie können nicht von außen verordnet werden. Weder Gazprom noch der IWF gelten als ausgesprochene Freunde der kleinen Leute. Eine Spaltung in Arm und Reich nutzt auf die Dauer niemandem. Oligarchen gibt es weltweit schon mehr als genug. **Roland Grassl, Bühl**

Naive Sicht der historischen Dinge

Zu: In den Klauen der Blutroten (Nr. 45)

Betrachtet man Anne Applebaums Buch „Der Eiserne Vorhang" in seiner Gesamtheit, so stößt man immer wieder auf die explizit oder implizit gestellte Frage, warum der Westen hier so nachgiebig verharrte und zudem ein Land wie Polen, dessentwegen Großbritannien und Frankreich Deutschland noch vor knapp 75 Jahren den Krieg erklärt hatten, einfach aufgab.

Es ging den Angloamerikanern im zweiten Teil des letzten „Dreißigjährigen Krieges" überhaupt nicht um Polen, sondern ganz allein um die endgültige Zerschlagung des Deutschen Reiches. Polen war nur der Docht, an dem man das große Feuer anzünden konnte, und in dem die deutsche Kulturnation dann endgültig verglühen sollte.

Bereits 1848 wurde auf dem Panslawismuskongress zu Prag beschlossen, alle Deutschen östlich der Linie Stettin–Triest zu vertreiben. Zu dieser Zeit existierte der Staat das Deutsche Reich noch gar nicht. Erst 70 Jahre später, nämlich 1919, machte die alliierte Intrigeninsel die Deutschen ex kathedra rückwirkend für jede Störung am Weltfrieden verantwortlich. Applebaums Antwort hierauf lautet, dass die Regierungen in Washington und London sowohl von Naivität als auch von Pragmatismus und oft sogar von Fatalismus gelenkt worden seien. Dahingegen verneint sie die Möglichkeit einer Einflussnahme von Seiten der reichlich vorhandenen Sowjetsympathisanten. Dies freilich kann man auch durchaus anders sehen.

Wenn hier jemand naiv ist, dann die Autorin des Buches, die in Polen lebende US-amerikanische Historikerin Anne Applebaum. Denn das große politische Endziel ist doch seit dem Ende der Katharer die Unipolarität, und zwar sowohl in der Naturwissenschaft als auch in der Geisteswissenschaft. Ein Urknall, eine Wechselwirkung, eine Maximalgeschwindigkeit, ein Gott, eine Menschenrasse, eine Weltregierung – all das steht heute ganz oben auf Dringlichkeitsliste der Angloamerikaner.

Und die Sowjetunion war von Anfang an nur eine Filiale dieser unipolaren Struktur. Ihr oblag die Aufgabe, die alte europäische Kultur mit ihren heterogenen Fürstengeschlechtern sozial unipolar glatt zu schleifen. Und mit wenigen Ausnahmen arbeitete die Filiale Moskau immer synchron mit ihrer Zentrale auf der Intrigeninsel. Es funktionierte doch wunderbar nach dem Motto: getrennt marschieren, gemeinsam zuschlagen. Auf diese Weise wurde das politische Endziel für den Naivling nie offensichtlich.

Erst das 2000er Phänomen mit dem Namen Putin zerstörte diese unipolare politische Struktur völlig unerwartet und endgültig. Ist es nicht bemerkenswert, dass Russlands Präsident Wladimir Putin von den Angloamerikanern aktuell ähnlich angefeindet wird wie Hitler vor dem Zweiten Weltkriegs im damals sogenannten Zwischeneuropa? **Gerald Franz, Bonn**

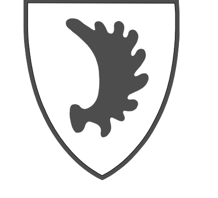
US-Medienhetze

Zu: Er schuf Illusionen für Millionen (Nr. 49)

Zur Besprechung der Biografie über den Filmmogul Carl Laemmle möchte ich ergänzen: Die Autorin hat in ihrer ungewöhnlich ausführlichen Rezension vergessen zu erwähnen, dass Lämmle unter anderem nicht nur Horrorfilme, sondern auch einen antideutschen Kriegsfilm gedreht hat. Darin ist zu sehen, wie ein deutscher Offizier einer Krankenschwester ein Baby entreißt und es aus dem Fenster wirft, um sie anschließend zu vergewaltigen.

Mit solcher Medienhetze wurde das friedlich gesonnene US-Volk 1917 in den ersten Weltkrieg getrieben. Damals gab es noch keine „Nazis". **Reinhard Uhle-Wettler, Timmendorfer Strand**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 1 – 4. Januar 2014

Bankenschließung löst Panik in Königsberg aus

Gouverneur Zukanow wirft Zentralbank Betrug vor – Beschwichtigungsversuche verstärken Sturm auf Geldhäuser

Die Schließung der „Investbank", einer der größten Banken der Russischen Föderation, hat im Königsberger Gebiet eine Panik ausgelöst. Alarmierte Bankkunden forderten ihr Geld zurück und legten damit die Bank lahm. Der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolaj Zukanow, reagierte sofort. Er setzte sich mit der Moskauer Zentalbankchefin in Verbindung und beruhigte die aufgebrachten Bürger. Moskau ließ Zukanow jedoch im Regen stehen. Zurück blieben ein Gouverneur, der an Glaubwürdigkeit verloren hat, und Menschen, die nicht mehr an die Stabilität ihres Staates glauben.

Einen „schwarzen Freitag" wie den 13. Dezember hat es in Königsberg seit 15 Jahren nicht mehr gegeben. Damals, 1998, stürmten die Menschen so wie jetzt die Wechselstuben und Banken. Russland erlebte seinen großen Bankenzusammenbruch, die Wirtschaft brach ein, das Land stand vor dem Staatsbankrott, der Rubel stürzte ab. Die Erinnerung an diese schwere Zeit hat sich den Menschen ins Gedächtnis eingegraben.

Auch wenn in den vergangenen Jahren das Einkommen der Bevölkerung mit der Produktion beständig gewachsen ist und Russland die globale Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre einigermaßen gut überstanden hat, sind die Russen sensibilisiert.

Schon als bekannt wurde, dass in der Moskauer Zentrale der 1989 in Königsberg gegründeten „Investbank" – eine der ältesten Privatbanken Russlands – Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörde Dokumente beschlagnahmt hatten, löste dies in der Pregelmetropole Panik und Tumulte aus. Lange Schlangen in Bankfilialen und an Geldautomaten erinnerten an die Atmosphäre der 90er Jahre.

Die Investbank zählt zu den 80 größten Banken Russlands und besitzt ein großes Filialnetz, das sich über viele Regionen erstreckt. Im Königsberger Gebiet hat die Bank traditionell besonders viele Kunden, sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen.

Erste Erschütterungen im russischen Bankenwesen hatte es schon vor einigen Monaten gegeben. 27 Banken verloren damals ihre Lizenz. Zentralbankchefin Elvira Nabiullina begründet dies mit Verstößen gegen die Vorschriften, Unregelmäßigkeiten in der Buchführung oder riskanter Kreditvergabepolitik.

Königsberger Kunden der Investbank rechneten mit dem Schlimmsten und handelten deshalb sofort. Die Bankangestellten weigerten sich, größere Summen auszuzahlen. Inzwischen hatte sich Gouverneur Nikolaj Zukanow eingeschaltet. Er setzte sich persönlich mit Nabiullina in Verbindung, um die Situation zu klären. Hintergrund ist dabei, dass auch Finanzmittel des Gebietes in Höhe von 150 Millionen Rubel (etwa 3,3 Millionen Euro) auf der Bank liegen wie auch privates Geld der Familie des Gouverneurs.

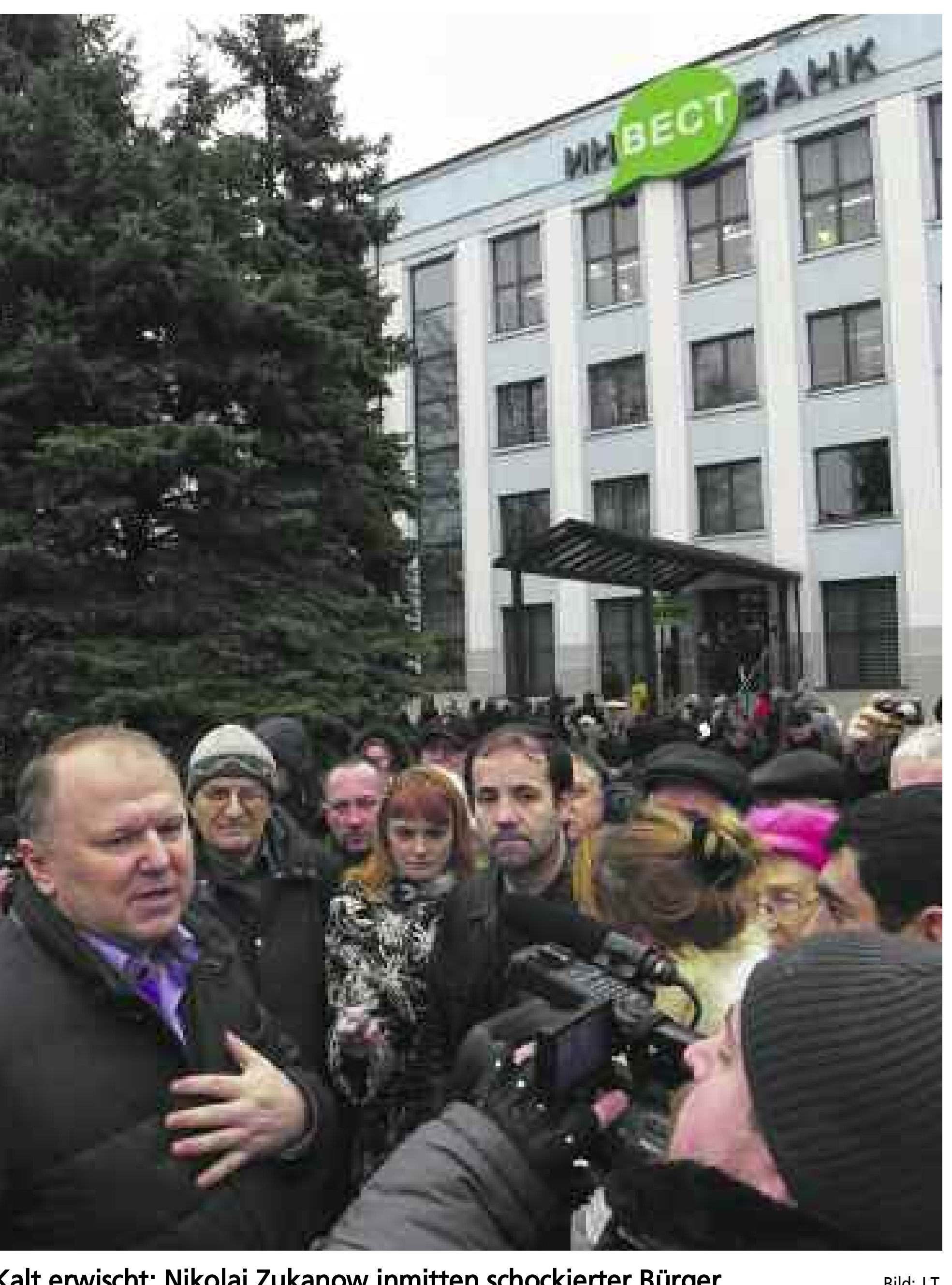
Kunden fühlen sich ignoriert

Die Zentralbankchefin beruhigte Zukanow mit der Aussage, es gebe keinen Grund zur Beunruhigung; der Investbank die Lizenz zu entziehen sei nicht geplant. Dies geschah dann doch innerhalb von 24 Stunden. Das brachte wiederum Zukanow in Erklärungsnöte, hatte er sich doch ausdrücklich auf die Äußerungen der Zentralbankchefin berufen, um die Königsberger zu beruhigen. Schenkt man den Worten des Gouverneurs Glauben, dann hat die Zentralbankchefin ihn und Abertausende Kunden der Investbank betrogen. Wer wen betrogen hat, lässt sich kaum überprüfen. Für den Gouverneur jedenfalls geriet seine Intervention zum Riesenskandal.

Der Sturm auf die Banken ließ sich nicht mehr aufhalten. In Gruppen zogen aufgebrachte Menschenmassen zu den Filialen der Investbank. Die eindrucksvollste Menge hatte sich im Zentrum nahe dem Hotel „Kaliningrad" gebildet. Sie versuchte, ins Innere der Bank zu gelangen, doch Mitarbeiter des Instituts blockierten die Türen. Daraufhin unternahmen die Bankkunden, unter denen sich auch viele Frauen, auch ältere, befanden, den Versuch, die Barriere zu durchbrechen, wobei sie die Tür beschädigten. Die erschrockenen Mitarbeiter im Inneren riefen den Sicherheitsdienst. Mit voller Ausrüstung, Helmen und kugelsicheren Westen verschanzten Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes sich in der Bankhalle, um die aufgebrachten Menschen im Falle eines Durchbruchs zurückzudrängen.

Der Gouverneur eilte inzwischen zur Regionalvertreterin der russischen Zentralbank, Irina Petrowa, die ins Hauptbüro der Investbank in Königsberg kam, um vor den Versammelten Rede und Antwort zu stehen.

Zukanows Gesichtsausdruck wirkte verärgert und verwirrt. Er sagte: „Vor zwei Tagen habe ich mit der Vorsitzenden der Zentralbank Elvira Nabiullina gesprochen und sie hat mir versichert, dass die Lizenz nicht entzogen werde. Offenbar hat sich die Lage nun geändert und gestern Abend wurde die Entscheidung über den Lizenzentzug gefällt." Ihm blieb nichts anderes übrig, als sich bei den Königsbergern zu entschuldigen.



Kalt erwischt: Nikolaj Zukanow inmitten schockierter Bürger Bild: J.T.

Diese Worte des Bedauerns änderten die Stimmung allerdings kaum. Zukanow erntete Pfiffe, Gelächter und scharfe Entgegnungen. Die Investbank-Kunden empörten sich darüber, dass man sie ignoriert und nicht informiert hatte und ihnen auch keine Auskunft gab, was sie tun können und was sie erwartet.

Petrowa erklärte ziemlich unbedacht: „Weder die ‚Europäische' noch die ‚Wosroschdenija' oder die ‚BIN-Bank' haben irgendwelche Probleme wie auch viele andere nicht, über die Gerüchte im Internet verbreitet werden. Wir bitten Sie, nicht in Panik auszubrechen und die Lage nicht zu destabilisieren." Das unterstrich auch der Gouverneur. Es bleibt Petrowas Geheimnis, aus welchem Grund sie die Namen dreier weiterer Banken nannte. Ihre Worte führten jedenfalls nicht zur gewünschten Beruhigung, sondern zur Ausweitung der Panik. Nun wurden auch die Filialen der genannten Banken gestürmt. Innerhalb einer einzigen Stunde waren sämtliche Bankautomaten geleert, in den Filialen bildeten sich riesige Schlangen. Die Bankangestellten erfassten die Auszahlungswünsche der Kunden nur noch in Listen und versprachen, zumindest einen Teil des Geldes in einigen Tagen auszuzahlen. Nur wenigen war es gelungen, ihre Einlagen zurückzubekommen.

Die Europäische Bank führte ein Limit für Auszahlungen in Höhe von 10 000 Rubel (um die 220 Euro) pro Tag ein, um den Massenabzug von Bargeld aufzuhalten. Der Vorsitzende des Königsberger Stadtrats, Andrej Kropotkin, gestand, dass die Schließung der Investbank auch seine Baufirma, die dort ein Bankkonto hatte, betrifft. Seiner Einschätzung nach wird jeder zweite Bürger des Gebiets in Mitleidenschaft gezogen werden.

Laut Gesetz können Privatpersonen mit einer Absicherung ihres Guthabens in einer Höhe von bis zu 700 000 Rubel (etwa 15 400 Euro) rechnen. Das heißt, Einlagen werden bis zu dieser Höhe garantiert. Was oberhalb dieser Grenze liegt, wird nach der Abwicklung der Bank anteilig zurückgezahlt, falls Geld übrig bleibt. Die Folgen für die betroffenen Unternehmen und deren Mitarbeiter werden gravierend sein. 40 100 private Unternehmer und Firmen haben ein Konto bei der Investbank. Entsprechend steht nun in den Sternen, ob die Angestellten dieser Firmen ihre Dezember-Gehälter ausgezahlt bekommen.

Der Gouverneur befürchtet, dass die Schließung der Investbank im Gebiet zirka 5000 Menschen ihren Arbeitsplatz kosten wird. Darüber hinaus liegen die Mittel der Gesellschaft für Tourismusentwicklung des Gebiets auf einem Konto der Investbank sowie ein Teil des Geldes, das für die Umsetzung des Projekts „Herz der Stadt" vorgesehen war. Der Ausgang dieser Bankenkrise ist noch ungewiss. *Jurij Tschernyschew*

(siehe auch Beitrag S. 7)

Heilsberg-Bilder gesucht

Die Stadt Heilsberg plant für das nächste Jahr den Beginn von Renovierungsarbeiten an der Sommerresidenz der Bischöfe des Ermlands. Bürgermeister Artur Wajs bittet ehemalige Heilsberger und Sammler alter Fotografien aus der Region Heilsberg um Hilfe bei der Gestaltung der Innenräume der Orangerie. Es geht unter anderem um die originalgetreue Farbgebung, die auf dem bisher vorliegenden Bildmaterial nicht ausreichend zu erkennen ist. Wer alte Fotos von den angesprochenen Gebäuden besitzt, wird gebeten, sich an die Kreisgemeinschaft Heilsberg, c/o Aloys Steffen, Am Clarenhof 18, 50859 Köln, oder die Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Warmia" in Heilsberg zu wenden, die bei Kontaktaufnahme und Weiterleitung gerne behilflich sind. *Uwe Hahnkamp*

Märchenhaft

Ausstellung im Museum Friedländer Tor

Das Museum Friedländer Tor in Königsberg hat zum Jahresende wieder eine Ausstellung von Baumschmuck vorbereitet. Diesmal lautet das Thema Märchen. Bis zum 20. Januar zeigt das Museum entsprechende Exponate aus seiner umfangreichen Sammlung von über 600 Produkten russischer und deutscher Herkunft aus der Zeit des 20. Jahrhunderts. Figuren aus Puschkins „Märchen vom Goldenen Hahn", dem „Märchen von Fischer und Fisch" sowie den russischen Volksmärchen „Morosko" und „Kolobok" schmücken den Tannenbaum des Museums. Daneben werden echte Raritäten aus der Sammlung des Museums präsentiert: Nussknacker, Souvenir-Teller mit Weihnachtsmotiven, Baumschmuck aus Baumwolle, Schneeflocken aus Kupferdraht, Girlanden und Glasrohre sowie verschiedene Darstellungen des Nikolaus. *M. Rosenthal-Kappi*





Baumschmuck Bild: Museum Friedländer Tor

Rüge vom Gouverneur

Zukanow fordert in Tilsit höheres Bautempo bei Verkehrsprojekt

Königsbergs Gebietsgouverneur Nikolaj Zukanow hat Tilsit einen Besuch abgestattet und bei der Gelegenheit harsche Kritik an der schleppenden Umsetzung eines nicht nur für die Stadt wichtigen Verkehrsprojekts geübt.

Der wachsende internationale Transit und Güterverkehr setzt der Grenzstadt zu. Die Königin-Luise-Brücke ist dem modernen Schwerlastverkehr nicht mehr gewachsen. Noch schlimmer sind die sich in den Straßen der Stadt stauenden und auf die Zollabfertigung wartenden schweren Lastkraftwagen, die mit Lärm und Abgasen eine unzumutbare Belastung für die Anwohner darstellen. Abhilfe sollen eine Umgehungsstraße samt zugehöriger neuer Brücke über den Memelstrom schaffen. Die Umgehungsstraße zweigt etwa 15 Kilometer südlich Tilsit von der ehemaligen Reichsstraße 138 ab und soll bei Schalau, wenige Kilometer östlich von Tilsit, den geplanten Brückenstandort erreichen.

Der im Jahre 2006 begonnene Straßenbau ging nur langsam voran, was auf die langwierigen russisch-litauischen Verhandlungen über die Aufteilung der Brückenbaukosten zurückzuführen war. Doch auch nach Abschluss eines entsprechenden bilateralen Regierungsabkommens ist der erhoffte Baufortschritt ausgeblieben.

So sah sich Königsbergs Gebietsgouverneur Nikolaj Zukanov veranlasst, im Dezember die Baustelle persönlich zu inspizieren. Er übte harsche Kritik an dem St. Petersburger Bauunternehmen „Mostostroj Nr. 6", dem er monatelangen Verzug der Bauarbeiten vorwarf. Der Gouverneur, der von der Präsidentin der Gebietsduma, Marina Orgejewa, und dem Tilsiter Oberbürgermeister, Nikolaj Woistschew, begleitet wurde, drängte auf Beschleunigung der Arbeiten. Er empfahl die Rekrutierung zusätzlicher Arbeitskräfte und deren Unterbringung in Tilsit in einer leer stehenden Kaserne. Das Projekt, so Zukanow, sei von großer Bedeutung für den grenzüberschreitenden Transportkorridor Riga–Königsberg–Danzig und sichere dem Königsberger Gebiet eine hohe Anziehungskraft für potenzielle Investoren. *Hans Dzieran*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun hat also wieder ein Neues Jahr begonnen, und ich hoffe, dass die vielen guten Wünsche für ein weiteres Gedeihen unserer Ostpreußischen Familie sich erfüllen werden. Für die wir uns sehr, sehr herzlich bedanken, gleich ob es sich um Glückwünsche oder Suchwünsche handelt, oft aber auch um beide in enger Verknüpfung, was natürlich die Formulierung des Suchwunsches schwieriger macht. Das dauert dann ein wenig Zeit, und so kann diese oder jene Frage erst mit etwas Verspätung veröffentlicht werden. Vorrang haben sowieso jetzt die Wünsche, die noch vor dem Fest gestellt wurden, aber aus Zeit- und Platzgründen nicht mehr gebracht werden konnten. Dazu gehören die Fragen, die unser in der Heimatforschung so engagierte Landsmann **Alfred Warschat** aus Köln stellt. Seine Eltern wurden in den Kirchspielen Norkitten und Jodlauken/Schwalbental geboren. In Heimatbüchern will er dokumentieren, wie früher die Dörfer dieser beiden Kirchspiele aussahen und wer die Bewohner waren. Dafür sucht er Kopien von Urkunden, anderen Dokumenten und alten Fotos. Herr Warschat ist bereits auf sehr gutem Wege, da er seit 15 Jahren Ratsmitglied bei der Kreisgemeinschaft Insterburg ist und große Unterstützung von der „Erlebnisgeneration“ erhielt. Inzwischen korrespondiert er mit den Kindern und Enkeln, die an seiner Heimatarbeit viel stärker interessiert sind, als manche Landsleute glauben wollen. Was ich ja nur bestätigen kann. Deshalb habe ich mich besonders über seine Feststellung gefreut. Der Heimatforscher ist heute in der Lage, von jedem der in den beiden Kirchspielen gelegenen Dörfer eine eigene Chronik zu erstellen. Aktuell sucht er nach den letzten Spuren bisher verschollener Familien, und aus diesem Grund wendet er sich an uns. Hier sind seine Fragen:

„Aus dem Geburtsort meines Vaters Kamputschen/Kampeneck im Kirchspiel Jodlauken/Schwalbental suche ich nach einer Familie **Hil(l)ger**, die nach der Krieg auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelebt haben soll. Der Vater war Stellmacher/Tischler, seine Frau war eine geborene **Motzkus**. Das Ehepaar hatte sieben Kinder: **Alfred**, **Herbert**, **Wolfgang**, **Waltraud** und drei weitere Töchter, Vornamen leider unbekannt. Diese Familie scheint wie vom Erdboden verschwunden zu sein. Welche Leserinnen oder Leser haben da für meine Recherchen eine heiße Spur? Zur Rekonstruktion der im Januar 1945 verlorengegangenen Staatsarchive von Norkitten und Jodlauken suche ich Kopien von Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden. Sehr viele Landsleute haben ihre Dokumente auf der Flucht verloren, dennoch habe ich inzwischen ein paar hundert Urkunden erhalten. Aber auch früher waren die jungen Leute mobil. So hoffe ich, auf diesem Wege Landsleute aufzuspüren, die nach ihrer Geburt oder Eheschließung die Kirchspiele Norkitten oder Jodlauken verlassen haben. Bitte unterstützen Sie mein Wirken gegen das Vergessen“.

Das schreibt ein Mann, dessen Geburtsurkunde nicht in einem der Kirchspiele ausgestellt wurde, sondern im Oktober 1945 in einem dänischen Flüchtlingslager! (Alfred Warschat, Bürgershof 1 in 50769 Köln, Telefon 0221/7002670, E-Mail: alfredwarschat@freenet.de)

Wir hätten gedacht, die nächste Frage könnten wir selber beantworten – leider Fehlanzeige. Es geht um das Gut Radnicken [Rodniki] im Samland, 20 Kilometer nordöstlich von Königsberg gelegen. Es ist beziehungsweise war der Geburts- und Wohnort des Vaters des Fragestellers und wird in den Urkunden als Vorwerk bezeichnet. In Langes „Geographischem Ortsverzeichnis Ostpreußen“ wird Radnicken als Gut verzeichnet, das zur Gemeinde Eisliethen, Kirchspiel Pobethen gehört. Bei Google Maps wird Radnicken als Schloss bezeichnet. Der Name taucht noch einmal im Register als „Königl. Radnicken“ auf, wird dort aber als „kleiner Hof“ bezeichnet. Die Sache scheint noch verwirrender, wenn man im „Niekammer“, dem Landwirtschaftlichen Güter-Adressbuch der Provinz Ostpreußen, vergeblich nach einem Gut Radnicken sucht. Noch 1914 wird anlässlich der Gründung des Ostpreußischen Stutbuches für schwere Arbeitspferde als einer der Mitgründer **Hartmann-Radnicken** genannt. Des Rätsels Lösung: 1930 wurde das Gut aufgesiedelt, der 230 Hektar große Besitz in 40 Siedlungen aufgeteilt. So viel konnten wir herausbekommen, aber es bleiben noch einige Fragen offen. Die können wohl nur von Landsleuten aus dem Kirchspiel Pobethen beantwortet werden, vor allem von ehemaligen Bewohnern der Siedlung. Da wir für den Fragesteller ein volles Antwortpaket schnüren wollen, bitte eventuelle Antworten an die Ostpreußische Familie richten.

Unsere ostpreußischen Ortsnamen machen uns die Suche nicht immer leicht, im Gegenteil, sie legen uns da manchmal ganz schöne Stolpersteine in den Weg. Oder wir finden gar nicht mehr weiter, wie im Falle einer kurzen Anfrage, die sich auf eine Ortschaft namens „Blume“ bezieht. Die blüht jedenfalls nicht in unseren Ortsregistern, höchstens im Plural, denn „Blumen“ war ein Vorwerk im Kreis Mohrungen. Weitere blumenreiche Ortsnamen wie Blumenau, Blumenberg, Blumental gibt es gleich mehrfach, aber sie dürften nicht in Frage kommen. Es ist anzunehmen, dass der gesuchte Ort, den der Anfragende von einem Suchdienst erhielt, gar nicht in Ostpreußen liegt, wie sein Vater immer behauptet hat. Ehe wir nun in Einzelheiten zu der mit diesem Ort verbundenen Personensuche gehen, fragen wir erst mal kurz und knapp: Wer weiß, wo ein Ort „Blume“ liegt oder jedenfalls vor dem Ersten Weltkrieg lag?



Noch als Gutshaus erkennbar: Vorwerk Damnitzhof — Bild: Dauskardt

Und nun eine Geschichte, die keine Suchfrage enthält, sondern das Ergebnis einer Suche. Und in der auch wieder etliche Stolpersteine liegen – könnten, aber da verlasse ich mich lieber auf den Informanten, und das ist wieder unser Freund **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt, der ja auf jeder seiner Ostpreußenreisen irgendwie fündig wird. Diesmal geht es um ein altes Gutshaus und um Pläne, es wieder zum Leben zu erwecken und mit Leben zu erfüllen. Auf seinen vielen Reisen nach Nordostpreußen in den letzten Jahren war es immer sein Wunsch gewesen, einmal ein Gutshaus aus alten Zeiten aufzusuchen, es war ihm aber nie vergönnt, ein Herrenhaus zu finden, das noch als solches erkennbar und begehbar war. Doch diesmal wurde er fündig, und zwar auf recht eigenartige Weise. Es begann auf der Hinfahrt seiner letzten Ostpreußenreise Ende Juli 2013. Sein Sitznachbar im Bus war Herr **Albrecht Dyck** – auch dieser Name wird unseren Leserinnen und Lesern als Chronist von Schillen vertraut sein –, und da hatten sich die Richtigen gefunden. Die Gespräche waren so intensiv, dass man im Bus hellhörig wurde. Und nun lassen wir Herrn Dauskardt selber erzählen:

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede — Bild: Pawlik

„Hinter uns saß ein baumlanger Mann, und sein Kopf schob sich immer weiter in unsere Richtung, unsere Gespräche schienen ihn zu interessieren. Beim Standquartier in Tilsit kamen wir uns näher, und wir stellten fest: die „Chemie“ stimmte. Er hieß **Rudy Müller**, geboren in Brasilien, ein weit gereister Manager, der jetzt mit seiner Familie in Deutschland lebte. Er erzählte mir von seinen ostpreußischen Ahnen und dass sein Großvater mütterlicherseits einmal Amtsvorsteher in Tilsenau-Jonienen war, wo er 1891 geboren wurde, später nach Brasilien auswanderte, wo er 1944 verstarb. Sein Hauptinteresse auf dieser Reise bezog sich auf ein Gut, von dem in der Familie immer gesprochen wurde. Es sollte südlich von Ragnit liegen, in unmittelbarer Nähe von Tilsenau. Wir verfügten über gute deutsch-russische Karten. Die Sache reizte mich.

Eines Morgens ging es per Taxi mit russischem Fahrer los. Nach der Karte entdeckten wir in Großfelde/Gudgallen ein noch relativ gut erhaltenes Gutshaus. Was wir da noch nicht wussten: Wir hatten das Vorwerk Damnitzhof gefunden. Das ergaben spätere Recherchen in Deutschland. Großfelde war durch die Kriegsereignisse vom Erdboden verschwunden. Das Haus ist zur Hälfte bewohnt, die dort lebenden Russen empfingen uns freundlich, aber auch mit Neugierde. So hatte ich mir immer ein ostpreußisches Gutshaus vorgestellt: Dacheindeckung mit roten Ziegeln, eine schwere Eichentür führt ins Haus. Die Treppe zum Haus ist beiderseits mit einem gusseisernen Geländer versehen, natürlich stark verrostet. Man hatte den Eindruck, dass hier jemand vor der Flucht abgeschlossen hatte – und seitdem alles ruhte. Die Russen scheinen sich nicht um den leer stehenden Teil des Hauses zu kümmern. Mein neuer Freund Rudy schmiedete gleich Pläne, er muss über seine Vorfahren zu diesem Gut eine Verbindung haben. Offensichtlich will er sich dort einen weiteren Wohnsitz schaffen, die Russen sollen in einer Hälfte des Hauses verbleiben. Ich sehe das alles recht nüchtern. Wer in Nordostpreußen etwas auf die Beine stellen will, kann böse Überraschungen erleben, es gibt da genug Beispiele. Jedenfalls stellen wir fest: Wir haben das Vorwerk Damnitzhof gefunden, ehemals Remonte-Amtsvorwerk, zuletzt zum Remonteamt Neuhof-Ragnit gehörend. In diesem Jahr werden Rudy und ich uns alles genauer ansehen. Pläne darf man schmieden, an Wunder glauben.“

Das werden sie auch müssen, die emsigen Spurensucher in Ostpreußen, von denen wir mit Sicherheit weiter hören werden. Und wir danken für diese schöne Geschichte, die so recht zum Jahresbeginn passt.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Sensationeller Fund – einmalige Dokumentation

Die Chronik der Schule von Nidden ist jetzt als Buch erschienen

Nun ist sie da, die Schulchronik von Nidden, über die wir in mehreren Folgen berichtet haben, und präsentiert sich als „sensationeller Fund“. So bezeichnet der Autor unseres Extra-Beitrages, **Dietmar Willoweit**, das Buch und erläutert unseren Lesern und Leserinnen den Seltenheitswert dieser Chronik, damit sie sich ein umfassendes Bild über diese Entdeckung machen können, deren historischer Wert schon allein wegen ihrer Authentizität nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Der Aufmerksamkeit des litauischen Wirtschaftsexperten **Gitanas Nauseda** verdanken wir die Auffindung und den Erwerb dieser einzigartigen Handschrift. Was sich in Nidden ereignete, brachten die Lehrer zu Papier: von 1923 bis 1936 **Henry Fuchs**, danach bis 1941 **Richard Schwellnus** und zuletzt bis 1944 **Ilse Wilkening** und **Susanne Jenssen**, die nach dem Krieg auch Erinnerungen zufügte, kurz beteiligt war **Erna Bredull**. Die sorgfältige Transskription der Texte übernahm „die gute Seele des Projekts“, **Vilija Gerulaitiene** vom Litauischen Institut für Geschichte, und hat sie, soweit notwendig, auch erläutert. Während der Arbeiten an diesem Buch tauchte eine weitere, ältere Chronik über den Zeitraum von 1894 bis 1923 auf, verfasst wohl von dem ebenfalls in Nidden tätigen Lehrer **Gottlied Simmat**. Auch besondere Vorkommnisse aus älterer Zeit haben diese Geschichtsschreiber festgehalten. Die Memeler Historikerin **Nijole Strakauskaite** porträtiert Henry Fuchs in einer soliden Einführung, die nicht nur sein Leben, sondern auch die litauische Schulpolitik schildert. Sie erleichtert damit erheblich das Verständnis vieler Details der Chronik. Entstanden ist so in Wilna (Vilnius) ein schönes, durchweg deutschsprachiges Buch mit zahlreichen Bildern und faksimilierten Zeugnissen vergangener Zeiten, zum Beispiel mit dem ältesten Stundenplan von 1854, mit amtlichen Dokumenten, Nachdrucken des Memeler Notgelds von 1923 und vielen die Nehrung betreffenden Beiträgen des „Memeler Dampfbootes“ jener Jahre, die Themen der Kurischen Nehrung behandelten und von den Chronisten ausgeschnitten und in ihr Werk eingeklebt wurden.

Ein spannendes Buch, das die Atmosphäre jener Jahre hautnah vermittelt. Nicht nur die Schule kommt darin vor – mit ihrem Lehrpersonal und den Schülerzahlen, mit den Schulausflügen und Elternabenden samt deren Programm –, auch das Gemeindeleben in guten und bösen Tagen hat die Chronik festgehalten. Die überwiegend durch den harten Broterwerb der Fischerei in Anspruch genommenen Niddener verzichteten nicht auf vielerlei kulturelle Aktivitäten, angeregt durch ihre Pfarrer und Lehrer. Die General-Kirchen- und Schulvisitation von 1911 hatte den Charakter eines Dorffestes. 1924 entsteht ein Sportverein, 1925 ein Trachtenverein, Chöre und Vortrags-, Lese- und Musikabende führen die Menschen zusammen. 1928 wird der Grundstein für das Nehrungsmuseum gesetzt und die Jugendherberge eröffnet. Oft fällt der Name des stets hilfsbereiten Malers **Ernst Mollenhauer**. Längst haben Sommergäste, Segler und Segelflieger die Idylle der Nehrung entdeckt. 1927 veranstalten erstmals auch die Fischer mit eigenen Kähnen eine Regatta, doch Unglücksfälle auf See und Haff mit tödlichem Ausgang sind gar nicht so selten, wenn sich auch eine rätselhafte Katastrophe wie die von 1881 mit elf Todesopfern nicht wiederholte. Über Stürme, Brände und Krankheiten hat die Chronik Buch geführt.

Von den viel größeren Gefahren der Politik ahnten die Bewohner des abgelegenen Naturparadieses noch nichts. Im Kaiserreich feierten sie patriotische Feste wie den Sedanstag und den Kaisergeburtstag. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges beflügelte zu einer Jagd auf „Spione“, die sich als harmlose preußische Untertanen entpuppten. Mit dem Ernst des Krieges aber machte das Fischerdorf im März 1915 Bekanntschaft. Weit über 1000 Menschen, die von den Russen geflüchtet waren, mussten versorgt werden. Als der Krieg anders als gedacht endete, wählten die Niddener „größtenteils sozialdemokratisch zu der Nationalversammlung“. Das war im Januar 1919 und vor dem Vertrag von Versailles. Wie man 1923 auf die Annexion des Memelgebietes durch Litauen reagierte, wissen wir nicht. Die beiden Blätter, auf denen darüber wohl etwas zu lesen wäre, sind aus der Originalhandschrift herausgeschnitten, vielleicht von Fuchs selbst. Denn er erhielt 1934 Besuch von der litauischen Staatsschutzpolizei, die viele Schriften – mit nur geringen nationalsozialistischen Spuren – beschlagnahmte. 1935 kam Fuchs in Haft, sein Prozess ist in der Chronik ausführlich dokumentiert, er endete mit einer mäßigen Strafe. Hintergrund dieses Konfliktes war die Zuständigkeit des memelländischen Landesdirektoriums für das Schulwesen einerseits und der Versuch der litauischen Regierung, Einfluss gerade in den Schulen zu gewinnen, andererseits. Nationale Emotionen trafen aufeinander, die von den Regierungen in Kaunas und Berlin befeuert, nicht abgekühlt wurden.

Seitdem nicht mehr Monarchen herrschen, sondern die Nationen sich selbst regieren, kann das Volk nicht damit einverstanden sein, ungefragt einer fremden Regierung unterstellt zu werden. In dieser Lage befanden sich seit 1919 die Memelländer. Daher kann die im Memelland aufkeimende Hoffnung, Adolf Hitlers Politik werde den Frieden von Versailles korrigieren, kaum überraschen. Sie machte nicht nur blind für die im Deutschen Reich zunehmende Unterdrückung Andersdenkender und der Juden, mit denen man in Memel doch seit Langem gut nachbarlich zusammenlebte. Die Kraftmeierei der Nazis beeindruckte. Als die litauische Regierung am 1. November 1938 den belastenden Kriegszustand aufhob, kannte der Jubel auch in Nidden keine Grenzen. Den lauten Dank an den „Führer“ verstand der Lehrer Schwellnus als „Ruf nach endgültiger Freiheit“. Die Chronik dokumentiert nun in Wort und Bild den Wandels des Lebens unter dem Nationalsozialismus. Die ausführlich beschriebene Schulentlassung 1944 gerät zu einer quasi-religiösen Bekenntnisfeier mit der Ansprache einer Lehrerin über ein „Führerwort“, in dem nur von Opfern und Härte die Rede ist. Wenige Monate später lernen die Kinder die Realität kennen, als ein deutsches Minensuchboot von russischen Flugzeugen versenkt wird und nicht alle Besatzungsmitglieder gerettet werden können. Ende Juli 1944 sehen die Niddener vielen Dampfern zu, mit denen die Memeler evakuiert werden. Die Schule muss vom 27. September bis 10. Oktober 1944 wegen Scharlach geschlossen werden. In diesen Tagen wurde die Kurische Nehrung zur Frontlinie. Die Chronik verstummte.

Dietmar Willoweit/Prussia

„Chronik der Schule von Nidden“, 350 Seiten, gebunden, 59,90 Euro, alleiniger Bezug in der Bundesrepublik Deutschland über die Buchhandlung von Hirschheydt, Am Langen Felde 5–7, 30900 Wedemark-Mellendorf.

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Haekel, Richard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Schulz, Helmut, aus Lyck, Bismarkstraße, am 8. Januar
Thiede-Klaiber, Gabriele, geb. **Tetzlaff**, aus Lötzen, am 2. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Neumann, Helene, aus Ortelsburg, am 30. Dezember
Trojan, Lieselotte, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 5. Januar
Warda, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Christoph, Gertrud, geb. **Szabang**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Herrmann, Elisabeth, geb. **Blasko**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 4. Januar
Kasparek, Ottilie Eva, geb. **Kosik**, verwitwete **Kosik**, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, und aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar
Trautmann, Marta, geb. **Kerwel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czapla, Elisabeth, geb. **Mengert**, aus Treuburg, am 6. Januar
Granholm, Adolf, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 10. Januar
Kronert, Hilde, geb. **Dziebal**, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Skubich, Erna, geb. **Zwirkowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Binder, Gertrud, geb. **Wrobel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Januar
Brummack, Helene, geb. **Abroszat**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 1. Januar
Fabian, Emil, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 5. Januar
Lau, Martha, geb. **Engelke**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Rother, Frieda, geb. **Konstanty**, verwitwete **Schmidt**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 7. Januar
Schmidt, Elli, geb. **Luick**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 4. Januar
Tuchlinski, Erna, geb. **Schulenburg**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

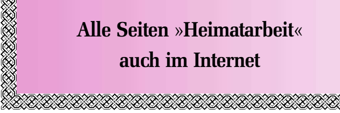
Bauer, Gertrud, geb. **Kupiczenski**, aus Lyck, von Mackensen-Straße, am 7. Januar
Bendig, Herta, geb. **Struwe**, aus Tapiau, Ludendorff-Damm 4, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Böger, Gerda, geb. **Eglinski**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Esrom, Erna, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Januar
Fiedler, Brigitte, geb. **Fiedler**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 4. Januar
Hages, Luise, geb. **Klimmek**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 8. Januar
Knorr, Kurt, aus Sanditten, Polehnen Vorwerk, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Linkel, Martha, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. Januar
Macht, Felicitas, geb. **Sakowski**, aus Germau, Kreis Samland, am 10. Januar
Machlowitz, Horst, aus Neidenburg, am 5. Januar
Mattis, Jakob, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Schenkewitz, Lotte, geb. **Kowalewski**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 10. Januar
Szesny, Gertrud, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 7. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borowy, Gertrud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 6. Januar
Dombrowski, Heinz, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. Januar
Eckstein, Hildegard, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Eggert, Anna, geb. **Galla**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Krautscheid, Herta, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. Januar
Marczinski, Arno, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 29. Dezember
Markert, Irmgard, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 5. Januar
Masuch, Käthe, geb. **Lomoth**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Matzkeit, Gerda, aus Plabuden, Kreis Gerdauen, am 6. Januar
Naguschewski, Willi, aus Ortelsburg, am 1. Januar
Plath, Anni, geb. **König**, aus Moterau, Moterau Dorf, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Rogowski, Erna, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Rudat, Ursula, geb. **Gillo**, aus Widminnen, am 5. Januar
Thierbächer, Heinz, aus Mohrungen, am 5. Januar
Wiegmann, Hildegard, geb. **Szesny**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 4. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dürr, Christel, geb. **Heinrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Geyer, Paul, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Januar
Hedrich, Margarete, geb. **Lutz**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 4. Januar
Heibutzki, Otto, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 4. Januar
Heinemann, Ruth, geb. **Sütterlin**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. Januar
Höppner, Ilse, geb. **Tobleck**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Kuehl, Elsbeth, geb. **Biallas**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 4. Januar
Kugge, Gertrud, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Januar
Kunze, Arnold, aus Tapiau, Neustraße 14, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Laszig, Hedwig, geb. **Diehl**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 3. Januar
Mühlfellner, Edith, geb. **Broszeit**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 4. Januar
Neumann, Heinz, aus Angerwiese, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Januar
Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar
Schulz, Hildegard, geb. **Knizia**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar
Strycker, Hildegard, geb. **Mertinkat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Januar



ZUM 90. GEBURTSTAG

Breitbarth, Eva, geb. **Jung**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Januar
Bublis, Olga, geb. **Haberkorn**, aus Schretersdorf, Kreis Schretersburg, am 18. Dezember
Gerhardi, Traute, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar
Graubner, Edith, geb. **Ewerlin**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Januar
Grützmacher, Fritz, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 6. Januar
Heider, Hildegard, geb. **Boßmann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 7. Januar
Hochwald, Heinz, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Januar
Kurth, Gertrude, geb. **Göhlke**, aus Petersdorf, Petersdorf Süd, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Schmidt, Gertrud, geb. **Knorr**, aus Sanditten, Pelihnen Dorf, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Schneider, Johanna, geb. **Ullrich**, aus Wehlau, Kirchenstraße 35, am 6. Januar
Westerling, Anneliese, geb. **Koslat**, aus Treuburg, am 4. Januar
Vanderstoep, Margarete, geb. **Kubillun**, aus Ebenrode, am 6. Januar
Zekorn, Edeltraut, geb. **Matthews**, aus Treuburg, am 9. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

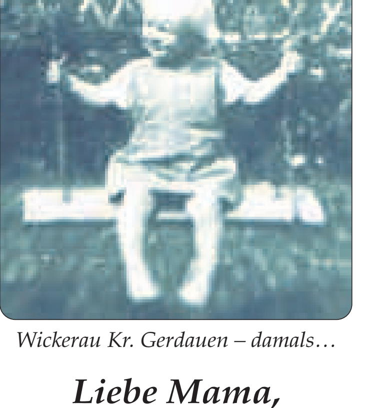
Bächle, Else, geb. **Jüngst**, aus Lehmenen, Kreis Ortelsburg, am 5. Januar
Bartholdt, Ruth, geb. **Wonitzki**, aus Ortelsburg, am 9. Januar
Buhrtz, Christel, geb. **Bahl**, aus Wissowatten, Kreis Lötzen, am 4. Januar
Christiansen, Kunigunde, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Januar
Conrad, Wolfram, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 6. Januar
Czycholl, Friedrich, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Januar
Fleischer, Ingeborg, geb. **Marr**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Gedig, Elisabeth, geb. **Druglat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Januar
Gruler, Hildegard, geb. **Balzereit**, aus Gauleden, Linkehnen Gut, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Hüttmann, Christel, geb. **Malso**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 9. Januar
Junker, Waltraud, geb. **Lendzian**, Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember
Kossak, Paul, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Kukielka, Friedrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Kulessa, Paul, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. Januar
Lieder, Günter, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Malkus, Siegfried-Gerhard, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar
Merzenich, Gretel, geb. **Merzenich**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Mosel, Ernst, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 2. Januar
Petersen, Irmgard, geb. **Joswig**, aus Lyck, am 7. Januar
Piasta, Eva, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. Januar
Pock, Rith, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar
Podszuweit, Anneliese, geb. **Kindler**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Redner, Siegfried, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 8. Januar
Sitzki, Artur, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 8. Januar
Stiegele, Inge, geb. **Sack**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Stiller, Gerhard, aus Ortelsburg, am 8. Januar
Wascheszio, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Januar
Witt, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Wolff, Edith, geb. **Patommel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Januar
Wüstholz, Christel, geb. **Balzereit**, aus Gauleden, Linkehnen Gut, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Zobel, Horst, aus Pilgramsaue, Kreis Neidenburg, am 9. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adaszewski, Elfriede, geb. **Wierczoch**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 10. Januar
Burchard, Theodor, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 6. Januar
Claaßen, Käthe, geb. **Klein**, aus Wickerau, Kreis Gerdauen, am 1. Januar
Faesel, Ruth, geb. **Dombrowski**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. Januar
Fellbrich, Rozalia, geb. **Nagi**, aus Goldbach, Garbeningken, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Gnass, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Januar

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Anzeigen


Wickerau Kr. Gerdauen – damals…

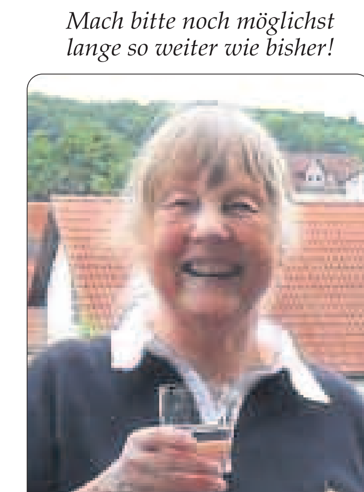
Welche Freude, wenn es heißt: Käthe, Du bist alt an Jahren, blühend aber ist Dein Geist! (frei nach G. E. Lessing)

Mach bitte noch möglichst lange so weiter wie bisher!

Liebe Mama, liebe Oma Käthe,

wenn eine Ostpreußin 80 wird, dann ist das ein Grund zum Gratulieren!

Herzlichen Glückwunsch also von ***Karl, Rainer, Jutta und Dietrich sowie von Deinen Enkelinnen Svenja, Hanna und Lisa!***


…Wülfershausen a. d. Saale – heute!

Unser zweites Kind ist da!

Über die Geburt von

Levi Philipp Tadeo

am 12. Dezember 2013 in Berlin freuen sich dankbar

Konrad Badenheuer, Regina Vetters und *Noah.*

Meine liebe Mama
Frieda Fauser
geb. Klatt
aus Moritten/Kreis Labiau
feierte am
29. Dezember 2013
ihren 91. Geburtstag.
Es gratuliert dir
von Herzen
Deine Tochter
Karola

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

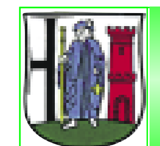
Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 4. Januar, 13.15 Uhr, 3sat: **Das Memelland.** Doku, D 2008.
SONNABEND, 4. Januar, 13.30 Uhr, Arte: Frauen, die Geschichte machten: Königin Luise, Sophie Scholl. Doku, D 2013.
SONNABEND, 4. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Geheimbünde. Die Doku ergründet Geheimbünde und ihre Verschwörungstheorien.
SONNTAG, 5. Januar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 5. Januar, 12.40 Uhr, MDR: Deutschlands wilde Wölfe.
SONNTAG, 5. Januar, 20.10 Uhr, N24: Apokalypse Stalingrad. RUS 2003.
SONNTAG, 5. Januar, 22 Uhr, RBB: Der Untergang der Pamir. TV-Katastrophendrama, D 2006.
MONTAG, 6. Januar, 13.45 Uhr, Phoenix: Die Havel.
MONTAG, 6. Januar, 20.10 Uhr, N-TV: Scientology. Die Jagd auf Aussteiger.
MONTAG, 6. Januar, 20.10 Uhr, N24: Der Untergang der Bismarck.
DIENSTAG, 7. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Loriots Pappa ante Portas.
DIENSTAG, 7. Januar, 20.15 Uhr, BR: Die Flucht. TV-Historiendrama, D 2007.
DIENSTAG, 7. Januar, 23 Uhr, RBB: Im Schatten des Gulag. Als Deutsche unter Stalin geboren.
DIENSTAG, 7. Januar, 23.30 Uhr, BR: Die Flucht der Frauen. Doku, D 2007.
MITTWOCH, 8. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kampf gegen das Inferno. „Waldbrände, die Geißel der Zukunft?“ Doku.
MITTWOCH, 8. Januar, 20.45 Uhr, MDR: Dreiste Diebe. Mehr Einbrüche, weniger Aufklärung. Doku, D 2014.
DONNERSTAG, 9. Januar, 19.20 Uhr, 3sat: Funktionsstörung. Reportage des Chaos Computer Clubs darüber, wie Datensammelwut, Überwachung und Ökonomisierung die Gesellschaft verändern.
DONNERSTAG, 9. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Macht der Zuschauer. Quotenmessung im TV. Doku.
FREITAG, 10. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Versichert und verschaukelt. Die oft folgenschweren Praktiken der Versicherungskonzerne. Reportage.
FREITAG, 10. Januar, 23.15 Uhr, WDR: Winter 42/43 – Kriegswende. Doku, D 2012.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

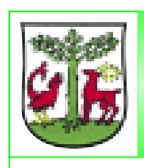


ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@ t-online.de

Weihnachtsbrief ist ausgeliefert

Die Weihnachtsausgabe des Allensteiner Heimatbriefes ist zur Freude der ehemaligen Bewohner und jetzigen Freunde Allensteins rechtzeitig zu Beginn der Adventszeit in ihren Besitz gekommen. Weihnachten steht natürlich im Vordergrund, wie schon auf den verschneiten Kirchenbildern von St. Jakobi und der evangelischen Pfarrkirche auf den Umschlagseiten zu sehen ist. Weihnachtsgedichte von Hermann Hesse, Konstantin Wecker und Peter Rosegger unterstreichen dies ebenso wie weihnachtliche Erzählungen von Siegfried Lenz „Risiko für Weihnachtsmänner“ und Arno Surminski „Die Schöne im Walde“. Weit zurück in der Geschichte Ostpreußens gehen die Artikel über „Das Volk der Prusai“ von Egon Perkuhn. „Die Aufteilung der Pruzzenländer“ in der Übersetzung von Bruno Mischke und die „Politische Geschichte des Fürstbistums Ermland“ von H. Schmauch, während „Die letzten Tage in Allenstein“ von Horst-Günter Brinkmann und „Die erste Nachkriegs-Weihnacht“ von Siegfried F. Wiechert schon eigene Erlebnisse widerspiegeln. Ganz aktuell sind dagegen „Die Eindrücke einer Fahrt durch Ostpreußen“ von Peter Conrad und der Bericht des Kreisvertreters Gottfried Hufenbach über das letzte Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen Mitte September 2013. Ergänzt wird dieser Bericht durch einen reichhaltigen, 13 Seiten umfassenden Bilderteil, gestaltet von G. Gerwald, Bärbel Hufenbach und Bruno Poschmann. Das nächste Jahrestreffen kann aus organisatorischen Gründen leider erst später vom 10. bis 12. Oktober 2014 in Gelsenkirchen stattfinden. Das ist zwar ungewohnt, sollte aber die Freude und das Interesse an diesem jährlichen Heimattreffen der Allensteiner nicht mindern.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Tafeln am Wormditter Rathaus restauriert



Gedachten gemeinsam der Gefallenen des Ersten Weltkriegs: Wormditter und Mitglieder der deutschen Minderheit

Bild: Michael Preuschoff

Die Tafeln am Wormditter Rathaus mit den Namen ihrer im Ersten Weltkrieg gefallenen Einwohner sind dank der Zusammenarbeit der Stadtverwaltung und der Kreisgemeinschaft Braunsberg wieder lesbar. Nach Jahren des Vergessens und der Geringschätzung kann man an den zwei Gedenktafeln zu beiden Seiten des Eingangs des Wormditter Rathauses wieder die Namen der 200 im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten aus Wormditt lesen. In einer kleinen Feier wurden die Tafeln von Ireneusz Popiel, dem Bürgermeister von Wormditt, und Manfred Ruhnau, dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Braunsberg, der Öffentlichkeit übergeben. Die gut zwanzig Anwesenden sprachen ein Gebet für die Gefallenen und Weihbischof Jacek Jezierski aus Allenstein segnete sie. Sowohl die Stadt Wormditt wie auch die Kreisgemeinschaft schmückten die Tafeln an den immer noch vorhandenen Haken mit Blumengebinden.

Die Tafeln waren seit vielen Jahren so gut wie unlesbar. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie bei einer Renovierung des Rathauses unbeholfen mit Mörtel zugeschmiert. Mit der Zeit bröckelte der ab, doch nicht so weit, dass man wieder alles lesen konnte.

Jedenfalls sah alles ziemlich hässlich und ungepflegt aus. Touristen, vor allem aus dem Westen, versuchten die Namen der Gefallenen zu entziffern, und als das nicht ging, kommentierten sie das unterschiedlich. „Das war uns peinlich“,

Kreisgemeinschaft übernahm einen Teil der Kosten

sagte Erwin Keller, ein Einwohner von Wormditt, der zwischen der Kreisgemeinschaft und der Stadtverwaltung vermittelte.

Nach der Einweihung der Tafeln lud der Bürgermeister die Anwesenden, unter anderem die Vorstand der Kreisgemeinschaft Braunsberg und Mitglieder der deutschen Minderheit, zu Kaffee und Kuchen in den Ratssaal ein. Dabei erzählten der Bürgermeister und der Kreisvertreter, wie es zu der Erneuerung kam.

Vor etwa zwei Jahren, so Kreisvertreter Ruhnau in seiner kurzen Ansprache, habe ihn der katholische Seelsorger der deutschen Minderheit Domherr André Schmeier angesprochen, ob sich nicht die Kreisgemeinschaft der Erneuerung dieser Tafeln annehmen könnte. Domherr Schmeier hat eine besondere Beziehung zu den Wormditter Gedenktafeln, weil auf einer von ihnen ein Adolf Schmeier eingraviert ist. Seine Familie stammt aus dem zehn Kilometer entfernten Heinrikau, und so vermutet Domherr Schmeier, dass dies jemand aus seiner Familie ist.

Zu einem ersten Treffen von Bürgermeister Popiel und Manfred Ruhnau kam es 2011. Der Bürgermeister erklärte sich ohne Zögern mit der Erneuerung der Tafeln einverstanden. Und der Vorstand der Kreisgemeinschaft genehmigte einen Anteil der Kreisgemeinschaft für die Restaurierung aus den Spenden der Kreisangehörigen. Mit einer größeren Summe habe sich auch die in Wormditt geborene Hedwig Schuster engagiert. Der Bürgermeister erzählte dann, dass es vor etwa 15 Jahren im Stadtrat schon einmal Überlegungen gab, die Tafel zu erneuern, doch seien die im Sande verlaufen. Umso erfreuter sei man gewesen, dass jetzt die Kreisgemeinschaft Braunsberg auf sie zugekommen sei. Der Stadtrat hätte ihn einstimmig unterstützt, und es sei im Haushalt der Stadt Geld für die Restaurierung bereitgestellt worden. Auch sonst habe es in Wormditt keine kritischen Stimmen gegeben.

Natürlich lief alles über das Amt für Denkmalpflege bei der Wojewodschaft, die schließlich nur die Restaurierung, jedoch keine komplette Erneuerung genehmigte. Dazu wurde eine umfangreiche Dokumentation angefertigt, die Kosten dafür habe schon einmal die Stadt voll übernommen. Dann kamen wie in solchen Projekten üblich die öffentliche Ausschreibung und eben die Arbeiten. Das alles nahm volle zwei Jahre in Anspruch und kostete 20000 Zloty. Die Kreisgemeinschaft unterstützte die Stadt mit einer Summe von 2000 Euro, also knapp die Hälfte, so der Bürgermeister. Er betonte auch, dass der jetzigen Verwaltung daran gelegen sei, die vollständige und wahre Geschichte der Stadt vorzustellen, und dass denen, die sie einst erbauten, von den heutigen Wormdittern Achtung gebühre.

Weihbischof Jezierski kam dann darauf, dass es vor dem Ersten Weltkrieg ja kein Polen gab und dass es also bei dem Krieg zwischen Russland und Preußen auf beiden Seiten polnische Soldaten gab.

Die Erneuerung der Gedenktafeln am Rathaus wurde von der Stadtverwaltung in den offiziellen Kalender der Feierlichkeiten zum 700. Jahrestag der Entstehung von Wormditt [Orneta] eingetragen, der eben ins Jahr 2013 fiel.

Lech Kryszalowicz
Michael Preuschoff

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Grabosch, Marta, geb. **Funk**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Januar

Hildebrandt, Carolina, geb. **Schneider**, aus Goldbach, Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 10. Januar

Jablonowski, Kurt, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

Jelowik, Horst, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Januar

Kostropitsch, Waltraut, geb. **Czapla**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 10. Januar

Kranz, Edith, geb. **Jankowski**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 6. Januar

Lompa, Else, geb. **Bruschkat**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

Meyhak, Hedwig, geb. **Leitzbach**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 5. Januar

Meyhöfer, Harry, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 9. Januar

Nowozin-Knöllinger, Irmgard, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember

Olk, Lore, geb. **Dietrich**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 1. Januar

Piotrowski, Alice, geb. **Kayka**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 4. Januar

Quassowsky, Georg, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 8. Januar

Radkowski, Edith, geb. **Zander**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 10. Januar

Rosenau, Helga, geb. **Schwirrat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Januar

Rothe, Dr. Wolfgang, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 7. Januar

Riemke, Herbert, aus Bartenstein, am 4. Januar

Schlicht, Bruno, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 9. Januar

Schulze, Hannelore, geb. **Gramstat**, aus Ebenrode, am 2. Januar

Sell, Anneliese, geb. **Sczepannek**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

Stern, Irmgard, geb. **Schirmacher**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Januar

Strübing, Günter, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 8. Januar

Szengel, Dr. Günter, aus Aßlacken, Klein Aßlacken, Kreis Wehlau, am 7. Januar

Szubries, Wilfried, aus Lyck, am 8. Januar

Thiede, Hans-Günther, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 9. Januar

Türmer, Manfred, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 6. Januar

Wavschiniak, Marianne, geb. **Borm**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 5. Januar

Wesenberg, Edith, geb. **Guzewski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Januar

Widmann, Christel, geb. **Kalf**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 5. Januar

Zielenski, Hildegard, geb. **Nuwel**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 28. Dezember

Zimek, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 1. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andreas, Edeltraut aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 4. Januar

Breitenfeld, Helga, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, am 6. Januar

Buchholz, Winfried, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Bunscheit, Günter, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 6. Januar

Erdmann, Gerda, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar

Freyer, Inge, geb. **Masuch**, aus Lyckau, Kreis Ortelsburg, am 28. Dezember

Goetz, Martin, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 4. Januar

Graßmann, Erhard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. Januar

Hensel, Helene, geb. **Engelhardt**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 7. Januar

Klapper, Edith, geb. **Grabosch**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 2. Januar

Preuschat, Heinrich, aus Wiesendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar

Kretschmann, Märy, geb. **Dithmer**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 5. Januar

Kuhnert, Prof. Dr. Reinhard, aus Wehlau, Parkstraße 33, am 6. Januar

Masanek, Renate, geb. **Kapteina**, aus Ortelsburg, am 5. Januar

Matten, Elfriede, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. Januar

Okken, Christel, geb. **Schröder**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Januar

Pasternak, Jürgen, aus Königshöhe, und Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 5. Januar

Pasztva, Brigitte, geb. **Plikat**, aus Tapiau, Schluchtenweg 33, Kreis Wehlau, am 9. Januar

Pletzer, Ursula, geb. **Wolff**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 4. Januar

Pohlers, Gerda, geb. **Schikschneit**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 6. Januar

Rehagel, Dietmar, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 5. Januar

Reuter, Eva, geb. **Arndt**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 4. Januar

Reuter, Dieter, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 8. Januar

Rohner, Ursula, geb. **Pannke**, aus Mildenheim, Kreis Ebenrode, am 2. Januar

Schiener, Irmgard, geb. **von Einsiedel**, aus Wehlau, Hammerweg 3, am 9. Januar

Seelbach, Marianne, geb. **Licht**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 10. Januar

Sinnhöfer, Günter, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 1. Januar

Symanzik, Erwin, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 9. Januar

Tollkühn, Irmgard, geb. **Kyewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 9. Januar

Unrau, Winfried, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, am 6. Januar

Wruck, Kurt, aus Niedenau Abbau, Kreis Neidenburg, am 6. Januar

Zander, Manfred, aus Schwengels, OT-Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 5. Januar

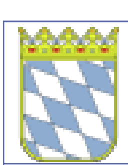


Meyel, Benno, und Ehefrau Olga, geb. **Schümann**, aus Osterode, am 28. Dezember



Willig, Fritz, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, und Ehefrau Rita, am 14. Januar

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 11. Januar, 15 Uhr: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.**

Landshut – Dienstag, 7. Januar, Ergolding: Neujahresessen in der „Kraxn".

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

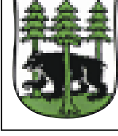


BERLIN

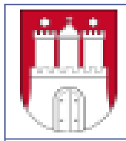
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Frauengruppe – Mittwoch, 8. Januar, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. Rechenschafts- und Kassenbericht. Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 12. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



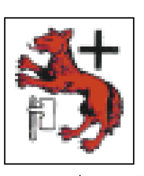
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

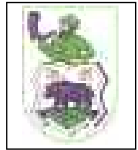
LANDESGRUPPE

Kulturreferat – Herzlich willkommen zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. bis 18. Mai 2014 in den Messehallen von Kassel. Für die Fahrt des Kulturreferats zum Ostpreußentreffen sind noch ein paar Plätze frei. Zurzeit stehen leider nur noch Doppelzimmer zur Verfügung. Die Fahrt findet von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, statt. Der Preis für diese dreitägige Fahrt beträgt nur 156 Euro pro Person im Doppelzimmer. Im Preis enthalten: Fahrt in einem 3-Sterne-Reisebus, zwei Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne-Hotel Best Western Grand City Kassel, am Freitag, 16. Mai, Kuchen und Kaffee/Tee im Hotel, anschließend eine dreistündige Stadtrundfahrt und Besichtigung mit einem Gästeführer der Stadt Kassel, am Freitagabend, 16. Mai Abendbuffet in einem für die Gruppe reservierten Raum, Busfahrten zwischen Hotel und Messehallen. Abfahrten: Freitag, 16. Mai, 7.30 Uhr Kirchenallee gegenüber Hamburg-Hauptbahnhof, 8 Uhr Bahnhof Harburg, 8.15 Uhr Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Gaststätte Waldquelle. Rückfahrt: Sonntag, 18. Mai, 16 Uhr, von den Messehallen nach Meckelfeld, Harburg und Kirchenallee. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

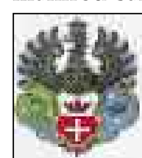
KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 17./18. Mai 2014 in Kassel. Anmeldung und Auskunft bei Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (Drei-Gang Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im Doppelzimmer 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung (8 Euro). Reisebeginn: 16. Mai 2014. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr und ZOB Hamburg 8.30 Uhr.



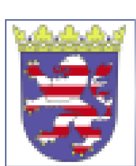
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Königsberg – Freitag, 10. Januar, Café Ribling, Fuhlsbüttler Straße 757, Hamburg-Ohlsdorf, 14 Uhr (Einlass 13.30 Uhr). Die Kreisgruppe lädt zum Neujahrsempfang ein. Die Veranstaltung ist ein Ersatz für die ausgefallene Adventsfeier. Frau Gerta und Herr Tennigkeit werden die Gruppe mir ihren Vorträgen erfreuen. Anmeldungen werden bis zum 6. Januar bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495 erbeten.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 12. Januar, 11 Uhr, St. Johanniskirche Harburg, Bremer Straße 9 (zu erreichen mit der S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus, danach zehn Minuten Fußweg): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabina Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gruppe in den Gemeindesaal ein zum Gespräch bei Tee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 11. Januar, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Reisebericht mit Lichtbildern über eine Schiffsreise zu den Metropolen der Ostsee von Gisela und Christian Keller. – Noch Plätze frei: Für die Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Kassel. Informationen und Anmeldung bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788 oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Güstrow – 20-jähriges Jubiläum – Die Gruppe kam am 14. Dezember zur gemeinsamen Weihnachtsfeier zusammen und beging gleichzeitig das 20. Jahr ihrer ersten Zusammenkunft. Wie fing alles an? Gleich nach der Wende war es den Landsleuten ein Bedürfnis, sich öffnen zu können, denn zu DDR-Zeiten durfte nichts über die ostpreußische Herkunft öffentlich erwähnt werden. Ein 40-jähriger Nachholbedarf war zu begleichen. So wurde – auf Anraten der Kreisgemeinschaft Schlossberg aus Winsen an der Luhe – eine Veranstaltung in Güstrow geplant. Im Hotel Stadt Güstrow, seinerzeit erstes Haus am Platze, wurde ein Termin anberaumt und gleich Übernachtungszimmer bestellt sowie Mittagessen organisiert. In der Lokalzeitung SVZ erschien die Ankündigung, und man harrte der Dinge, die kommen sollten. Aus Winsen kamen damals Gerd Schattauer, Constanze Augustin-Majer und einige mehr sowie Freunde aus Korbach, Anklam und so weiter. Die Organisatoren staunten nicht schlecht, dass sich der große Saal bald füllte – es gab einen Zulauf von 300 Personen. Alle waren voller Freude, aber es wurden auch Tränen der Rührung und des Wiedersehens vergossen. Ein Eindruck, den man nie vergessen wird. Dann begann der offizielle Teil und alle waren mit viel Begeisterung dabei. Es war ein denkwürdiger Tag und wunderschön. Die Ostpreußen hatten sich gefunden!

In den nächsten Jahren fanden dann noch zwei größere Treffen statt. Eine Veranstaltung war in der Hochschule und die zweite im John-Brinckman-Gymnasium. Die Angerburger waren dann auch sehr aktiv, denn sie trafen sich jedes zweite Jahr im Güstrower Bürgerhaus und hatten immer ein tolles Programm. Federführend waren Winfried Büttner und Frau, deren Herzblut für Angerburg schlug. Nicht zu vergessen sind die jährlichen Ermländer Treffen in der katholischen Kirche Güstrow, die einen regen Zuspruch hatten und noch haben. Die Organisatoren waren Hildegard Neumann und ihr Sohn Armin, die mit viel Interesse alles in die Wege leiteten. Aus allen Regionen kamen die Ostpreußen. Leider ist Frau Neumann inzwischen verstorben, doch alles wird in ihrem Sinne weitergeführt.

Ausschlaggebend war dann die Initiative von Manfred Schukat, der die Güstrower Ostpreußen wiederholt ansprach, eine Ostpreußengruppe zu gründen. Mit viel Freude ging man an die Sache. Eine Anzeige in der SVZ forderte alle Ostpreußen auf, sich bei Interesse direkt oder telefonisch bei Helga Pundt zu melden. Die Resonanz war recht groß, so wurde ein erster Treffpunkt im Hansa-Bad vereinbart. An die gemeldeten Adressen wurden persönlich Einladungen verteilt. Es wurde ein großer Erfolg, der nun schon 20 Jahre anhält.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. Januar, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Monatstreffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Frau Anders unter Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 8. Januar, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38: Die Frauengruppe trifft sich im neuen Jahr in Oldenburg. Vorführung des Videofilms „Flucht aus Goldap – Das Schicksal einer ostpreußischen Familie".

Osnabrück – Dienstag, 14. Januar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 9. Januar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: **Jahreshauptversammlung** der Gruppe. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de.



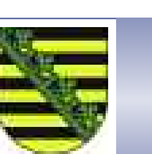
NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Wer mit großem Interesse die zugesandte Informationsbroschüre zur Thematik „Die Deutschen in Polen – 1918–1939" von Prof. Dr. Hartmut Fröschle gelesen hat, kann seit einiger Zeit ergänzend eine Broschüre von Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof „Danzig und Ostpreußen – zwei Kriegsanlässe 1939" bei der Landesgruppe NRW bestellen.

Bielefeld – Montag, 6. Januar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. Januar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 16. Januar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Zur Jahresabschlussveranstaltung der Kreisgruppe waren alle Landsleute und Gäste ganz herzlich eingeladen. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, obwohl im Erzgebirge schon der erste Schnee gefallen war. Irmgard Gläser und Anneliese Engemann hatten Tischschmuck gebastelt und für jeden ein kleines Stiefelchen vorbereitet, mit einem Täfelchen Schokolade verziert und auf jeden Platz gelegt. Harald Kedzierski hatte kleine Kärtchen mit Weihnachtsgedichten angefertigt, als Erinnerung an Weihnachten, wie es zu Hause war. Reinhard Gerulles dekorierte die Tische mit kleinen selbst hergestellten Gestecken. Er stellte die Pyramide seines Großvaters auf und ein selbst hergestelltes Räucherhäuschen mit lustigen Figuren. Irmgard Gläser hatte ihre typisch ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt. Kurt Weihe brachte gebastelte Ausstellungsstücke aus Holz und Bernstein mit, und eine moderne Pyramide drehte sich durch die Wärme der Kerzen. Die Vorbereitung zu so einem Fest findet immer mit viel Liebe zum Detail statt. Das Wiedersehen mit Landsleuten und Gästen wird zu einem Festtag gemacht. Kurt Weihe begleitete die Gruppe musikalisch. Reinhard Gerulles begrüßte mit Freude alle Teilnehmer und Ehrengäste. Als Ehrengast wurde besonders der Landesvorsitzende der Landesgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Alexander Schulz, mit seiner Familie begrüßt. Elli Springwald eröffnete das Kulturprogramm mit einem Gedicht aus der Heimat. Anschließend erfreuten die Kin-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

der von der Gerhart-Hauptmann-Schule von Limbach-Oberfrohna mit einem herzerfrischenden Kulturprogramm. Sie erhielten für ihre Darbietungen viel Beifall. Es wurde viel gelacht und die Stimmung war grandios. Gerulles bedankte sich herzlich für das lustige Programm. Danach begann das gemeinsame Singen. Die kleine Maja hatte sich gut vorbereitet und trug ganz stolz ihre Gedichte vor, wofür sie Beifall und Dank erhielt. Elli Springwald und Irmgard Gläser führten ein Zwiegespräch durch über den richtigen Sinn des Weihnachtsfestes. Danach gab es eine erholsame Pause mit Kaffee und Stollen. Wertvolle Gespräche wurden geführt, und die Wiedersehensfreude war riesengroß. Günter Meschko hatte seine Enkelin mitgebracht, und sie erfreute die Teilnehmer mit Weihnachtsgedichten. Elli Springwald rezitierte das Gedicht „So war es in der Heimat". Irmgard Gläser und Elli Springwald erzählten die Geschichte ihrer Familie von Weihnachten 1944 und ihre persönlichen freudigen Erlebnisse, trotz dieser schweren Zeit. Eine überlieferte Geschichte ihrer Mutter wurde vorgetragen. Reinhard Gerulles gab zum Abschluss noch viele Informationen bekannt. Er trug ein selbst geschriebenes Gedicht vor und erhielt dafür großen Beifall. Er erinnerte alle Mitglieder an die Mitgliederversammlung am 18. Januar 2014 um 14 Uhr im Eschemuseum und bat um rege Teilnahme.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung der Ost- und Westpreußen-Runde mit dem Gedicht „Weihnacht überall" dankte die Vorsitzende für die festlich geschmückte weihnachtliche Kaffeetafel. Katharina Makarowski hatte die Geschichte ausgesucht, die zur Besinnung und zum Nachdenken anregte: „Sich von Kerzen so richtig freuen können." Mit weiteren Lesungen von Georg Baltrusch „Der Traum" und „Weihnachten daheim in Pommern" erlebten die Teilnehmer einen heimatlichen Nachmittag in der Adventszeit. So wurde von Ereignissen und eigenen Erlebnissen berichtet, und im Mittelpunkt standen die aus Tonnenbrettern selbst hergestellten Skier. Und wenn ein Abhang zum Rodeln nicht die erforderliche Glätte hatte, wurde Wasser darüber gegossen, das sehr schnell zu einer Eisfläche fror. Grüße und Genesungswünsche wurden versandt an die Mitglieder, die diesmal nicht dabei sein konnten.

Neumünster – Mittwoch, 8. Januar, ab 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die Gruppe trifft sich zu einer „Bilderreise durch das Baltikum nach St. Petersburg" mit Anna-Luise Hansen.

Pinneberg – Sonntag, 19. Januar, 15 Uhr: „Ostpreußen". Eine Dia-Multi-Visions-Show. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 9. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung. – 23. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 31. Januar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit „Rückblick 2013 und Überblick aller Veranstaltungen 2014". Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

BernStein: Lieder und Geschichten von „Königsberg nach Kiel". Ein musikalischer Nachmittag

Mittwoch, 22. Januar, 14 Uhr, Ostsee-Akademie, Europaweg 3, 23570 Lübeck-Travemünde. Lieder und Bilder von Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein. Eintritt 12,50 Euro pro Person. Karten sind nur an der Einlasskasse erhältlich. Um unverbindliche Anmeldung bis 17. Januar wird gebeten. Telefon (04502) 803203.

Wissenswertes über Ostpreußen

Eindrücke einer Teilnehmerin am Kulturhistorischen Seminar der LO in Bad Pyrmont

Zur Teilnahme am Kulturhistorischen Seminar der Landsmannschaft Ostpreußen im Ostheim in Bad Pyrmont waren alle Frauen herzlich eingeladen. Es haben sieben Teilnehmerinnen von den Gesellschaften der deutschen Minderheit aus dem südlichen Ostpreußen, zwei aus dem Memelland und die Vorsitzende der Wolfskinder teilgenommen. Am Anreisetag zur Eröffnung des Seminars wurden die Teilnehmerinnen von Uta Lüttich begrüßt. Sie verlas die Grüße der Frauen die aus Krankheitsgründen nicht anreisen konnten.

Lüttich informierte über die Themen der jeweiligen Referenten. Der Vortrag von Professor Ulrich Matthee aus Kiel beinhaltete den „Versailler Vertrag und die Volksabstimmung von 1920 in Ost-und Westpreußen". Die ostpreußische Bevölkerung setzte sich aus Siedlern vieler deutscher Gebiete zusammen. Die Zuwanderer kamen auch aus Frankreich (Hugenotten) und aus dem Salzburger Gebiet.

Rikako Shindo, Trägerin des Gierschke-Dornburg-Preises, sprach über „die Erweiterung der Zuständigkeit des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen während der Weimarer Republik". Anschließend wurde lebhaft diskutiert und es entstanden viele Fragen. Lutz Oberdörfer aus Greifswald sprach zu dem Thema „Die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919–1924/45". Sie beschlossen, das Gebiet unter alliierte Aufsicht zu stellen. Die Siegermächte haben über die Grenzen entschieden und darüber, welche Staaten anerkannt wurden. Oberdörfer zeigte an Hand einer Landkarte die Gebiete, in denen die Grenzen verliefen. Die kleinen Kriege zwischen verschiedenen Ländern wurden weitergeführt. Polen und Litauer erhoben Anspruch auf das Memelland. 1923 okkupierte Litauen das Memelland. Den Teilnehmern wurde klar, wie wertvoll dieses Land war und ist und wie viele Kämpfe es deshalb gab.


Bild: LG Baden-Württemberg

Leiterin und Referentin: Uta Lüttich (l.) mit Rikako Shindo (r.)

Ralf Meindl aus Berlin hielt einen Vortrag über „Erich Koch und den Kampf um Ostpreußen 1944/45". Ostpreußens Gauleiter Erich Koch wurde 1896 in Wuppertal/Elberfeld geboren. Er war Beamtenanwärter bei der Reichsbahn, wurde jedoch 1926 entlassen. Die NSDAP überzeugte ihn, als er Hitler sprechen sah. Koch kam nach Ostpreußen, weil ein Gauleiter gebraucht wurde. Er begann seine politische Laufbahn und wurde als Oberpräsident alleiniger Herrscher in Ostpreußen. Koch verbot die rechtzeitige Evakuierung und führte die Ostpreußen ins Verderben. Er war bis zum Schluss der Meinung, richtig gehandelt zu haben. Der Film „Berlin–Königsberg, die legendäre Ostbahn" war interessant.

> Bewegte Geschichte vor und nach den Weltkriegen

Norbert Matern referierte über das traurige Kapitel „Ostpreußen als die Bomben fielen". Matern arbeitet in der freien Akademie der Künste in Hamburg. Seit 1986 wurde sein Buch unter dem Titel „Ostpreußen als die Bomben fielen" herausgegeben. Er musste 1945 Braunsberg verlassen und hat den Angriff auf Hildesheim überlebt. Er zitierte aus dem Buch von Michael Wieck vom Untergang in Königsberg. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde Allenstein angezündet. Am 21. Januar 1944 fuhr um 18 Uhr der letzte Zug von Allenstein ab. Die angloamerikanischen und russischen Bombenflugzeuge zerstörten die Städte Ostpreußens. Es waren die erschütternden Tatsachen des furchtbaren Krieges.

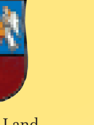
Peter Chmiel aus Meerbusch sprach zum Thema „Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag aus historischer und völkerrechtlicher Sicht." Es gab viele offene Wunden nach dem Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag. Der Weg zum Nachbarschaftsvertrag nach der politischen Wende begann 1989/1990. Beim deutsch-polnischen Versöhnungsprozess und die Auseinandersetzung um die Grenz- und Eigentumsfrage zwischen Deutschland und Polen zum vereinten Europa gibt es Empfindlichkeiten, Rückschläge und Risiken.

Insa-Mareike Rega aus Kassel sprach über „Die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußens bis 1950." Rega arbeitete bei der Deutschen Kriegsgräberfürsorge im Königsberger Gebiet. Sie war lange Zeit dort. 1944–46 fand die sowjetische Besatzung statt und die Eingliederung des nördlichen Ostpreußens in die Sowjetunion. Es begann die Umbenennung der Städte Ostpreußens und die gezielte Werbung russischer Bürger für das nördliche Ostpreußen. Alfred Czesla aus Allenstein wurde krank so dass Uta Lüttich sein Referat vorgelesen hat zum Thema „Die deutsche Minderheit in Ost- und Westpreußen. Entwick-lung, Struktur und Perspektiven". Die verschiedenen Vereine unterstehen einem Dachverband. Sie haben ganz verschiedene Namen und eigene Satzungen. Es reisen immer weniger Menschen nach Deutschland aus und einige kehren wieder zurück nach Polen. Die Identität der deutschen Minderheiten beinhaltet die deutsche Sprache, Lieder, Sitten und Bräuche. In vielen Städten werden die deutschen Friedhöfe gepflegt wie in Danzig, Stettin, Allenstein, Treuburg, Lyck und Goldap. Wohltätigkeit und Pflege für Alte, Kranke und sozial Schwache wird durchgeführt. Es wurden partnerschaftliche Kontakte zu Deutschland geschlossen.

Nach allen Referaten wurde lebhaft diskutiert und wurden Erfahrungen ausgetauscht. Uta Lüttich ist eine intelligente, warmherzige, fabelhafte Leiterin des kulturhistorischen Seminars für Frauen. Zur täglichen freundlichen Begrüßung gab es von ihr einen sinnvollen Tagesspruch. Nach dem Frühstück waren alle zur Morgengymnastik eingeladen, durchgeführt mit viel Schwung von Vera Pallas. Die Referate waren sehr hörenswert und spannend. Die Teilnehmer erfuhren viel Neues und konnten ihr Wissen über die Heimat Ostpreußen bereichern und werden es mit Freude weitergeben.

Am Abend wollte das Plachandern wollte kein Ende nehmen. Am letzten Abend wurden Sketche, Gedichte und Geschichten zu Gehör gebracht, wohlbekannte Volkslieder gesungen, musikalisch unterstützt von Irena Szubzda, die von Lyck nach Bad Pyrmont gekommen war. Am Abreisetag verabschiedeten sich alle mit herzlichen Umarmungen. Die meisten Teilnehmerinnen sind schon seit vielen Jahren freundschaftlich miteinander verbunden. Im Jahr 2014 wird das Seminar für Frauen vom 3. bis zum 7. November im Ostheim in Bad Pyrmont durchgeführt. Dazu sind alle Frauen ganz herzlich eingeladen.

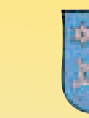
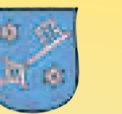
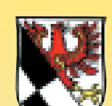
Hannelore Kedzierski geb. Marczian, Mitglied und Schriftführerin der Kreisgruppe Limbach/Oberfrohna



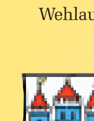
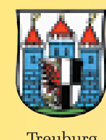










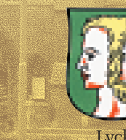
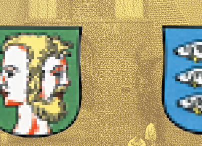













Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen:

Dienstag, 7. Januar, 14.30 Uhr: **Das nördliche Ostpreußen. Einblicke in das Heute.** Vortrag von Hans-Jürgen Schalinski in der Reihe „Museum erleben“. Seit der Öffnung des Königsberger Gebiets zu Beginn der 1990er Jahre bereiste der aus Westfalen stammende Referent viele Male das nördliche Ostpreußen. Weil seine Frau in Königsberg geboren ist, zieht es sie beide immer wieder in dieses zu den ungewöhnlichsten Regionen Europas zählende Gebiet. Er beobachtete die Veränderungen dort zum Besseren wie auch zum Schlechteren. Kosten: 5 Euro (inklusive. Kaffee + Gebäck).

Mittwoch, 8. Januar, 19 Uhr: **Greifvögel im Norden – von der Elbtalaue bis zum Eismeer.** Vortrag von Dr. Günther Bethge, Echem. Eine Veranstaltung des Naturwissenschaftlichen Vereins Lüneburg. Greifvögel gehören zu den faszinierendsten Vögeln weltweit. Durch ihren besonderen Nahrungserwerb und (in den allermeisten Fällen) ihre Seltenheit haben sie den Menschen von jeher begeistert, und es verwundert nicht, dass sie besonders häufig in der Mythologie und der Heraldik vertreten sind. Bethge ist Mitglied der Gesellschaft deutscher Tierfotografen (GdT). Eintritt frei.

Sonntag, 19. Januar, 11 Uhr: **„Alles brannte!“** Jüdisches Leben und seine Zerstörung in den preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen. Führung durch die Sonderausstellung mit Petra Vollmer. Kosten: 2 Euro zuzüglich Eintritt.

Sonntag, 19. Januar, 15 Uhr: **Neujahrskonzert.** Leise hat das neue Jahr bereits begonnen, und es hält für die Besucher vielleicht noch die eine oder andere Überraschung bereit. Um es mit musikalischen Tönen willkommen zu heißen, möchte das Ostpreußische Landesmuseum sie zu einem Neujahrskonzert der besonderen Art begrüßen. Mit einem Harfen-Konzert wird die Künstlerin Assia Cunego das Publikum verzaubern. Sie wird Auszüge aus der Suite „Nussknacker und Mäusekönig“ von Peter Tschaikowskij in einer Bearbeitung für Harfe spielen. Die literarische Vorlage stammt von E.T.A. Hoffmann, dem 1776 in Königsberg geborenen Schriftsteller, Komponisten und Zeichner. Außerdem stehen Werke des litauischen Komponisten und Malers Mikalojus Ciurlionis sowie von Astor Piazzolla auf dem Programm. Kosten: 5 Euro.

Dienstag, 21. Januar, 14.30 Uhr: **Eine Wurzel in Elbing – ein persönlicher Familienrückblick.** Bericht von Jürgen Enke. Enke berichtet über das familiäre Umfeld der Mutter in Elbing vor 1945 und über die Erfahrungen seines Vaters. Beide Prägungen aus dem Osten wirken sich bis heute in der Familie aus. Im Anschluss an den Vortrag gibt es ein gemütliches Beisammensein mit Gesprächen, Tee, Kaffee und Gebäck. Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee und Gebäck)

Mittwoch, 22. Januar, 19 Uhr: **Das Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin: Ein deutscher und europäischer Erinnerungsort.** Vortrag von Professor Dr. Manfred Kittel. Kosten: 4 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0.

Beinahe ins Wasser gefallen

Orkan »Xaver« bedrohte den jährlichen Hilfstransport der Anklamer ins Memelland

Die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ wäre in diesem Jahr beinahe ins Wasser fallen oder hätte in den Wind geschrieben werden können – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. „Schuld“ war der Orkan „Xaver“, der nicht nur eine Fähre ausfallen ließ, sondern noch für erhebliche Verzögerungen sorgte. Dabei hatte alles so gut angefangen: Über 160 liebevoll gepackte Sendungen waren im Anklamer Volkshaus zur großen Adventsfeier der Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern und des Bundes der Vertriebenen in Vorpommern abgegeben worden. Sogar die Justizministerin des Landes, Uta-Maria Kuder, unterstützte persönlich diese Aktion. Die Anklamer Fleisch- und Wurstwaren GmbH spendete 320 Dauerwürste, der Bibelkreis Blesewitz und viele Einzelspender gaben Geld dazu. Insgesamt kamen über 300 Weihnachtspäckchen für das Memelland zusammen. Das allererste Päckchen spendete Frau Dr. Döltz aus Anklam, die letzten wurden an der Autobahn-Raststätte Rostock-Warnowtal von Wilfried Huber und in Kiel an der Fähre von Schwester Erna Dreysas übergegeben.

Pünktlich zum zweiten Advent kam Orkan „Xaver“. Die Fährlinie Mukran–Klaipeda war Ende September 2013 eingestellt worden, also hieß es bis Kiel fahren. Dort fiel die planmäßige Donnerstagfähre wegen des Sturmes aus. Am Freitag früh hieß es, die nächste Fähre liefe abends aus. Kurzentschlossen wurde bis Mittag der stadtbekannte gelbe VW-Transporter beladen, und für Manfred Schukat und Friedhelm Schülke als Vertreter der beiden gemeinnützigen Vereine begann eine abenteuerliche Fahrt auf der A 20. Kurz vor Grimmen erwischte sie die Wetterfront eines Wintergewitters, bei Rostock und Bad Segeberg tobten Schneestürme.



Die Freude war groß: Manfred Schukat (stehend) im Gespräch mit Landsleuten

Nach viereinhalb Stunden kamen sie jedoch wohlbehalten in Kiel an. Dort kauften sie von den Geldspenden noch in drei Aldi-Märkten stiegenweise Weihnachtsartikel ein – warum sollten diese von Anklam bis Kiel spazieren gefahren werden?

Punkt 19.30 Uhr ging es vollbepackt auf die Fähre, die um 21 Uhr auslaufen sollte. Doch erst am Sonnabendmorgen um fünf Uhr legte sie ab und kam nach 32 Stunden und unruhiger Überfahrt erst Sonntag früh in Memel [Klaipeda] an.

Erste Anlaufstelle war die evangelische Diakonie „Sandora“ (Eintracht), wo die „gute Seele“ der Sozialstation, Magdalena Piklaps, mit ihren Helfern schon wartete. Die meisten Päckchen wurden dort ausgeladen, um nach einem festen Schlüssel verteilt zu werden. Ein Großteil geht auf Dörfer der Umgebung an deutsche Landsleute, denen es materiell nicht so gut geht. Doch gleich hieß es: weiterfahren nach Kinten [Kintai] am Kurischen Haff. Dort traf sich der deutsche Verein Heydekrug [Šilute] zum evangelischen Gottesdienst mit Adventsfeier. Hand in Hand mit der Vorsitzenden Gerlinda Stunguriene konnten 100 Präsente gleich an Ort und Stelle den Empfängern überreicht werden. Ein freudiges Wiedersehen gab es mit alten Bekannten – Erika Rademacher, Traute Bakutiene und Alfred Užpurvis, die mit einem schweren Schicksal in der Heimat zurückgeblieben sind.

> Verteilung der Spenden erfolgt nach festem Schlüssel

Nun stand noch die Bescherung im deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel aus. Nach jedem Adventssonntag begeht man dort den sogenannten „Adventsmontag“. Über 500 Schüler trafen sich am Vormittag in der Eingangshalle. Nach kurzer Begrüßung und einer Reportage wurden deutsche Adventslieder gesungen – am beliebtesten „Silber und Gold“ von Rolf Zukowski.

Danach übergaben Schukat und Schülke persönlich die Spenden der Justizministerin und noch einige mehr an die Schuldirektorin Jolita Andrijauskiene und Musiklehrerin Asta Markeviciene. Letztere war mit ihrem Schülerchor schon dreimal auf Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen zu Gast in Mecklenburg-Vorpommern. Abends traf man sich noch mit dem Vorstand der Memelländer in Deutschland und Familie Piklaps zu einem gemeinsamen Essen.

Am Dienstag ging es in aller Frühe bei Eis und Schnee auf die Kurische Nehrung bis zu dem bekannten Hauptort Nidden [Nida] mit seinen malerischen Fischerhäusern. Den Sonnenaufgang über dem Haff von der riesigen Wanderdüne aus muss man gesehen haben. Auch die winterliche Stadt Memel zeigte sich von einer ungewohnt schönen Seite.

Nach fünf Tagen und einer ruhigen, pünktlichen Fährüberfahrt waren die beiden Anklamer wieder zurück – mit wunderbaren Eindrücken aus dem Memelland und dem Dank der dortigen Empfänger an alle „Spender und Sender“.

Besonderer Dank gebührt auch Frau Bott von der Fährgesellschaft DFDS „Seaways Baltic“ und den vielen fleißigen Helfern in Anklam, die diese Aktion erst ermöglichten. Über dem ganzen Weihnachtsunternehmen muss ein Schutzengel gewacht haben.

Friedhelm Schülke

---

unfair spielen (Sport) · Sinnesorgan · Entwicklung ins Negative · Fremdwortteil: halb (lat.) · nordamerikanischer Fluss · spanische Baleareninsel · Offiziersrang · Anrede für einen engl. Adligen · vordringlich · altes Blasinstrument · Schusswaffe · ein Wacholderbranntwein · sehr nahe und vertraut · Halbaffe Madagaskars, Lemur

Londoner Polizist (Spitzname) · hilfsbereit

eine der Musen · halblang (Kleidung) · fressen (Wild) · mäßig warm · locker, gelöst · Tipp, Hinweis · britischer Admiral (Horatio)

slaw. Herrschertitel · tierisches Milchorgan · ein Nadelbaumharz

Hunnenkönig · Verpackungsgewicht · Arbeitsentgelt · durchsichtig, transparent · nach Abzug der Kosten · Entwicklungsabschnitt · verehrtes Vorbild · Bargewinn

blütenlose Wasserpflanze · Hochschüler · Schlüsselblume

römische Göttin der Morgenröte · unzuverlässig, illoyal · Lehrerpult · Möbelstück · Teil, Anteil · Schiffe in den Hafen leiten

Verdauungsorgan · Schuft, Schurke · Abgasreiniger (Kurzwort) · mit Metallbolzen befestigen · griech.-römischer Gott

Haushaltsplan · Kap der Insel Rügen · Lokal im Wildweststil

Leid, Not · Südasiat · Hahnenfußgewächs · Gattin, Gemahlin

Stellgriff · jagen, treiben · Ruhepause · Trinkgefäß

Viper, Giftschlange · früher: Amtsbezirk · Rand eines Gewässers

schlechte Angewohnheit · derb, rau · Prachtstraße

Zahlen glatt machen, annähern · österr. Schriftstellerin (Elfriede) · letzter Wortteil · italienische Tonsilbe · furchtsam, besorgt

japanischer Farbkarpfen · Handbuch; Mentor

schmale Meeresbucht (skand.) · engl. Adelstitel: Graf · Stadt an der Mosel · eine Spielkartenfarbe · Kartenspiel · Papstkrone

Manuskriptprüfer · Bereich, Distrikt · Zupfinstrument, Leier · Bezeichnung · griechischer Liebesgott

Messerteil · germanische Gottheit

franz. Seebad (Golf von Biskaya) · Abkürzung für im Auftrag · Kfz-Zeichen Bautzen · ugs.: in Ordnung (amerikanisch) · Zeitalter

Straßenbahn (südd.) · chem. Zeichen für Osmium

Ermessen, Gutdünken · Heilmittel, Medizin · emsiges Insekt

PAZ13_52

So ist's richtig:

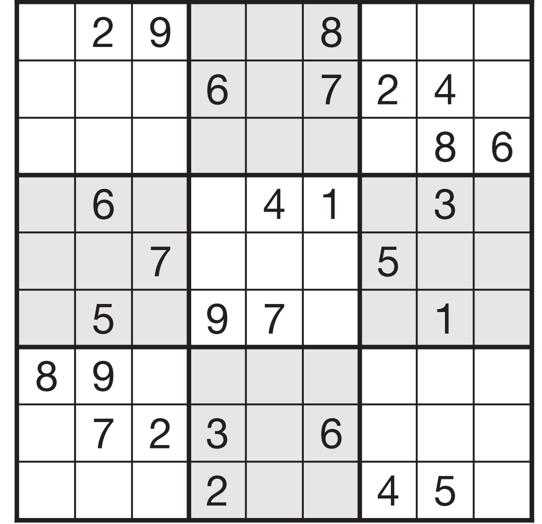
Diagonalrätsel: 1. Chefin, 2. Koenig, 3. Glucke, 4. Achsel, 5. stabil, 6. Eriwan – Cousin, Nichte

Kreiskette: 1. Turnus, 2. eirund, 3. Denise, 4. Platin, 5. galant – Stundenplan

Sudoku:

6	2	9	4	3	8	1	7	5
5	8	1	6	9	7	2	4	3
7	4	3	1	2	5	9	8	6
2	6	8	5	4	1	7	3	9
9	1	7	8	6	3	5	2	4
3	5	4	9	7	2	6	1	8
8	9	5	7	1	4	3	6	2
4	7	2	3	5	6	8	9	1
1	3	6	2	8	9	4	5	7

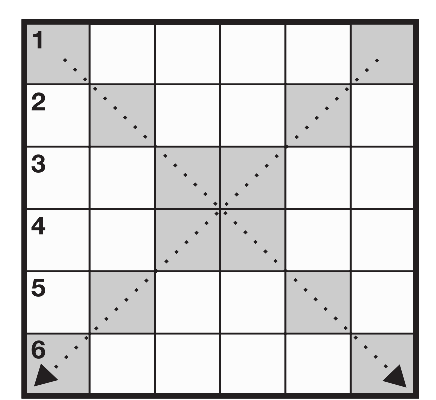
Sudoku



	2	9			8			
			6		7	2	4	
							8	6
	6			4	1		3	
		7				5		
	5		9	7			1	
8	9							
	7	2	3		6			
			2			4	5	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



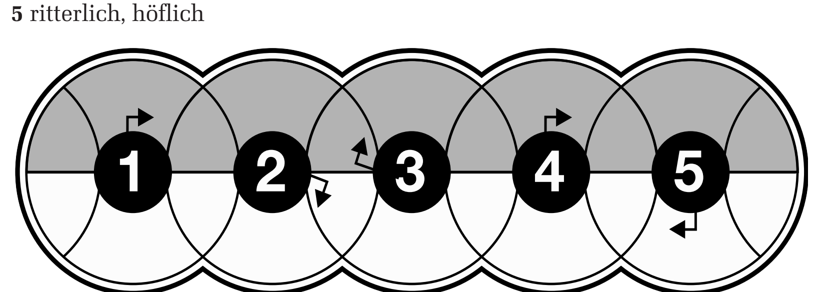
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Verwandtschaftsbezeichnungen.

1 Leiterin, Vorgesetzte
2 Schachfigur; Herrschertitel
3 brütende Henne
4 Schulter
5 dauerhaft, standhaft
6 Hauptstadt Armeniens

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Zeitafel in der Schule.

1 festgelegte Reihenfolge, **2** oval, **3** französischer Frauenname, **4** Edelmetall, **5** ritterlich, höflich



»Froh schlägt das Herz im Reisekittel«

Oberschlesisches Landesmuseum präsentiert Verkehrs- und Kommunikationsmittel

Kompetente Antworten auf Fragen wie „Wann wurde die Oderschifffahrt erstmals urkundlich erwähnt?“ oder „Wann wurde die erste Postkutsche zwischen Leipzig und Berlin eingesetzt?“ bekommen Besucher des Oberschlesischen Landesmuseums von Ratingen Hösel im Rahmen einer neuen Sonderschau geboten. Unter dem Motto „Fahren, Gleiten, Rollen – Mobil sein im Wandel der Zeit“ finden die wichtigsten Etappen der Verkehrs- und Kommunikationsgeschichte chronologische Berücksichtigung.



Begehrtes Reisegefährt im 18. und 19. Jahrhundert: Landauer Kutsche Bild: D.G..

Grundlegende Aspekte des Straßenverkehrs, der Bahn- und Luftfahrtentwicklung, des Motorsports, des Kommunikationswesens und der Reiseerlebnisse werden anhand von Exponaten dargestellt. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Oberschlesien.

Wer sich auf die imaginäre Zeitreise durch die Mobilitätsgeschichte begibt, entdeckt bereits im Eingangsbereich des Museums einen Kastenwagen Nysa 522-5 mit Rüstsatz als Feldpostamt der polnischen Armee. Der im oberschlesischen Neisse hergestellte Transporter stammt aus einer Kleinserie (Baujahr 1987), wurde im Jahr 2013 in Warschau erworben und ist nun Bestandteil der OSLM-Sammlung. Wie sehr sich die Geschwindigkeiten und der Komfort von Fortbewegungsmitteln sowie die Motivation der Reisenden oder die Anforderungen der Wirtschaft im Laufe der Jahrhunderte verändert haben, können Besucher bei einem Rundgang durch die Ausstellung nachvollziehen.

Die Vielfalt der Mobilität unserer Kultur wird anhand von Exponaten rund um den Straßenverkehr, die Luft- und Schifffahrt sowie den Bahnverkehr veranschaulicht. Informative Bild- und Texttafeln ergänzen die Inhalte mit Daten und Fakten aus der Geschichte. Eine Reihe von auserwählten Zitaten bekannter Persönlichkeiten der Zeit spiegeln die Einstellung zu den jeweiligen Fortbewegungsmitteln wider. Eines der aussagekräftigen Zitate stammt von Wilhelm Busch (1832 – 1908): „Froh schlägt das Herz im Reisekittel, vorausgesetzt man hat die Mittel“.

Schwerpunkt: Rasante Mobilitätssteigerung

Gleich zu Beginn fällt der Blick auf ein Pferd und Zaumzeug. Verständlich, dass die Ausstellungsmacher als Ausgangspunkt der „rasanten“ Tour „ein PS“ gewählt haben. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Landauer Kutsche aus der Zeit um 1900. Das viersitzige, vierrädrige und an beiden Achsen gefederte Gefährt galt im 18. und 19. Jahrhundert in allen europäischen Ländern als bevorzugter Reisewagen und Statussymbol begüterter Kreise. Ergänzt wird diese Szene durch Koffer und Transportkisten der Fürsten Hatzfeld aus Schloss Trachtenberg aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Einen weiteren Themenkomplex der Mobilitätsgeschichte stellt die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs dar. Ausstellungsstücke, Postkarten und Archivbilder weisen auch darauf hin, dass in Preußisch-Schlesien im Jahr 1847 der Verbindung Breslau-Kosel-Myslowitz fertiggestellt wurde. Somit konnte der kostengünstige Massentransport oberschlesischer Steinkohle zur Oder und von dort weiter per Schiff nach Berlin erfolgen.

Das rasch engmaschig werdende Streckennetz belebte den Fremden- und Warenverkehr in und nach Schlesien. Doch da die deutschen, polnischen und tschechischen Grenzen nach dem ersten Weltkrieg zu Reise-Barrieren wurden, begann erst mit den Ereignissen des Jahres 1989 eine neue europäische Regionalentwicklung in Freiheit.

Erwähnung finden in der Ausstellung auch die ältesten Straßenbahnen Schlesiens, darunter die 1876 in Breslau gegründete Bahn, sowie die „Fliegenden Züge“. Als Höhepunkt des Schnellverkehrs wird der „Fliegende Schlesier“ vorgestellt, der von 1936 bis 1939 auf der Strecke von Berlin nach Breslau eingesetzt wurde. Der bis zu 160 Stundenkilometer schnelle Triebwagen der dreiteiligen Bauart „Leipzig“ benötigte für die Fahrt weniger als drei Stunden.

Nicht zu übersehen ist der häufig belächelte, aber dennoch begehrte Fiat 126p, der als Sinnbild polnischer Mobilität gilt. Selbst neben dem Pritschenwagen mit offener Ladefläche Nysa 522 macht der „Kleine“ („Maluch“) eine durchaus gute Figur.

Ein Fahrrad der Marke Ebeco aus Kattowitz und ein Breslauer Motorrad sind weitere Exponate, die beim Rundgang durch die Schau als Blickfang wirken. Letzteres erinnert an den 1893 in Breslau geborenen Motorsportler Herbert Ernst. 1926 gründete Ernst eine Fabrik, in der er Motorräder mit dem Namenszusatz „Mag“ baute.

Interessant sind auch die Hinweise zur engen Verbindung, die es zwischen der Geschichte der Mobilität und der Kommunikation gab. Schließlich soll die Übertragung von Nachrichten – wie auch die Fortbewegung der Menschen – immer schneller, direkter und weiter erfolgen. In allen europäischen Regionen lassen sich dazu Entwick-lungen und Fortschritte nachvollziehen. Erwähnung finden in der Ausstellung Kurierdienste, die den Schriftverkehr zwischen Klöstern, Herrschern und Kaufleuten ermöglichten. Vor rund 150 Jahren galten die reitenden Eilboten als die schnellsten öffentlichen Nachrichtenüberbringer. Heute sind es die elektronische Datenübertragung und das Mobiltelefon, die aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken sind.

Neugierige Besucher jeder Altersstufe können die virtuelle Zeitreise unter dem Motto „Fahren, Gleiten, Rollen“ im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen-Hösel bis Anfang Oktober 2014 antreten. Ergänzend wird ein umfangreiches Begleitprogramm mit öffentlichen Sonntagsführungen sowie Themenführungen in Kooperation mit der VHS Ratingen angeboten.

Dieter Göllner

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 17 fort:

drispdrullig = komisch, eifrig, dabei introvertiert
Droschke = Pferde- oder Autotaxe
Drückert = Türklinke
drucksen = stammeln, um etwas herumreden
druggelig = klein, flink, beweglich, rundlich, kompakt
Drumme = Blechtrommel zum Kaffeerösten, Wasserrohr unterirdisch (Straße)
Druschel = Ohrfeige
drusseln, eindrusseln = leichter Schlaf
Dubbas = handlicher Gegenstand
Dubs = Gesäß
Du-chen, ei Du-chen = zärtliches Du
Duck = Iltis
ducken = herunterdrücken, rasch bücken, Angst machen
durcknackig = gebückt, unterwürfig
Duddel = Ziehharmonika
dudeln = eintönig musizieren
Dulks = kleiner Stoß
Dumbatz = kleines Dummerchen, zu einem Kind gesagt
Dunst geben = zurechtweisen, beschimpfen, bedrohen
durchdakeln = verprügeln
Dusternis, duster = Dunkelheit, sehr dunkel
Düte = Tüte
duhn = betrunken
Dummerjahn, Dummrian = Dummer, Schafskopf (eher scherzhaft)
dunnemals = damals
dunnerkiel = erstaunter, anerkennender Ausruf
dunnerlittchen = anerkennender Ausruf
Dunstkopp = Brummschädel nach Alkoholgenuss, Schimpfwort
durcher Käse = reifer Käse
durchkaldreien = sich über jemanden kritisch äußern, ihn „bereden“
durchmisern, sich = mühsam durchkommen
durchne Finger = verletzte, durchstoßene Finger

Neue Medienstation

Elektronische Informationsquelle in Ellingen

Zum Jahresende wurde im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine neue berührungsgesteuerte Informationsstation in Betrieb genommen. Über den Antipp-Bildschirm (Touchscreen) kann der Besucher in Fotoserien blättern und historische Landkarten bis in das Detail vergrößern.



Weckt Interesse: Bilder und Karten von Ostpreußen in jeder Größe Bild: mef

Zudem enthält die Station, die im Laufe der Zeit mit weiteren Detailprogrammen aufgerüstet wird, die Möglichkeit, Puzzle-Teile zu Fotos zusammenzufügen oder auch mit ostpreußischen Landschaftsbildern Memory zu spielen.

Die Erfahrung der bisherigen Einsatztage zeigt, dass gerade diese Funktionen nicht nur von Kindern genutzt werden. Ein Film aus Standbildern zeigt zudem zahlreiche aktuelle Impressionen aus ostpreußischen Städten.

Manfred E. Fritsche

Kulturelles Balten-Hoch

Seit Beginn des Jahres ist Lettlands Metropole Riga Kulturhauptstadt Europas – Die Stadt war und ist ein Schmelztiegel der Völker

Lettlands Hauptstadt Riga ist als Europäische Kulturhauptstadt 2014 bestens vorbereitet. Die vorbildlich restaurierte Altstadt aus der Hansezeit, das komplett renovierte Jugendstilviertel und das historische Seebad Jurmala locken jedes Jahr Scharen von Touristen. Doch: Ein Trip in die Metropole im Aufbruch lohnt sich auch jenseits der Besucherpfade.

Riga wird beherrscht von der Farbe Blau. Tiefblau ist der weite Himmel, und dunkelblau ist auch der Fluss, die Düna, die zu Füßen der Altstadt träge nach Nordwesten zieht, so zäh, als wolle sie gar nicht weg aus Riga.

Rund 800 000 Einwohner zählt die größte Stadt der drei baltischen Länder Estland, Litauen und eben Lettland. Das Land und vor allem Riga streben zum Meer. Sie sind russischer als die anderen – und hanseatischer. Vor dem Dom stehen die Bremer Stadtmusikanten. Die ältesten Häuser der Stadt, die „Drei Brüder“, haben einst deutsche Kaufleute gebaut wie fast die ganze Altstadt. Vor 800 Jahren errichteten sie ihrer neu gegründeten Handelsstadt eine gewaltige Kathedrale, den größten Dom in Nordost-Europa: In seinen nordisch-kühlen Backsteinmauern schallen die 6768 Pfeifen der Orgel wie eine Demonstration hanseatischer Macht.

In und um Riga herrschte früher eine deutsche Sprachkultur vor: Baltendeutsche Barone teilten sich Kurland und Livland untereinander auf. Lettischsprachige Bewohner galten bis ins 20. Jahrhundert als ungebildete Bauern, die bestenfalls als Dienstboten zu gebrauchen waren.

Bestimmt haben in Lettland immer andere: Deutsche, Schweden, Russen, wieder Deutsche und dann die Sowjets. Kein Wunder, dass den Letten ihr Freiheitsdenkmal, die von goldenen Sternen und einer Siegesgöttin gekrönte Säule am Eingang zur Altstadt, heilig ist. Vor der Statue mit der Aufschrift „für Freiheit und Vaterland“ paradieren zwei lettische Soldaten im Stechschritt.

Einer Legende zufolge wollten die Sowjets das Denkmal erst abreißen und dann umdrehen. Ihnen passte es gar nicht, dass die Freiheitsgöttin über die Altstadt hinweg nach Westen blickt. Dennoch: Sie blieb stehen und schaut weiterhin unverdrossen in die untergehende Sonne. Auch die Russen sind geblieben.

Olga zum Beispiel ist in der Hauptstadt der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik geboren. Ihre Familie stammte aus dem nahen Leningrad, das nun wieder Sankt Petersburg heißt. Mühsam hat sie etwas Englisch gelernt. „What you want to see?“, fragt sie gleich nach einer freudigen Begrüßung. Mitten in der makellos restaurierten Altstadt zeigt sie die alten Klosterhöfe im Stadtzentrum, die frisch pastellgelb gestrichenen, ehemalige Kasernen der Schweden und den mächtigen Dom aus deutscher Hansezeit, zu dessen Füßen die Düna gemächlich und fast kilometerbreit zur Ostsee fließt.

Olga erzählt, dass ihre Tochter ihr Geld wie so viele von hier im Westen verdient. 1000 Euro im Monat hat sie als Wäscherin in Berlin. In Riga wäre das ein Managergehalt. Der lettische Durchschnittslohn erreicht gerade mal die Hälfte. 200 000 der gut zwei Millionen Einwohner sind auf der Suche nach einem besseren Leben ausgewandert: nach England, Irland, Deutschland.

Doch inzwischen kommen viele wieder zurück. Davis war fünf Jahre lang in Rom, hat dort alles Mögliche gemacht und nun zusammen mit seinem Bruder und dessen Frau das „Kanepes“ eröffnet. „Ein Wortspiel“ sagt der 29-Jährige und grinst – „Sofa oder Cannabis“. Kiffer hängen im Kanepes keine herum.

„Hier kannst Du alles machen. Du musst es nur versuchen“, sagt Davis, ein ruhiger junger Mann. In Italien zum Beispiel dauere es Monate, bis man eine Lizenz für eine Kneipe bekomme. „Hier fängst du einfach an. Den Rest regelt der Markt.“ Zusammen mit Freunden hat er das heruntergekommene Wohnhaus in der nordöstlichen Innenstadt renoviert. Die 30 000 Euro fürs Material hatte er teils aus Italien mitgebracht, teils hat sie sein Bruder aufgetrieben. „Er ist Betriebswirt, unser Mann für die Finanzen“, freut sich Davis, „wir sind ein Familienbetrieb.“ Und der kann sich sehen lassen: Unten haben sie eine Theke eingebaut, über die sie Getränke und Knabbereien verkaufen. Daneben ein Raum mit Sofas und Sesseln, draußen im Hof alte Fässer als Stehtische und Holzbänke zum Sitzen. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Demnächst soll ein Programmkino dazukommen.

Abends gegen elf wird es rappelvoll. Im ersten Stock des restaurierten Altbaus mischen zwei in rot-weiße, mit glitzernden Pailletten besetzte Trachten gekleidete junge Frauen auf der Bühne alte lettische Lieder mit modernen Rhythmen. Dazu singen sie mit ihren glasklaren Stimmen. Die Leute toben vor Begeisterung.

Riga scheint sich jeden Tag neu zu erfinden. Mieras Iela, Friedensstraße, heißt die unscheinbare Straße zwischen alten Fabriken und heruntergekommenen Mietshäusern aus den 20er und 30er Jahren, von deren Fassaden der Putz bröckelt. In einigen der alten Häuser haben sich Kunstgalerien eingenistet. Ein Fahrradladen serviert Kaffee und Kuchen, während die Kunden auf ihr Rad warten.

„Am Tiefpunkt der Wirtschaftskrise 2009 hatten wir viele leer stehende Läden und Gewerbegebäude“, erzählt Solvita Krese, Kuratorin des Kulturhauptstadt-Projekts „Survival Kit“. „Da haben wir Künstler eingeladen, die Räume zu beleben und sie dazu gefragt, was für sie überlebenswichtig ist. Inzwischen werkeln 91 Künstlerinnen und Künstler aus 17 Ländern in den zurückeroberten Rigaer Räumen.

Lettland ist klein. Wer sich hier engagiert, wird schneller wahrgenommen als in den großen, westeuropäischen Ländern. Besucher erwartet jenseits der komplett sanierten Altstadt eine Stadt im Wandel, in der die Brüche der Geschichte offen zu Tage liegen.



Winterliches Riga: Das Schwarzhäupterhaus am Rathausplatz und die Petrikirche mit ihrem 120 Meter hohen Turm Bild: mauritius

Zwei Deutsche, zwei Franzosen und zwei Finnen stehen auf dem Rathausplatz. Punkt drei kommt Artis um die Ecke, ein drahtiger junger Mann mit fusseligem Bart. „Eat Riga“ heißt das Unternehmen, das er mit einem Australier und einem Briten zusammen vor ein paar Jahren gegründet hat. Sie bieten geführte Stadtrundgänge und Radtouren durch Riga an. Aus einem Schuppen in einer Seitenstraße holt Artis die Räder, alle robust und in gutem Zustand.

Vorbei an den fünf riesigen Hallen des Zentralmarkts geht es nach Osten in die Moskauer Vorstadt. Ein gigantischer Turm überragt das Viertel: „Stalins Geburtstagstorte“ tauften die Rigaer das Hochhaus im sowjetischen Zukkerbäckerstil der frühen 50er. An der Wand prangt noch das Relief mit Hammer und Sichel. Den roten Stern haben Leute nach Lettlands Unabhängigkeit 1991 von der Turmspitze geflext.

Hinter dem Hochhaus beginnt eine andere Welt: Blasse, rötlichbraune Holzhäuser aus der Zarenzeit säumen die Straßen, aus denen Regen und Frost den Asphalt gewaschen haben. Mittendrin ein Neubau: Ein Hotel. „Die Gegend wird allmählich für den Tourismus interessant“, sagt Artis.

Neun Monate lang hat auch er im Ausland gearbeitet. Aus Birmingham hat er sich den englischen Humor mitgebracht: Was ihm sein Auslandsaufenthalt gebracht habe? Die seltsame Birminghamer Aussprache im Englischen, sagt Artis. Riga hat er nach seiner Rückkehr kaum wiedererkannt. „Überall neue Bürobauten und Apartmenthäuser“, meint er grinsend mit einer Mischung aus Ironie und Stolz.

In die Altstadt gehen Artis Kompagnons James und Marcus kaum noch. „Nur noch Touristen“, sagen die beiden, die mit ihren geführten Radtouren durch Riga selbst vom Tourismus leben. Sie wollen den Gästen das „andere Riga“ jenseits der Altstadtwege zeigen. Mit Erfolg. Inzwischen können die drei von den Einnahmen leben. *Robert B. Fishman*

Die Wüste ruft

Den Zauber von Tausendundeiner Nacht erleben – Eine märchenhafte Reise in das Sultanat Oman auf der Arabischen Halbinsel

Der Orient zeigt sich im Sultanat Oman sowohl von seiner traditionellen, als auch von seiner modernen Seite. Während in den Arabischen Emiraten der Zauber des Orients unter den Betonmassen moderner Hochhausbauten begraben liegt, fühlt man sich im Oman hie und da noch wie in einem Märchen aus Tausendundeiner Nacht.

Ankunftsort ist zumeist die Hauptstadt Maskat. Bereits auf den ersten Blick wirkt sie „menschlicher“ als die Hauptstädte der anderen Emirate, weitaus weniger von Bauboom und Größenwahn geprägt. Direkt hinter der Hafenpromenade „Corniche“ mit ihren vielen Cafés liegt der Souk von Muttrah, eine der Hauptattraktionen Maskats. Die Händler bieten zwar mittlerweile auch Souvenirs an, doch ist der Souk immer noch in erster Linie ein Markt für Einheimische.

Während sich das Angebot für Touristen in der Nähe der Corniche befindet, tätigen weiter hinten im Gewirr der verwinkelten Gassen schwarz verschleierte Frauen und weiß gewandete Männer ihre Einkäufe. Hier findet man alles für den täglichen Bedarf: Kleidung und Schuhe, Töpfe und Geschirr, Lebensmittel und sogar lebende Kleintiere. Eine intensive Duftmischung von Weihrauch und Gewürzen durchzieht die Gassen. Beides sind beliebte Mitbringsel, ebenso wie handgearbeiteter Silberschmuck oder ein landestypischer Krummdolch.

Wettrennen von Delphinen und Dhaus

Doch Vorsicht: Letzterer gilt auch im heutigen Oman als Waffe – also beim Rückflug keinesfalls im Handgepäck transportieren!

Verzichtet man auf einen Mietwagen, macht es Sinn, sich einer geführten Stadtrundfahrt anzuschließen, denn sonst verpasst man eine Hauptsehenswürdigkeit: die außerhalb liegende große Sultan-Qaboos-Moschee. Sie ist Wahrzeichen des modernen Oman und darf als einzige im Lande auch von Nicht-Muslimen besucht werden. Das 2001 eröffnete Bauwerk beeindruckt durch Größe und schlichte Schönheit. Die Gesamtfläche umfasst vier Hektar auf zuvor freiem Gelände zwischen Maskat und Sib. So können alle Vorbeifahrenden die Moschee mit ihrem 90 Meter hohen Hauptminarett gut sehen. Wichtig für die Besichtigung des Inneren: Arme und Beine müssen bedeckt sein, Frauen benötigen darüber hinaus ein Kopftuch.

Ein weiterer Höhepunkt ist der Königspalast. Würdig und repräsentativ, mit einer Fassade in leuchtendem Blau und Gold, zeigt sich der 1972 im Auftrag des Sultans errichtete Prachtbau. Allerdings ist am Eingangstor zum Palastgelände für Touristen Schluss. Der Blick auf das königliche Wappen und die Fassade gehört allemal zum Pflichtprogramm für jeden Besucher.

Für historisch Interessierte ist das Museum Bait Al-Zubair ein Muss. Es gewährt Einblicke in die Geschichte und Traditionen des Oman. Historische Gemälde, Kostüme, Schmuck und Waffen sind ausgestellt. Draußen im Garten plätschert ein Brunnen, und Statuen bunt bemalter Oryx-Antilopen weisen darauf hin, dass die Tiere hier einst heimisch waren.



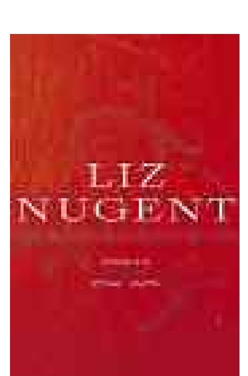
Wehrhaft: Fort Nakhal im Zentrum des Sultanats Bild: action press

Ganz und gar ursprünglich ist es in Musandam. So heißt der nördlichste Zipfel des Oman, der als abgelegene Region gilt. In der kleinen Provinzhauptstadt Khasab liegen die Häuser unter Schatten spendenden Dattelpalmen dicht beisammen. Touristisch hat der Ort zwei Dinge zu bieten: Erstens den Besuch des im 16. Jahrhundert von den Portugiesen errichteten Forts, in dem sich heute ein heimatkundliches Museum befindet. Und zweitens ein Erlebnis, das man sich auf gar keinen Fall entgehen lassen sollte: die Bootsfahrt mit einer Dhau in die weit verzweigten Fjorde von Musandam, wo die hier in großer Zahl lebenden Delphine nur darauf warten, mit den Booten ein Wettrennen zu veranstalten.

Salalah im Süden des Oman war im Altertum eine reiche und berühmte Handelsstadt für Weihrauch. Bis heute ist sie der wirtschaftlich bedeutendste Hafen des Landes. Die Sehenswürdigkeiten liegen in der Umgebung: In der kargen Landschaft wachsen die Weihrauchbäume bis heute wild, und jeder ortskundige Führer ist gern bereit, die Gewinnung des kostbaren Baumharzes zu erklären und vor Ort an einem der Bäume zu demonstrieren.

Etwa 20 Kilometer westlich der Stadt liegt bei Mughsail einer der schönsten Strände des Landes, wo sich an der Grenze von Sand- und Felsenküste sogenannte „Blowholes“ befinden – Löcher im unterspülten Boden, aus denen von Zeit zu Zeit das Meerwasser durch den Wellendruck als Fontäne hochschießt. Dieser Ort ist auch ein beliebtes Ausflugsziel von einheimischen Familien.

Angelika Fischer



Das Böse im Blick

Roman über gute Täuschung

In ihrem Romandebüt spielt die Radio- und Fernsehautorin Liz Nugent aus Dublin mit dem weit verbreiteten Unvermögen, einem raffinierten Hochstapler auf die Schliche zu kommen, noch dazu, wenn dieser attraktiv und erfolgreich ist. Ihr spannender Psychokrimi mit dem Titel „Die Sünden meiner Väter“ ist aus den Einlassungen mehrerer Erzählpersonen zusammengesetzt, die abwechselnd zu Wort kommen. Die Geschichte um Liebe und Verrat beginnt, nachdem in Dublin ein Gewaltverbrechen geschehen ist, das viele Menschen in Irland und darüber hinaus erschüttert hat. Ein berühmter Schriftsteller namens Oliver Ryan, der mit seinen Kinderbüchern unter dem Pseudonym Vincent Dax ein Vermögen verdiente, hat seine langjährige Ehefrau Alice ins Koma geprügelt. Wie konnte das nur geschehen, zumal die Ehe als glücklich galt?

Das fragen sich nicht nur alle diejenigen, die mit dem Ehepaar befreundet waren und sich nun entsetzt von Oliver Ryan abgewandt haben. Dem Leser präsentiert sich der Protagonist als Ich-Erzähler von Anfang an mit ungeschminkter Offenheit. Er braucht sich nicht mehr zu verstellen, für ihn ist der Vorhang gefallen. Mit seiner offenkundigen Gefühlskälte und Kaltschnäuzigkeit gibt der vom Sockel gestürzte Star der Literaturszene denn auch keine Identifikationsfigur ab, sondern einen Anti-Helden. Was als Kunstgriff in Kriminalromanen und verwandten Genres immer wieder zur Anwendung kommt, stellt auch bei diesem atmosphärisch dichten Schmöker die tragende Säule des Handlungsgerüstes dar, nämlich ein streng gehütetes Geheimnis. Hier sind es die Umstände der eigenen Herkunft, die der 1953 in Dublin geborene Autor jahrzehntelang, bis zum Zeitpunkt der grausigen Tat, verschleiert hat, und darüber hinaus noch einiges mehr.

Oliver Ryans Erzählung über den Tathergang und über seine Ehe mit der Illustratorin Alice bildet den Auftakt zu einer Serie mit Bekundungen von Personen, die offenbar als Zeugen vor Beginn des Gerichtsprozesses aussagen. Ihre lebhaften und scheinbar spontanen Äußerungen belegen die Kunst der Autorin, authentische Persönlichkeiten zu kreieren. So kommt allmählich Licht in die Vergangenheit des noch vor Kurzem gefeierten Erfolgsautors, der sich zudem als Frauenheld entpuppt, und es werden soziale Milieus umrissen. Auch wird die Entwicklung der irischen Gesellschaft seit den 1970er Jahren erkennbar.

Raffiniert hat Liz Nugent Spuren ausgelegt, um den Leser über die Frage ins Grübeln zu bringen, wie es eigentlich dazu kam, dass der in seiner Jugend extrem vernachlässigte Oliver Ryan, welcher zu einem hochgradigen Egoisten mutierte, später mit herzergreifenden Kinderbüchern einen Welterfolg nach dem anderen erzielen konnte.

Hochstabler wird enttarnt

Als vermeintliche Halbwaise in einem Dubliner Internat aufgewachsen, gelang ihm nach einer abgebrochenen beruflichen Laufbahn als Finanzbeamter ab 1983 mit seinen Büchern ein Bestseller nach dem anderen. Was war eigentlich die Quelle seiner Inspiration?

Doch: Das Internet wird in dem ansonsten um Realitätsnähe bemühten Roman nicht erwähnt. Durch dieses Medium ist es aber für prominente Personen in der Realität schon längst nicht mehr möglich, erlogene Behauptungen über längere Zeit aufrecht zu erhalten. Insofern stellt sich die Frage, warum der Autorin keiner ihrer namentlich genannten Berater einen Hinweis gegeben hat. Man hätte den Ausgangs- und Endpunkt der Handlung um 20 Jahre zurückverlegen können. Damals gab es immerhin noch keine effektiven Suchmaschinen im Internet. *Dagmar Jestrzemski*

***Liz Nugent: „Die Sünden meiner Väter“**, Lübbe, Köln 2013, geb., 239 Seiten, 16 Euro*

Michael Brückner Udo Ulfkotte
Politische Korrektheit
Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdiktatoren
KOPP

Verrat an der Freiheit

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, dass die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme.“ Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch „Raus aus dem Euro. Rein in den Knast“, welches im März 2013 erschien. Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz – nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren „Ulfkottes“ schon kennen.

Abgesehen davon handelt es sich bei „Politische Korrektheit“ aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte – als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche „Neusprech“ gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf der Feigheit laut: Viele Menschen wüssten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie „Waschlappen“ und „Hosenscheißer“.

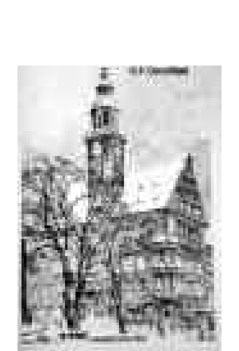
Der Vielschreiber überzeugt durch gute Beispiele

Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluss daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in puncto Wirtschaft und Finanzen, die mittlerweile dazu geführt hat, dass der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird – sei es durch die „Umverteilungskartelle“ hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und anderswo.

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, dass die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175 000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdiktatur zu erwachsen drohe. Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: „Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden.“ *Wolfgang Kaufmann*

***Michael Brückner und Udo Ulfkotte: „Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdiktatoren“**, Kopp-Verlag, Rottenburg 2013, geb., 319 Seiten, 19,95 Euro*



Das Schweigen gebrochen

Kriegskinder berichten von ihrer Flucht aus Ostpreußen

„Wir haben überlebt, also haben wir noch eine Aufgabe zu erfüllen – zu berichten“, schreibt der Herausgeber des Buches „Als die Leberblümchen weinten“, Günter F. Gendritzki, der auch als Autor aktiv wurde und über das Vordringen der Roten Armee am 21. Januar 1945 in und um Allenstein schreibt. Und so suchte er sich noch Mitstreiter, welche das Schweigen brechen wollten und von ihrem Überleben in der Katastrophe der Kriegs- und Nachkriegszeit berichten.

Aber warum erst nach fast 70 Jahren? Weil oft erst im Alter bei Kriegskindern das Ausmaß Traumatisierungen erkennbar wird. Wiederbelebte Kriegserlebnisse können eine posttraumatische Belastungsstörung hervorrufen, Depressionen oder Alpträume. Dies ist dem Rezensenten in seiner ärztlichen Praxis oft begegnet. Zwar haben viele Kriegskinder über Jahrzehnte geschwiegen, aber die psychosozialen Folgen ihrer schweren Kindheit im Zweiten Weltkrieg wurden auch lange ignoriert und tabuisiert.

Erinnerungen können nach 70 Jahren verblassen und so ist es umso anerkennenswerter, dass die zwölf Berichte mit Fotos aus dieser Zeit vom Herausgeber zusammengefasst als Buch erscheinen. Der Herausgeber beschreibt die Leberblümchen als erste Blumen, die er mitten im Elend des Krieges sehen konnte. Als der Schnee durch die ersten Sonnenstrahlen tagsüber etwas schmolz und die Leberblümchen Tautropfen auf den Blüten hatten, sahen sie aus als würden sie weinen. Daher der Titel des Buches.

Jedes Einzelschicksal berührt einen tief, so die Schilderung der häufigen Bombenangriffe, der väterlichen Abwesenheit und der Flucht/Vertreibung mit Heimatverlust. Dies muss traumatisieren! Der Zweite Weltkrieg hinterließ 1,8 Millionen Witwen und 2,5 Millionen Halbwaisen in Deutschland. Gut 14 Millionen Menschen wurden vertrieben. Einige von den Kindern „funktionierten“ in den Familien und entwickelten sich später unauffällig. Über Gefühle wie Angst, Panik, Verzweiflung, Trauer oder Verlassensein wurde nicht gesprochen. Nach den tragischen Ereignissen des Januar 1945 erlebte jedes einzelne Kriegskind seine Odyssee. Auch künftige Generationen sollen darüber Bescheid wissen. *Klaus Zentek*

***Günter F. Gendritzki (Hrsg.): „Als die Leberblümchen weinten. Allenstein in Ostpreußen am 21. Januar 1945“**, zu beziehen beim Herausgeber, Laacher Weg 44, 40667 Meerbusch, 172 Seiten, 20 Euro plus Porto*



Vom Feind zum Liebling der Stasi

Publikation beleuchtet die Bedeutung des SPD-Politikers Willy Brandt für die DDR-Führung

Bereits ab Mitte November begannen die großen Magazine wie „Spiegel“ und „Focus“ in Jubelartikeln den 100. Geburtstag von Ex-Bundeskanzler Willy Brandt zu feiern. Als am 18. Dezember endlich der Tag gekommen war, waren die meisten Deutschen schon mit Informationen gesättigt. Kleine Veröffentlichungen hatten da kaum eine Chance, mit ihren Details die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Schon gar nicht, wenn es sich um eine nicht in Buchhandlungen frei zu erwerbende Publikation wie „Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt“ aus der Schriftenreihe des Bundesbeauftragen für die Stasi-Unterlagen handelt, die nur bei der Behörde zu beziehen ist. Dabei lohnt sich die Lektüre der Schrift von Dr. Daniela Münkel, der Projektleiterin in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, durchaus.

Doch vorab: Spektakuläre Anklagen gegen Brandt bezüglich einer Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit der DDR oder neue Details sind hier nicht zu finden. Trotzdem ist es interessant zu erfahren, was die Stasi in dem SPD-Politiker sah und inwieweit prominente SPD-Mitglieder durchaus mit dem verlängerten Arm der kommunistischen Machthaber zusammengearbeitet haben.

DDR-Geheimdienst beeinflusste Karriere

Bereits 1957 habe sich die Stasi mit Brandt zu beschäftigen begonnen. In seiner Funktion als Regierender Bürgermeister West-Berlins habe die DDR-Führung in ihm den „Inbegriff des ‚Kalten Kriegers‘“ gesehen, wie Münkel schreibt. Daher habe die Stasi versucht, den SPD-Politiker zu diskreditieren. Hier galt es, an im Westen verbreitete Vorurteile gegen Emigranten anzuknüpfen, denn Brandt, der eigentlich Herbert Frahm hieß, war während der NS-Zeit nach Norwegen ins Exil gegangen. Und so seien von der Stasi Artikel lanciert worden, laut denen Brandt während des Zweiten Weltkrieges als Spion für Großbritannien und die USA gearbeitet habe. Zugleich sei aber auch versucht worden, Brandt Verbindungen zur NS-Geheimpolizei Gestapo zu unterstellen.

Doch all das habe nichts gebracht: Brandt machte weiter ungebremst Karriere und wurde 1969 sogar Bundeskanzler. Doch zu diesem Zeitpunkt habe die SED bereits einen Sinneswandel vollzogen, betont die Autorin. Nicht nur die Passierscheinverhandlungen der SED mit Brandt hätten gezeigt, dass dieser sich aufgeschlossen gegenüber der DDR zeigte. Seine Ostpolitik, die unter dem Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ in die Geschichte einging, habe in Ostberlin die Hoffnung auf die langersehnte staatliche Anerkennung unter einem Kanzler Brandt keimen lassen. Doch Münkel fand in den Stasi-Unterlagen Belege dafür, dass die Stasi bereits 1965 überlegt habe, wie sie Brandt Wahlkampfhilfe leisten könne. Und so habe die Stasi Brandt über einen Mittelsmann Dokumente gegen seinen parteiinternen Konkurrenten Fritz Erler zugespielt, die dieser jedoch nie einsetzte. Münkel betont jedoch, dass Brandt gar nicht die Zeit gehabt habe, die Dokumente zu verwenden, da Erler 1966 wegen einer Krebserkrankung alle Ämter abgeben musste.

In Münkels Publikation taucht immer wieder der Name Egon Bahr auf. Der Brandt-Vertraute und SPD-Politiker hat hiernach den Kontakt zur Stasi beziehungsweise zum Mittelsmann gepflegt.

„Zweimal beeinflusste die Staatssicherheit – einmal gewollt und einmal ungewollt – den Werdegang von Willy Brandt“, so die Autorin. Beim Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt 1972 wegen seiner Ostpolitik stützt

Alles lief über Egon Bahr

sich Münkel auf Berichte von Hermann von Berg. Der westdeutsche Journalist und Bahrs Verbindung zur Stasi behauptet, er habe mit diesem über die Bestechung zweier Unions-Politiker gesprochen. Bahr jedoch behauptet, dieses Gespräch habe nicht stattgefunden. Fakt ist aber, dass die Stasi die Abstimmung gekauft hat. Doch hatte sie Brandt 1972 noch im Amt halten können, so trug sie 1974 Mitschuld an seinem Abgang, da damals herauskam, dass Brandts Vertrauter Günter Guillaume Agent der Stasi war. Münkel zitiert jedoch aus Stasi-Dokumenten, in denen die Stasi sich ihre Mitschuld kleinzureden versucht, denn der „Fall Guillaume“ sei nur eine von mehreren Ursachen für Brandts Sturz. „Eine ganze Reihe von Schwierigkeiten hängen mit seinen charakterlichen Eigenschaften zusammen“, heißt es da.

Richtig warm sei die Stasi aber mit Brandt nie geworden, er sei nur die bessere Alternative unter den westdeutschen Kanzlerkandidaten gewesen, hebt Münkel hervor. Denn da Brandt ein Hoffnungsträger für die DDR-Bürger gewesen sei, führten deren spontane Sympathiebekundungen der DDR-Führung stets vor Augen, dass ihr Rückhalt in der eigenen Bevölkerung begrenzt war. *Rebecca Bellano*

***Daniela Münkel: „Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt“**, Schriftenreihe des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, zu beziehen unter: Telefon (030) 23 24-71 71, Berlin 2013, 83 Seiten, Schutzgebühr 2,50 Euro*

Liebe *PAZ*-Leser, zum Jahresende hat der Preußische Mediendienst unter der Leitung von Oliver Rieckmann seine Geschäftstätigkeit eingestellt. Wir danken Herrn Rieckmann, der den Preußischen Mediendienst im Ostpreußenhaus in Hamburg aufgebaut und seit 2008 von Leipzig aus betreut hat, für seinen großen Einsatz. Bedanken möchten wir uns auch bei den vielen *PAZ*-Lesern, die dem Preußischen Mediendienst seit langem die Treue halten. Zugleich freuen wir uns, Ihnen mit der Rautenberg Buchhandlung einen neuen und gleichzeitig altbekannten Medienpartner vorstellen zu können. Die Rautenberg Buchhandlung wird ab dieser Ausgabe wöchentlich mit ihrem reichen Angebot an Büchern, Reiseführern, Karten, Tonträgern und ostpreußischen Spezialitäten in der PAZ vertreten sein. Sie finden dort alles zu den Themen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien und Sudetenland. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit. ***Ihre Redaktion***



Großformat-Kalender
Ostpreußen 2014
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Königsberg, Schwarzort, Marienwerder, Pillkoppen, Elbing, Allenstein, Memel, die Marienburg, den Dom von Frauenburg, Nikolaiken, den Friedrichkanal bei Elchwerder und die Bischofsburg in Rößel. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535131 27,95 €



Der redliche Ostpreuße 2014
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2014, jetzt mit 16 Seiten mehr Inhalt. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten sowie Erzählungen und Gedichten von: Eva Schwimmer, Hedy Groß, Charlotte Keyser, Agnes Harder, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Hermann Sudermann, Hannelore Patzelt-Hennig, Walter von Sanden-Guja, Bogumil Goltz, Walter Scheffler, Renate Dopatka, Agnes Miegel, Erminia von Olfers-Batocki, Eva Maria Sirowatka, Wilhelm Matull, Hildegard Rauschenbach, Ernst Wiechert, Grete Fischer u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten.
Nr. P 533167 Gebunden 9,95 €



Großformat-Kalender
Schlesien 2014
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Schlesien bebildert. Jedes Motiv wurde durch eine Bildlegende und ein dreisprachiges Kalendarium ergänzt, welches auch die Mondphasen und die wichtigsten Feiertage anzeigt. Der Kalender zeigt Motive aus Görlitz, Breslau, Hirschberg, Heinrichau, Schweidnitz, Schloss Fürstenstein, Bunzlau und viele mehr. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535133 27,95 €



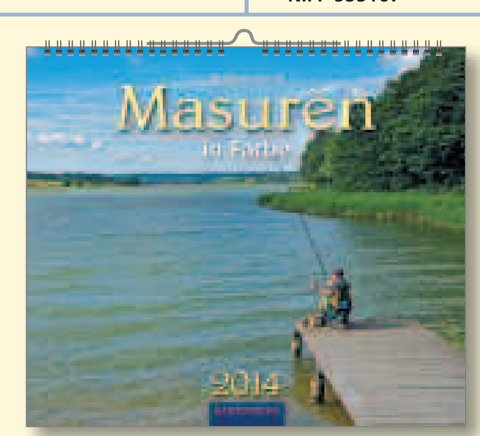
Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2014
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußen aus der Erinnerung".
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0641 22,60 €



Kunst-Postkarten-Kalender Nidden 2014
Mit 12 Kunst-Postkarten bekannter Maler der Künstlerkolonie Nidden. Spiralbindung. Format 16,6 x 17,4 cm
Nr. P A0612 Kalender 6,95 €



Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 4,95 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535209 Kalender 14,95 €



Kalender Masuren in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535208 Kalender 14,95 €



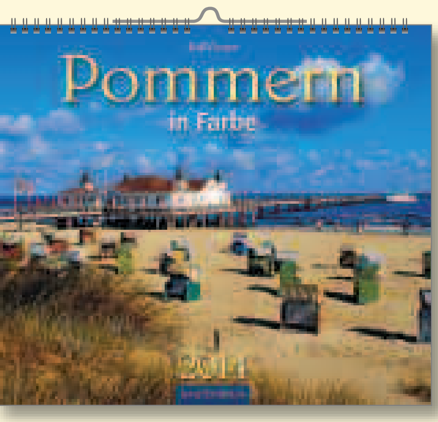
Kalender Elche 2014
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535188 Kalender 9,95 €



Kalender Trakehner 2014
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535204 Kalender 9,95 €



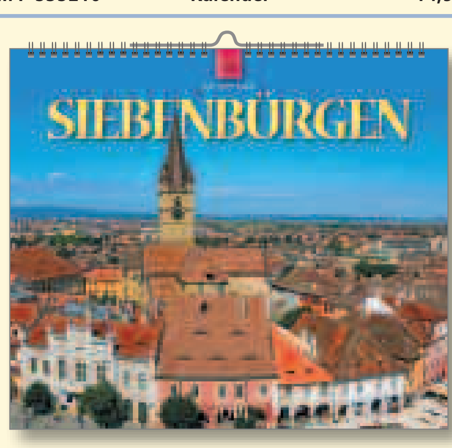
Pralinenverpackung Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Pralinenverpackung Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
225 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €



Kalender Pommern in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535210 Kalender 14,95 €



Kalender Schlesien in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535212 Kalender 14,95 €



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
385 Seiten/Gebunden
Nr. P 533140 14,95 €

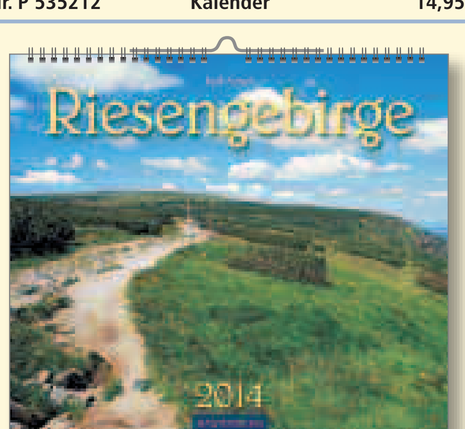


Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
358 Seiten/Gebunden
Nr. P 533141 14,95 €



Gertrud H. Pastenaci/ Stefan Pastenaci (Hrsg.)
Die Gärten meines Lebens
Lebenserinnerungen einer Ostpreußin
20 S/W-Abb. 288 Seiten/Geb.
Nr. P 533161 16,95 €

Die Erinnerungen von Gertrud Pastenaci sind ein warmherzig und lebendig geschriebenes Zeitdokument. In ihnen schildert sie in kurzen tagebuchartigen Abschnitten ihre behütete Kindheit als Pfarrerstochter in Heiligenkreuz im Samland, die jäh durch die Wirren des Ersten Weltkrieges unterbrochen wird und ihr Leben an der Seite ihres Mannes, des Journalisten und Schriftstellers Kurt Pastenaci, mit dem sie ihre geliebte Heimat Ostpreußen verlässt, um mit ihm nach Berlin zu ziehen. Ihr Leben dort wird überschattet von der Herrschaft der Nationalsozialisten, während der sie die Verhaftung ihres Mannes und vieler Freunde erleben muss.



Kalender Siebenbürgen in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Siebenbürgen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535213 Kalender 14,95 €

Kalender Riesengebirge in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535211 Kalender 14,95 €

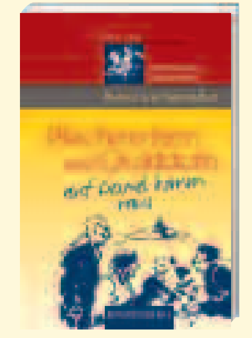


Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder Band 1
Ostpreußischer Familienroman
456 Seiten/Gebunden
Nr. P 533155 14,95 €

Mit dem zweibändigen Roman „Die Jeromin-Kinder" verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, beginnend in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Erzählt wird die Geschichte der Großfamilie Jeromin aus dem Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jens Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Menschen. Das Dorf, abgeschieden in der Mitte des Waldes gelegen, ist der Mittelpunkt des Geschehens. Auch in diesem Roman entwirft Ernst Wiechert ein sinnerfülltes „einfaches Leben".



Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder Band 2
Ostpreußischer Familienroman
408 Seiten/Gebunden
Nr. P 533156 14,95 €



Alfred Lau
Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus
Heitere Gedichte und Geschichten aus Ostpreußen. 221 Seiten
Nr. P 533077 Geb. 14,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Baustopp wegen Elfen

Reykjavik – Auf Island haben Anhänger der germanischen Religion mit Unterstützung von Umweltschützern den Bau einer Autobahn vorerst gestoppt. Ihr Einwand: Die Straße könnte Elfen stören, die entlang der Trasse wohnten, berichtet der britische „Guardian“. Die germanische Asatru-Religion mit Odin als Göttervater (deutsch: Wotan) ist in dem Land, das erst im Jahre 1000 friedlich zum Christentum konvertierte, weiter verbreitet als irgendwo sonst. *H.H.*

Weniger Geld in der Tasche

Wiesbaden – Während Niedriglöhner dank starker Lohnzuwächse das Jahr 2013 als positives verbuchen konnten, blicken Durchschnittsverdiener unbefriedigt zurück, denn sie mussten einen um 0,3 Prozent gesunkenen Reallohn verkraften. Zwar stiegen im abgelaufenen Jahr die Bruttolöhne, doch aufgrund der Kalten Progression zog das Finanzamt viel ab, zugleich stiegen die Verbraucherpreise um 1,6 Prozent. *Bel*

ZUR PERSON

Vom Verdacht einer Meinung

Ob **Peter Tauber**, der neue Generalsekretär der CDU, besser agiert und weniger farblos ist als seine beiden direkten Vorgänger Ronald Pofalla und Hermann Gröhe, wird sich zeigen. Auf jeden Fall begann die Amtszeit des bis dahin auf der bundespolitischen Bühne Unbekannten mit einem Skandal. Aber wer jetzt denkt, der 39-jährige ledige Hesse wäre im Bordell gesehen oder mit der Hand in einer schwarzen Kasse entdeckt worden, der irrt. Sein Vergehen, „das sehr viel mehr gesellschaftspolitischen Sprengstoff birgt als ein Joint“, wie der „Spiegel“ schrieb, ist es, dass sich die Junge Union Hessen 2006 für eine Verschärfung des Abtreibungsparagrafen ausgesprochen hat. Der junge Historiker, der zu diesem Zeitpunkt seine Dissertation über die „gesellschaftliche Stellung und ideologische Funktionalisierung des Sports im Deutschen Kaiserreich“ verfasste, war damals Chef der JU Hessen.

Obwohl nicht bekannt ist, welche Position Tauber damals selber vertrat – schließlich muss auch der Vorsitzende sich Mehrheitsbeschlüssen fügen –, wird ihm nun zum Vorwurf gemacht, dass er sich nicht distanziert habe. Der Politiker, der seit 2008 für den Main-Kinzig-Kreis im Bundestag sitzt, sollte eigentlich dafür sorgen, dass die CDU frischer wirkt, doch dies sei angeblich mit so einer Vergangenheit schwer machbar, kommentierten mehrere Zeitungen den Fall. Damit machten diese Medien absolut deutlich, dass ein Nachdenken über eine Gesetzesverschärfung bei Abtreibungen – 2012 waren es 106 800 gemeldete Schwangerschaftsabbrüche, davon nur drei Prozent aus medizinischen Gründen – ein absolutes Tabu ist. Dies gilt offenbar auch für die sich noch konservativ nennende CDU, aus der im Rahmen der Vorwürfe gegen Tauber kein Mukks zu vernehmen war. *Bel*


Bild: Tobias Koch



Feinabstimmung

Kein Entrinnen

Wie die EU die DDR posthum zum Tigerstaat macht, was die Saudis für die Flüchtlinge tun, und warum wir in jedem Falle schuld sind / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

So nahm das Jahr 2013 für die Flutopfer des Sommers denn doch noch einen versöhnlichen Ausgang, was wir unseren Freunden in Brüssel verdanken. Ein halbes Jahr, nachdem Hunderte von kleinen Unternehmen vergangenen Sommer von Flusshochwassern zerstört worden, hat die EU-Kommission der deutschen Politik kurz vor Weihnachten endlich erlaubt, den bankrottbedrohten Firmen zu helfen. Ein halbes Jahr hat das also gedauert. War das gemeint, als unsere Politiker im Sommer „schnelle und unbürokratische Hilfe“ versprochen haben?

Sehr fraglich, doch ohne Placet aus Brüssel darf Berlin den abgesoffenen Unternehmen eben nicht helfen, denn dann wäre es womöglich eine „unerlaubte Beihilfe“, die den Wettbewerb verzerrt. Indes: Diesmal stand offenkundig blanke Not und nicht der Wunsch nach unlauteren Wettbewerbsvorteilen in Rede. Und warum hat es trotzdem so lange gedauert, bis die EU grünes Licht gab?

Zwei mögliche Gründe: Der eine wäre, dass Brüssel einen Vorgeschmack darauf geben will, was uns unserem Kontinent wird, wenn wir noch „mehr Europa“, also noch mehr EU-Zentralismus bekommen, wie es Union, SPD und Grüne so heiß herbeisehnen. Zehn Jahre noch müssen wir in diese Richtung marschieren und wir werden so „dynamisch“, so „flexibel“ und so „innovativ“ sein, dass die DDR dagegen wie ein asiatischer Tigerstaat wirkt.

Zweiter möglicher Grund: Man will gezielt Deutschland schaden, vor allem dem erfolgreichen deutschen Mittelstand. Schließlich hat sich in einigen Hauptstädten und am Brüsseler Hof der EU die Auffassung eingenistet, dass Deutschland zu stark sei und nicht etwa andere EU-Staaten zu schwach. Also müsse man Deutschland schwächen. Dazu sind auch kleine Stiche wie die verschleppte Genehmigung von Nothilfen ein geeignetes Mittel. Die Chinesen reiben sich die Hände.

Ein oft belächelter Exportschlager sind übrigens unsere Weihnachtsbräuche. Hiergegen muss also auch etwas getan werden: Hannoveraner Künstler haben daher ein spektakuläres Weihnachtskugel-Schießen veranstaltet und fanden sich dabei außerordentlich fortschrittlich. Mit einem Luftgewehr durfte jeder, der mutig und kritisch genug war, eine Kugel an einem eigens dafür geschmückten Baum zerballern, den sie zu Sekt und Häppchen in eine Halle hatten stellen lassen.

Im Interview mit dem begeisterten NDR-Fernsehteam beteuerte einer der Schießwütigen, er sei natürlich trotzdem Pazifist, das hier sei ja nur symbolisch. Ein anderer freute sich, dass man es mit der Schießerei dem „ganzen klerikalen Kram“ mal richtig zeigen könne. Selbst ein Pastor war dabei, der vor der Kamera verkündete, laut christlicher Überlieferung seien ja sowieso nur rote Kugeln erlaubt, nicht blaue oder goldene wie an dem Schießbaum.

> Das Christentum kennt nur rote Kugeln, sagt der Pastor. Und wann trug Jesus die roten Söckchen?

Wo in der Bibel der brave Kirchenmann die Stelle mit den Weihnachtsbaumkugeln gefunden hat, bleibt sein Geheimnis. Hoffentlich wird er uns bald verraten, zu welchen Anlässen Jesus Christus die roten Söckchen getragen hat, in die der liebe Nikolaus die Geschenke packt, seitdem uns der Brauch mit den Stiefeln zu militant wurde.

Vermutlich kann der EKD-Pfarrer mit der Bibel ohnehin nicht viel anfangen. Es gibt ja auch Wichtigeres für einen zeitgemäßen Kleriker, beispielsweise unsere soziale und historische Verantwortung für den Rest der Welt, vor allem für Afrika und den Orient.

Die immer wieder zu betonen, ist jetzt besonders wichtig, um den Deutschen die Sache mit den „Flüchtlingen“ schmackhaft zu machen, die in ihrer Mehrheit bloß Auswanderer sind.

Doch dafür, dass unsere Verantwortung nie endet, ist propagandistisch gesorgt. Man hat sichergestellt, dass wir es in jedem Falle falsch machen, egal was wir in oder für Afrika tun, und somit immer „verantwortlich“ sind.

Wenn irgendwo ein Volk von seinem Nachbarn überfallen wird, haben wir ja nur drei Möglichkeiten: Wir entsenden Truppen. Oder wir schicken keine eigenen Soldaten, sondern nur Waffen, damit sie sich selber wehren können. Oder wir stellen weder die Bundeswehr noch deutsche Waffen bereit und begnügen uns mit humanitärer Hilfe.

Egal, falsch wird es in jedem Falle sein. Entsenden wir Truppen, sagen sie das, was in Deutschland eintreffende Somalier heute vorbringen: Wir hätten „in ihrem Land Krieg geführt“ (vor 20 Jahren) und seien daher mitschuldig an ihrem Elend. Schicken wir bloß Waffen, haben wir an ihrer Not sogar verdient, igitt. Und tun wir weder das eine noch das andere, haben wir sie „im Stich gelassen“ und müssen dafür jetzt geradestehen.

Wie man es auch dreht, es gibt kein Entrinnen. Die Moralkeule schleudert uns von allen Seiten gleichzeitig zu Boden, und Joachim Gauck spricht den Text dazu.

Aber wir müssen die Last ja nicht alleine tragen. Selbst Bulgarien nimmt syrische Flüchtlinge (die man wirklich „Flüchtlinge“ nennen muss) auf. Für wie lange, bleibt derweil fraglich. Nach Recherchen der „FAZ“ glauben 80 Prozent der Syrer in dem EU-Land auf dem Balkan, sie würden bald nach Deutschland eingeladen.

Apropos Lastenverteilung: Man hört ja Niederschmetterndes aus dem kleinen Libanon, wo schon zwei Millionen Syrer untergekommen sein sollen. Verblüffend wenig hört man von den reichen Öl-Staaten am Golf und „ihren“ Syrern. Die Scheichs stinken vor Geld, und bei den Flüchtlingen handelt es sich in der großen Mehrheit um ihre muslimischen Glaubensbrüder. Merkwürdig: Das Geld darf gerne orientalisch sein, das Elend auch, „Verantwortung“ hingegen ist dann immer unsere Sache.

Allerdings ist es ja nicht so, dass Saudi-Arabien sich nicht um seine Glaubensbrüder im Ausland kümmerte. Der größte Öl-Staat gibt Unsummen aus, um islamistische Pflänzchen in aller Welt zu päppeln. In Bosnien oder Tschetschenien gab es vor 30 Jahren überhaupt keinen aktiven, militanten Islamismus. Mit saudischem Geld wurde dem abgeholfen. Auch in Deutschland sind die Wüstenfürsten recht rege beim Heranzüchten von Fundamentalisten.

Die Sache läuft in etwa so: Wir holen sie herein, ernähren sie und legen die Grundlage dafür, dass sie hier ein besseres Leben führen und sich integrieren können. So lange schauen die Saudis zur Decke. Doch sobald die „Flüchtlinge“ hier sind, sorgen die Scheichs dafür, dass sie sich auf keinen Fall integrieren, sondern uns, die Gastgebernation, aus tiefstem Herzen hassen lernen. So kann man den radikalen Islam auf Kosten der „Ungläubigen“ über die Welt verbreiten, genial.

Übrigens: Mit der Entwicklung in Syrien sind die Saudis ganz und gar unzufrieden. Das Projekt „christen- und alawitenfreier Gottesstaat“ kommt nicht schnell genug voran, weil die Amis nicht mehr feste genug mitziehen. Daher haben die Scheichs angedroht, selber mehr dafür zu tun, dass Assad endlich verschwindet und der Islamismus seine nächste Eroberung verbuchen kann.

Das wäre doch mal ein Thema für die kritischen Künstler von Hannover, die sich so couragiert gegen die deutsche Weihnachtstradition gestellt haben. Wie wär's damit: Wir zerschießen pünktlich zum nächsten Ramadan-Beginn Symbole muslimischer Bräuche! Vor der Kamera und mit einem echten Imam dabei, der dazu hinreißenden Kokolores über den Koran erzählt.

Ob wir so einen Imam finden? Kaum, aber soweit wird es sowieso nicht kommen. Denn Bräuche des islamischen Raums zu verhöhnen wäre nicht kultursensibel, deshalb tut man das nicht, sagen sie. Zudem könnte es auch ziemlich gefährlich werden, sobald die Zöglinge unserer saudischen Freunde Wind davon bekommen. Davon lassen die tapferen Künstler deshalb lieber die Finger. Ebenso sensible und couragierte Journalisten sorgen ja dafür, dass man sie trotzdem „mutig“ nennt. Damit ist doch alles in Butter.

MEINUNGEN

*Der „Focus“ vom 23. Dezember zitiert den innenpolitischen Sprecher der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl**, der überzeugt ist, dass die **US-Geheimdienste Deutschland weiter ausspionieren** werden, wie folgt:*

„In den USA gibt es auf der Fachebene nur Arroganz und Desinteresse an Berlins Empörung über die Aktivitäten der NSA hierzulande ... Der US-Abhördienst macht grundsätzlich keinen Unterschied zwischen der befreundeten Kanzlerin Angela Merkel oder einem Ölminister aus Kasachstan. Beide sind schlicht Zielpersonen.“

***Hans-Ulrich Jörges** kommt im „Stern“ vom 23. Dezember in dem Beitrag „Ducken unter der Pranke“ hinsichtlich des **NSA-Skandals** zu dem Schluss:*

„Deutschland ist eben nicht souverän geworden mit der Wiedervereinigung. Deutschland, der Gigant Europas, wird behandelt wie eine Kolonie – und tut alles, um dem Kolonialherrn in Washington zu Gefallen zu sein ... Die verbreitete Speichelleckerei macht das Wegducken und Kuschen vollends unerträglich.“

***Lencke Wischhusen**, Vorsitzende des **Bundesverbandes Junger Unternehmer**, geißelt im Deutschlandfunk am 16. Dezember den **Koalitionsvertrag**:*

„Der Koalitionsvertrag ist ja doch so ausgestaltet, dass es eine reine Politik des Geldausgebens wird. Es werden wahrscheinlich Beiträge erhöht werden und es steht alles im Zeichen der Umverteilung und der sozialen Wohltaten. Für mich wurde die CDU da massiv kastriert. Ich weiß nicht, warum sie das gemacht haben.“

*Der Arzt und Publizist **Adorján F. Kovács** stört sich im Internetportal „freiewelt.net“ (18. Dezember) daran, dass aus den afrikanischen **Auswanderern**, die nach Deutschland drängen, in den Medien ungeprüft **„Flüchtlinge“** gemacht werden*

„Mit der Bezeichnung ‚Flüchtlinge‘ soll heute medial eine Dringlichkeit erzeugt werden, die es so nicht gibt; als wären alle diese Menschen einer sie persönlich betreffenden tödlichen politischen Bedrohung in ihrem alten Heimatland entkommen. Mit dieser Bezeichnung soll suggeriert werden, dass all diese Menschen verfolgt werden und also Anspruch auf Asyl haben. Das scheint mir aber nicht der Fall zu sein.“

*Ifo-Chef **Hans-Werner Sinn** verteidigt die **Mütterrente**, denn nicht ihre heutigen Beiträge, sondern die Zahlungen künftiger Beitragszahler sicherten die Rente der heute Beschäftigten. „Focus-online“ (22. Dezember) sagte er:*

„Die Mütterrente ist keine Alternative zu einer besseren Kinderbetreuung, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Jedoch halte ich es für ungerecht, den Müttern, die wegen der Erziehung der Kinder nicht arbeiten können oder wollen, auskömmliche Renten nur unter der Bedingung zu gewähren, dass sie zusätzlich arbeiten. Was wollen wir den Müttern nicht noch alles zumuten? Wir sollten nicht vergessen, dass die Erziehungsleistung der Mütter faktisch die Voraussetzung dafür ist, dass überhaupt irgendwelche Renten gezahlt werden können.“